341.6 .F899 C.1
Der kaiser und der wel
Stanford University Libraries
3 6105 047 468 025

3 6105 047 468 0

Digitized by Google

3 6105 047 468 025

Digitized by Google

STANFORD UNIVERSITY LIBRARY

341.6
F893

:· ALFRED H. FRIED ·:

DER KAISER UND DER WELTFRIEDEN

„In diesem Augenblicke scheint die Macht, den Krieg abzuschaffen . . ., von allen Menschen allein in den Händen des Deutschen Kaisers zu liegen. Seinem Aufruf, eine Union der Nationen zu diesem besonderen Zweck zu bilden, würde mehr als sechs Nationen veranlassen, seinem Rufe freudig Folge zu leisten. . . . Wenden wir unsere Augen nicht von diesem möglicherweise vom Schicksal auserkorenen Manne und hoffen wir, dass seine wahre Mission ihm offenbart werde! Eine höhere hat kein Mensch jemals gehabt."
Carnegie 1907.

STANFORD LIBRARY

BERLIN 1910, POTSDAMERSTR. 134 A
MARITIMA, VERLAGSGES. m. b. H.

Jordan Peace Lib

Alle Rechte insbesondere das der Uebersetzung in fremde Sprachen sind seitens des Verlages vorbehalten!

All rights reserved.
Copyright Registered.

187176

STANFORD LIBRARY

Druck von M. Bauchwitz, Stettin

Google

Vorwort.

Kurz vor seinem Tode äußerte sich Ernest Renan gelegentlich einer seitens einer Zeitschrift an ihn gerichteten Anfrage, daß er noch lange genug leben möchte, um zu sehen, wie sich Kaiser Wilhelm II. entwickeln werde. Das war im Jahre 1892. In den meisten europäischen Ländern und auch jenseits des Meeres glaubte man damals, in dem jungen Kaiser den Mann zu erblicken, der nach kriegerischem Lorbeer geizte. Die Amerikaner gaben ihm den Titel „War Lord".

Nun sitzt der Kaiser fast ein Vierteljahrhundert schon auf dem Thron der Hohenzollern, und kein Krieg hat die Geschichte seiner Regierung befleckt. Die Unternehmungen in China und in Südwestafrika waren wohl kriegerischer Art; aber sie waren doch keine Kriege. Ernest Renan hat sicherlich einen anderen Verlauf dieses Vierteljahrhunderts vermutet und mit ihm wohl Millionen und Millionen Menschen.

Digitized by Google

Mittlerweile hat man sich daran gewöhnt, den Kaiser als den „Friedens-Kaiser" zu bezeichnen. Er wird nicht nur von Deutschen, sondern auch von Ausländern als der Schirmherr des europäischen Friedens gepriesen. Freilich immer als der Schirmherr des bewaffneten Friedens. In den letzten Jahren aber erstand eine Strömung, die dem Kaiser noch einen anderen Ehrgeiz zuschreibt, die in ihm den Gründer eines gesicherten, eines auf Recht und Gegenseitigkeit begründeten Zustandes des zwischenstaatlichen Zusammenlebens erblickt. Es geht ein großes Sehnen nach einem solchen Zustand durch die Welt. Eine mächtige Bewegung strebt einer Gestaltung der Kulturgemeinschaft zu, und immer, wenn sich in der Zeit etwas Großes vorbereitet, blickt die Menschheit nach dem Manne aus, der der Vollender sein könnte. So wie die deutsche Volksseele im vorigen Jahrhundert nach dem Einiger spähte, so sucht heute die Kulturwelt nach ihrem Organisator. Die Kritik der materialistischen Geschichtsauffassung kann diese Empfindungen nicht Lügen strafen, seitdem uns Ostwald das katalytische Wirken der großen Männer enthüllt hat.

Die hervorragende Stellung, die sich Wilhelm II. in der Welt errungen, lenkt die Augen aller

Hoffenden auf ihn. Ein großer Teil der Kulturwelt, darunter die besten Männer der Zeit, halten den Kaiser für fähig, mehr zu sein als der Schirmherr des bewaffneten Friedens. Man vermutet in ihm den ernsten Willen, das Hoffen der Zeit zu erfüllen, und man bestärkt ihn in diesem Willen. Es fehlt nicht an Stimmen, die ihn ermuntern, zur Tat zu schreiten, und den Frieden auf neuer Grundlage zu organisieren, das „Hohenzollern-Weltreich" zu schaffen, das nach seinen eigenen Worten „durch das gegenseitige Vertrauen der nach gleichen Zielen strebenden Nationen" begründet sein soll.

Es ist merkwürdig. Man hat soviel über den Kaiser geschrieben, alle seine Neigungen durchleuchtet, seine Taten geschildert, seine Worte gedeutet; über sein Verhältnis zum Weltfrieden, mit dem er doch am meisten in Verbindung gebracht wird, hat man es bis jetzt unterlassen, eine Schilderung zu geben. Hätte er Kriege geführt, unsere Bibliotheken wären überfüllt mit Darstellungen seiner Taten. Da er aber nur Frieden, nichts als Frieden, aufzuweisen hat in jahrzehntelangem Wirken, so fand man es nicht der Mühe wert, seine Friedenstaten zu beleuchten.

Ich will diese Lücke nicht ausfüllen. Nur

Digitized by Google

einen Beitrag zu ihrer Ausfüllung wollte ich mit den vorliegenden Blättern geben, die im letzten Grunde der erregten Debatte ihr Entstehen verdanken, die sich über eine angebliche Äußerung des Kaisers während der Londoner Trauertage in der Zeitungswelt erhob. Ich wollte zunächst durch eine Zusammenstellung von Worten und Handlungen des Kaisers nachweisen, daß ihm der Gedanke eines europäischen Zusammenschlusses nicht so fern liegt, wie viele in ihrer Verblendung glauben machen wollen. Ich wollte dann den Begriff der Friedensfestigung etwas näher definieren und damit dem Problem des „Friedensbundes“ jene Schrecken nehmen, die es für viele heute noch zu haben scheint. Ich wollte schließlich zeigen, wie der Geist der Zeit auf den Kaiser gewirkt hat, und wie sich seine Anschauungen über die großen Probleme des Rechtsfriedens im Laufe der Jahre immer mehr entwickelt haben. Die im Banne des Telegraphen stehende Welt von heute ist zu kurzdenkend, als daß sie in der Lage wäre, Geschehnisse, die zeitlich etwas auseinander liegen, und wären sie von noch so großer Tragweite, sich zu rekapitulieren und zusammenzustellen, um aus dieser Verdichtung der Tatsachen die richtigen Schlüsse zu ziehen. Diesem Mangel soll dieses

Büchlein entgegenarbeiten. Es soll den Kaiser in seinen Beziehungen zum Weltfrieden, in seinen Absichten zur Förderung einer Staatenvergesellschaftung im modernen Sinne zeigen, und, soweit es nach den an das Tageslicht gelangten Anzeichen möglich ist, der Welt dartun, wie sich der „War-Lord“ zum „Peacemaker“ entwickelt. Ein Buch der Hoffnung soll es sein, und nur als solches möge es gelten.

A. H. F.

Inhalt.

I. Kapitel.

Der Kaiser und der Zusammenschluss der Kulturstaaten.

Am 20. Mai dieses Jahres brachte der Pariser „Matin" eine Unterredung, die der Chefredakteur Lauzanne mit dem eben von den Feierlichkeiten beim Begräbnis Eduard VII. zurückgekehrten französischen Minister des Auswärtigen, Pichon, gehabt hat. Dieser berichtete über seine Unterhaltung mit dem Kaiser. „Mit dem Ausdruck der Aufrichtigkeit und der überzeugenden Beredtsamkeit, die nicht die geringsten seiner anziehenden Eigenschaften sind", so soll sich der Minister zu dem Interviewer geäußert haben, „sprach der Kaiser von seiner Lieblingstheorie: Die Völker Europas müßten im Interesse der Menschlichkeit und Zivilisation miteinander einig

bleiben, sich gegenseitig unterstützen und einen großen friedlichen Staatenbund bilden." Diese Nachricht erregte in der gesamten zivilisierten Welt das größte Aufsehen. Alle Zeitungen des Erdballs nahmen Stellung dazu und erörterten wieder einmal eingehend das Friedensproblem, jede nach ihrer Auffassung und nach ihrem Verständnis, dabei zumeist die dem Kaiser zugeschriebene Idee übertreibend und verzerrend. Die alldeutsche Presse zeigte sich, wie immer, wenn sich irgendwo auf dem offiziellen Himmel Deutschlands ein Friedensgedanke zeigt, sehr erregt. Das Dementi ließ daher nicht lange auf sich warten. Am 25. Mai meldete das offiziöse Wolffsche Telegraphenbureau Folgendes: „Die ausländische Presse beschäftigt sich mit dem Bericht des „Matin", wonach Kaiser Wilhelm in seiner Unterredung mit dem französischen Minister Pichon in London von der Gründung einer europäischen Konföderation gesprochen haben soll. Richtig ist, daß der deutsche Kaiser Pichon gegenüber seine Zuversicht in die Aufrechterhaltung des europäischen Friedens und seinen festen Willen, alles, was an ihm liege, dazu beizutragen, ausgesprochen hat. Der Gedanke, einen europäischen Staatenbund zu bilden, war

jedoch nicht Gegenstand des Gespräches und liegt dem Kaiser fern.“

Wer dieses Dementi mit der Nachricht des „Matin“ vergleicht, muß zugeben, daß das Wolffsche Bureau hier etwas dementiert hat, was nicht das Wesentliche der französischen Meldung zurückweist. Das deutsche Dementi klammert sich an eine Vokabel. Es bestreitet nur das Wort „europäische Konföderation“, widerlegt aber nicht den Sinn der Worte, die dem Kaiser zugesprochen wurden, nämlich, die Notwendigkeit eines Zusammenschlusses der europäischen Staaten „im Interesse der Menschlichkeit und Zivilisation.“ Die meisten Menschen können sich einen solchen Zusammenschluß nur nach bereits bestehenden Mustern vorstellen und denken dabei immer an das Bundesverhältnis des deutschen Reiches, an die Schweizer Eidgenossenschaft oder an die Vereinigten Staaten von Amerika. Der Gedanke eines staatsrechtlichen Zusammenschlusses tritt bei ihnen in den Vordergrund, und daß der Kaiser einen solchen nicht erwähnt hat, daß ihm ein solcher Gedanke fern liegt, ist für jeden, die Verhältnisse übersehenden Menschen nur zu klar, denn dieser Gedanke wäre der reinste Unsinn.

In der Tat hielt der „Matin“ in einer späteren

Notiz seine Nachricht dem Dementi gegenüber aufrecht und erklärte, daß die Note des Wolffschen Bureaus eigentlich nichts richtig stellt. „Der „Matin“ habe nicht gesagt, daß der Kaiser das Wort vom „europäischen Staatenbund“ ausgesprochen habe; aber die Theorie, die der Kaiser seinen Ideen von der Eintracht unter den europäischen Staaten zugrunde legt, kommt dem Projekte eines Friedensbundes gleich.“

Es ist nun vollständig gleichgültig, ob die Meldung des „Matin“ richtig ist oder nicht. Denn es ist Tatsache, daß die dem Kaiser zugeschriebene Anschauung von ihm bereits bei zahlreichen andern Gelegenheiten geäußert wurde, daß sich, nach der Häufigkeit dieser Äusserungen zu schließen, der Kaiser mit dem Gedanken eines Zusammenschlusses der europäischen Staaten schon lange und intensiv beschäftigt, so daß man diesen Gedanken mit Recht als seine „Lieblingstheorie“ bezeichnen kann.

Da es von großer Wichtigkeit ist, zu erfahren, wie der Kaiser über dieses große Problem denkt und wie er darüber urteilt, ist es notwendig, seine früheren Äußerungen, soweit diese in die Öffentlichkeit gedrungen sind, einmal zusammenzufassen.

Die Idee läßt sich bei ihm bis in die Mitte der neunziger Jahre hinein verfolgen. Sie ist ursprünglich noch mit kriegerischen Anschauungen durchsetzt. Sie zeigt sich noch als eine Forderung nach Zusammenschluß zum Zwecke der Bekundung der vereinigten Wehrkräfte der europäischen Staatenfamilie. Deutlich ist jedoch zu beobachten, daß der Gedanke des Kaisers stets pazifistischer wird, stets einem Zusammenschluß zur Begründung und Sicherung des Friedenszustandes, zur Aufrechterhaltung und Festigung einer internationalen Ordnung zustrebt.

Die erste Äußerung des Zusammenschluß-Gedankens finden wir in jener Unterschrift, die der Kaiser am 7. Januar 1891 auf seine Photographie gesetzt hat, die er dem Staatssekretär von Stephan zu dessen 60. Geburtstag überreichen ließ. „Die Welt am Ende des 19. Jahrhunderts steht unter dem Zeichen des Verkehrs. Er durchbricht die Schranken, welche die Völker trennen und knüpft zwischen den Nationen neue Beziehungen an.“ In diesem Gedanken ist die Grundlage des Pazifismus, die Grundlage der internationalen Organisation ausgedrückt. Die Technik und der durch

sie entwickelte Umfang des internationalen Verkehrs ist es, der die Interessen der Völker so nahe zusammengebracht hat, daß sie an einen Zusammenschluß, an eine Organisation ihres Zusammenlebens denken müssen. Aus der Technik entwickelte sich der Pazifismus, und es ist kein Zufall, daß die erste Äußerung des Kaisers, die einen pazifistischen Gedankengang verrät, sich auf die Entwickelung des Verkehrs bezieht, der die Grenzen durchbricht.

Im Jahre 1895 fand die Eröffnung des Nord-Ostseekanals statt. Die Kriegsschiffe aller zivilisierten Völker waren zu der Eröffnungsfeier im Kieler Hafen versammelt. Am 18. Juni fand in Hamburg eine Vorfeier statt, bei der der Kaiser in Erwiderung der Ansprache des Hamburger Bürgermeisters folgende denkwürdige Worte sprach:

„Wir vereinen zwei Meere; auf das Meer lenken sich unsere Gedanken, das Sinnbild der Ewigkeit. Meere trennen nicht, Meere verbinden; die verbindenden Meere werden verbunden durch dieses neue Glied zum Segen und Frieden der Völker. Die gepanzerte Macht, die versammelt ist auf dem Kieler Hafen, soll zu gleicher Zeit ein Sinnbild des Friedens sein, des Zusammen-

wirkens aller europäischen Kulturvölker zur Hochhaltung und Aufrechterhaltung der europäischen Kulturmission.

Haben wir einen Blick geworfen auf das ewige Meer, so werfen wir einen Blick auf das Meer der Völker. Aller Völker Herzen richten sich hierher mit fragendem Blick. Sie erheischen und wünschen den Frieden. Im Frieden nur kann Welthandel sich entwickeln, im Frieden nur kann er gedeihen, und Frieden werden und wollen wir aufrechterhalten ....."

Am 20. November 1895 veröffentlichte die Norddeutsche Allgemeine Zeitung die ausführliche Beschreibung des bekannten Bildes von Professor Knackfuß, unter das der Kaiser die Worte gesetzt hat:

„Völker Europas, wahret Eure heiligsten Güter."

Das Bild, auf dem dieser Ausruf stand, wird in dem erwähnten Artikel in folgender Weise beschrieben:

„Auf einer Felsplatte stehen, überstrahlt von dem Lichtglanz des Kreuzes — des Zeichens, in dem allein Christen den Sieg erkämpfen — die

allegorischen Gestalten der Kulturvölker. Im Vordergrund Frankreich; mit der Linken das Auge beschattend, glaubt es noch nicht recht an die Nähe der Gefahr; Deutschland hingegen, mit Schild und Schwert gewaffnet, folgt aufmerksamen Auges dem Anwachsen des Unheils. Rußland, ein schönes, reichlockiges Weib, legt traulich seinen Arm auf die Schulter der wehrhaften Gefährtin. Neben dieser Gruppe steht entschlossen Österreich; es streckt seine Rechte auffordernd aus, um das noch etwas zögernde England für die gemeinsame Arbeit zu gewinnen. Italien steht zwischen beiden und schaut gleich Deutschland erregt auf das drohende Unheil. Den Schluß dieses Zuges edler Frauengestalten bilden zwei junge lockige Mädchen; sie versinnbildlichen die kleineren Kulturstaaten, auch sie tragen Speere in der Hand. Vor dieser wehrhaften, vielgestaltigen Gruppe steht der ungepanzerte, geflügelte Erzengel Michael; seine Rechte hält das flammende Schwert. Sein Antlitz ist der Frauenschar zugewandt; seine Züge spiegeln ernste Energie wieder, und seine ausgestreckte Linke, die auf das nahende Furchtbare hinweist, unterstützt noch die Aufforderung, zum heiligen Kampfe bereit zu sein. Zu Füßen des Felsplateaus dehnt sich die weite Ebene des europäischen Kultur-

landes, ein majestätischer Strom durchrauscht es, Bergzüge begrenzen den Horizont und in der Niederung werden Städte sichtbar, aus denen Kirchen der verschiedenen Bekenntnisse aufragen; im Vordergrund erscheint die Burg Hohenzollern. Über diese friedvollen Gaue aber ballen sich die Wolken des Unheils zusammen; dunkles, qualmendes Gewölk verfinstert den Himmel. Der Weg, den die sich heranwälzenden asiatischen Horden nehmen, wird von dem Flammenmeer einer brennenden Stadt bezeichnet. Massige, zu höllischen Fratzen verzerrte Rauchwolken entsteigen dem zerstörenden Brande. Die drohende Gefahr, in Gestalt des Buddha, thront in diesem düsteren Rahmen; ein chinesischer Drache, der den Dämon der Vernichtung gleichsam verkörpert, trägt dies Götzenbild. In unheimlichem Vordringen nähern sich die finsteren Gewalten den Ufern des schützenden Stromes: nur wenige Zeit noch, und er ist keine Grenze mehr."

In einer Rede, die der Kaiser unmittelbar im Anschluß an eine zu Ehren des russischen Kaiserpaares am 7. September 1896 abgehaltene große Parade im Ständehaus zu Görlitz gehalten hat, finden wir einen Passus, der nicht nur eine weitere Bestätigung für den Gedanken-

gang des Kaisers ist, sondern vielleicht auch als ein Hinweis darauf aufgefaßt werden kann, daß der Zar sich bereits zu jener Zeit mit dem Haager Konferenzgedanken getragen habe und mit dem Kaiser darüber gesprochen haben mag. Unter Bezugnahme auf seinen Gast sagte der Kaiser damals folgendes:

„In völliger Übereinstimmung mit mir geht sein Streben dahin, die gesamten Völker des europäischen Weltteiles zusammenzuführen, um sie auf der Grundlage gemeinsamer Interessen zu sammeln zum Schutze unserer heiligsten Güter."

In der Dankdepesche auf das Kondolenztelegramm, das der Präsident MacKinley aus Anlaß der Ermordung des Gesandten Ketteler am 5. Juli 1900 an den Kaiser sandte, erwiderte dieser:

„Für Euer Exzellenz warme Worte der Teilnahme an der Ermordung meines Vertreters in Peking spreche ich Ihnen meinen aufrichtigsten Dank aus. Ich erkenne darin den gemeinsamen Pulsschlag der Interessen, die die Kulturvölker verbinden."

Im Juli 1902 sandte der Kaiser an den Lord-

oberrichter von Irland Lord O'Brien, der einen Preis für das internationale Wettrudern in Cork gestiftet hatte, um den sich auch ein Berliner Ruderklub bewarb, ein Danktelegramm für die glänzende Aufnahme der Berliner, in dem er der Hoffnung Ausdruck gab, daß der Besuch erneuert und erwidert werden würde,

> „da solche Wettkämpfe ein ausgezeichnetes Mittel zur Förderung des Wohlwollens und der Brüderlichkeit unter den Nationen seien."

Der Kaiser hat wiederholt Gelegenheit genommen, die völkerverbindende Seite des Sports hervorzuheben. Am deutlichsten brachte er dies in seiner am 21. Juni 1904 zu Cuxhaven gehaltenen Rede zum Ausdruck, mit der er dem Hamburger Bürgermeister Dr. Mönckeberg, der das Vorwärtsstreben auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens betont hatte, erwiderte. Dabei hat er zum erstenmal auf das Anwachsen der internationalen Solidarität hingewiesen und die Beeinflussung der Politik durch diese Erscheinung hervorgehoben. Diese wichtige Stelle lautet:

„Ich glaube, ich kann hinzufügen, daß jedem objektivem Beobachter der Vorgänge auf unserem Erdenkreise die eine Beobachtung sich aufdrängen

muß, daß allmählich die Solidarität unter den Völkern der Kulturländer unstreitig Fortschritte macht auf verschiedenen Gebieten. Und diese Gebiete erweitern sich. Diese Solidarität geht unmerklich, aber unwiderstehlich in das Programm sowohl der Staatslenker über, wie in die Gedanken der sich selbst regierenden freien Bürger. Diese Solidarität wird genährt und gepflegt auf verschiedene Weise, sei es in ernster politischer Beratung, sei es auf Kongressen, sei es im Wettkampf und Spiel. Und in dieser Beziehung kann man wohl sagen: Es liegt ein tiefer Sinn im kindischen Spiel. Nun, meine Herren, wir sind hier zusammen, um auf dem Spiel der Wellen uns zu messen, die Kräfte, die Geister, die Mannschaften und unsere Boote. Es wird neben unseren Farben wehen Englands Flagge, das Sternenbanner, die Trikolore in friedlichem Wettstreit und damit auch im Verein. Ich glaube bestimmt, meine Herren, daß niemand unter Ihnen ist, der nicht mit mir die Ansicht teilt, daß auch in der Kieler Woche diese Solidarität,

von der ich vorher sprach, gepflegt, gehegt, fester geschmiedet und fester geknüpft wird. Dieser Solidarität verdankt es der Kaufmann, der Industrielle, der Ackerer, wenn er in ruhiger Arbeit sich fortschreitend entwickeln kann. Denn er hat auf die Zukunft Vertrauen, und das ist die Hauptsache."

Auch in der berühmten Bremer Rede vom 22. März 1905, in der der Kaiser erklärte, „niemals nach einer öden Weltherrschaft zu streben", in der er darlegte, wie die großen Weltreiche alle wieder zerfallen seien, in der er jedoch den si vis pacem para bellum-Standpunkt in unverblümter Weise zum Ausdruck brachte, („. . . . die Hand am Schwertkopf, den Schild vor uns auf die Erde gestellt, und sagen: Tamen, komme, was wolle.") finden wir eine Stelle, die den Gedanken des europäischen Zusammenschlusses neuerdings bekundete. Sie lautet:

„Das Weltreich, das ich mir geträumt habe, soll darin bestehen, daß vor allem das neuerschaffene Deutsche Reich von allen Seiten das absoluteste Vertrauen als eines

ruhigen, ehrlichen, friedlichen Nachbarn genießen soll und daß, wenn man dereinst vielleicht von einem deutschen Weltreich oder einer Hohenzollernweltherrschaft in der Geschichte reden sollte, sie nicht auf Eroberungen begründet sein solle durch das Schwert, sondern durch gegenseitiges Vertrauen der nach gleichen Zielen strebenden Nationen, kurz ausgedrückt, wie ein großer Dichter sagt: Außenhin begrenzt, im Innern unbegrenzt."

Bezeichnend für den Gedankengang des Kaisers ist ein Ausspruch, den er im Jahre 1907 dem französischen Militärattaché gegenüber getan hat, als dieser sich für die Bekränzung französischer Kriegergräber bedankte: Er sagte zu ihm: „L'Europe est trop petite pour être divisée."

In den letzten Jahren scheint der Gedanke eines europäischen Zusammenschlusses beim Kaiser mehr in den Vordergrund getreten zu sein. Im Jahre 1907 hat der Pariser Professor Mabilleau, Präsident der internationalen Vereinigung für Mutualismus, während der Kieler Woche eine

Unterredung mit dem Kaiser gehabt, über die er 1908 in der Pariser Wochenschrift „Opinion“ einen umfangreichen Artikel veröffentlichte. Er berichtete darin, daß der Kaiser die Vereinigten Staaten von Europa unter der Hegemonie Deutschlands erträume, er wolle aber von dieser Hegemonie keinen anderen Vorteil ziehen, als durch sie den harmonischen und friedlichen Fortschritt aller Völker herbeizuführen.

Im Juli 1908 veröffentlichte Sir Max Wächter, der sich die Agitation für einen europäischen Staatenbund zur Lebensaufgabe gemacht hat, in der Kopenhagener Zeitung „Politiken“ einen Bericht über seine darüber gepflogene Unterredung mit dem Kaiser. Die Unterredung hatte ebenfalls in Kiel stattgefunden. „Der Kaiser,“ so heißt es in jenem Bericht, „war vom ersten Augenblick an überaus liebenswürdig; er sagte, daß er meinen Namen kenne und daß er im voraus schon sich für den Gedanken, seinerzeit einen europäischen Staatenbund zu bilden, wodurch die Verschwendung der enormen Summen für Militär und Zoll vermieden werden

könnte, lebhaft interessiere . . . . Der Kaiser sprach an jenem Abend lange mit mir und lud mich für den nächsten Tag zum Diner auf der „Hohenzollern“ ein. Hier saß ich zur Rechten seiner Majestät; der Kaiser führte eine höchst anregende Unterhaltung mit mir, in deren Verlauf er mich bat, ihm meine Pläne genau zu entwickeln. Wiederholt sprach der Kaiser seine Billigung meiner Ideen aus und sagte zuletzt: Ich reiche jedem Gedanken, der die große Sache des Friedens stützen kann, meine Hand.“

Bei einem Festmahl, das am 10. August 1908 in Straßburg stattfand, wies der Kaiser auf die festen Grundlagen hin, auf denen der europäische Friede beruhe. Neben dem Gewissen der Fürsten und Staatsmänner Europas, das in erster Linie die Bürgschaft des Friedens biete, „ist es der Wunsch und der Wille der Völker selbst, sich in ruhiger Weiterentwickelung die großartigen Errungenschaften fortschreitender Kultur nutzbar zu machen und im friedlichen Wettbewerb ihre Kräfte zu messen.“ Diese Rede hatte auch schon deshalb

Bedeutung, weil der Kaiser darin die Wehrmacht erst in letzter Linie als eine Förderung des Friedens bezeichnete.

Im Sommer 1909 waren Baron d'Estournelles und mehrere seiner Landsleute während der Kieler Woche wiederholt die Gäste des Kaisers auf der „Hohenzollern". Die Unterhaltung drehte sich oft um politische Dinge. In einem bemerkenswerten Brief, den d'Estournelles am 29. Juni 1909 im „Temps" über seine Kieler Eindrücke veröffentlichte, befindet sich auch folgende Stelle: „Der Kaiser ist im allgemeinen seiner ursprünglichen Idee eines Zusammenschlusses aller Kulturstaaten zur höheren Entwickelung eines jeden von ihnen sehr treu geblieben, und wenn er einstens von einer gelben Gefahr gesprochen hat, so geschah dies offenbar, um die Gefahr der europäischen Gespaltenheit gegenüber den Neuen Welten hervorzuheben, die die alte durch soviele natürliche Überlegenheiten überragen."

Am Tage vorher hatte der Kaiser in Cuxhaven eine Rede gehalten, in der er das gleichmäßige Friedensbedürfnis der Kulturwelt wieder hervorhob: „Alle Völker," so sagte er,

„brauchen den Frieden, um unter seinem Schutze den großen Kulturaufgaben ihrer wirtschaftlichen und kommerziellen Entwickelung ungestört obliegen zu können."

Nach diesen Äußerungen kann die Meldung, daß sich der Kaiser in London über das Wünschenswerte einer großen Friedensvereinigung der Staaten ausgesprochen habe, sicherlich nicht Verwunderung erregen. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß einem Manne, der inmitten der europäischen Politik steht, dem der alte Kontinent „zu klein erscheint, um geteilt zu sein," der anerkannt hat, daß der Verkehr die Nationen untereinander verknüpft, der von dem „gemeinsamen Pulsschlag der Interessen" von der „Hochhaltung und Aufrechterhaltung der europäischen Kulturmission," von der Solidarität, „die unmerklich in das Programm der Staatslenker übergeht," von einem Weltreich spricht, das „durch das gegenseitige Vertrauen der nach gleichen Zielen strebenden Nationen" hergestellt werden soll, der Gedanke eines engeren Zusammenschlusses der europäischen Staatenwelt auf irgend einer organisatorischen Grundlage nicht so fern liegen kann.

Als einem aufmerksamen Beobachter der Welt-

ereignisse konnte es ja dem Kaiser auch nicht entgehen, daß dieses Problem eines derjenigen ist, mit denen sich unsere Zeit am intensivsten befaßt. Nicht daß die Pazifisten aller Länder diesen Gedanken stets in den Vordergrund gestellt haben, soll hier betont werden, sondern daß ernste Staatsmänner und Politiker ihn wiederholt vorbrachten, die unumgängliche Notwendigkeit seiner Verwirklichung verkündeten, sei hier besonders unterstrichen. Es ist gar nicht der Originalgedanke des Kaisers, der hier zum Vorschein kommt, und er selbst wird nicht den Ehrgeiz der Priorität geltend machen. Das Bedeutende liegt darin, daß der Gedanke von ihm nicht übersehen wurde, daß er ihn verfolgte und ihn sich schließlich zu Eigen gemacht hat. Schon vor dem Kaiser sind derartige Wünsche zum Ausdruck gebracht worden.

Man hat daran vergessen, daß bereits der Reichskanzler Caprivi in seiner berühmten Danziger Rede vom Februar 1894 davon sprach, „daß das kommende Jahrhundert den Zusammenschluß der europäischen Völker fordern könnte"; daß er erklärte „wir wollen nur Kulturaufgaben lösen, das friedliche Zusammenleben der Völker erleichtern, die euro-

päischen Kräfte zusammenschließen für eine spätere Zeit, wo es einmal notwendig sein sollte, im Interesse einer großen gemeinsamen Wirtschaftspolitik einen großen Komplex von Staaten gemeinsam zu erfassen."

Drei Jahre später haben die führenden Staatsmänner zweier anderer europäischer Großmächte auf die Notwendigkeit eines europäischen Zusammenschlusses hingewiesen. Der eine war Lord Salisbury, der andere der österreichisch-ungarische Premier Graf Goluchowski.

Lord Salisbury betrieb sein Leben lang den Gedanken des europäischen Zusammenschlusses und am 10. November 1897 hielt er anläßlich des Lordmayorbanketts im Mansion-House jene denkwürdige Rede, die gerade angesichts der jüngsten Äußerung des Kaisers von höchstem Interesse ist. „Der Zusammenschluß Europas", sagte der hervorragende englische Staatsmann, „ist zwar noch ein Embryo, aber das einzige Mittel, das die Zivilisation vor den beklagenswerten Verwüstungen zu bewahren vermag. Man sehe doch, wie sich von allen Seiten die Zerstörungswerkzeuge, die Waffenansammlungen immer weiter vermehren. Die Konzentrationskräfte werden immer mächtiger, die

Vernichtungswerkzeuge immer wirksamer und zahlreicher und alljährlich vervollkommneter. Und alle Nationen sind im Interesse ihrer eigenen Sicherheit gezwungen, an diesem Wettbewerb teilzunehmen. Die einzige Hoffnung, die uns bleibt, zu verhindern, daß dieser Wettbewerb zu einem der christlichen Kultur verhängnisvollen furchtbaren Antrieb gegenseitiger Zerstörung ausarte, liegt darin, daß die Mächte allmählich dahin gebracht werden, alle Fragen, die imstande wären, sie zu spalten, in einem freundlichen Geiste ins Auge zu fassen. Und dies solange, bis sie schließlich zu einer internationalen Konstitution vereinigt wären, die dank der ihr innewohnenden Macht der Welt eine lange Periode kommerziellen Wohlstands und dauernden Friedens geben würde."

Und in der Eröffnungssitzung der ungarischen Delegationen führte wenige Tage später — am 20. November 1897 — Graf Goluchowski ähnliche Gedanken aus. Er beschloß seine Darlegungen über die politische Situation mit folgenden Worten:

„. . . hoffen und erwarten wollen wir dies umsomehr, als wir, allem Anscheine nach, an einen Wendepunkt im Entwicklungsprozesse Europas gelangt sind, der unsere nachhaltige Aufmerksamkeit nach einer andern Richtung hin vollauf in Anspruch nehmen muß. Die großen Probleme der materiellen Wohlfahrt, deren Lösung sich von Jahr zu Jahr immer gebieterischer aufdrängt, liegen nicht mehr in utopischer Ferne; sie sind tatsächlich vorhanden und dürfen nicht übersehen werden. Der vernichtende Konkurrenzkampf, den wir auf Schritt und Tritt auf allen Gebieten des menschlichen Schaffens mit den überseeischen Ländern teils schon heute zu bestehen, teils für die nächste Zukunft zu gewärtigen haben, erheischt eine rasche und durchgreifende Gegenwehr, sollen die europäischen Völker nicht in ihren vitalsten Interessen aufs Empfindlichste geschädigt werden, und einem Siechtum entgegengehen, das sie dem allmählichen Untergang zuführen müßte. Schulter an Schulter müssen sie kämpfen gegen die gemeinschaftliche Gefahr, und zu diesem Kampfe müssen sie sich rüsten mit dem Aufgebote aller ihnen zur Verfügung stehenden

Hilfsquellen. Groß und schwer ist diese Aufgabe, und trügen nicht alle Anzeichen, so dürfte sie ihr charakteristisches Merkmal der nächsten Zeitepoche aufdrücken. Wie das 16. und 17. Jahrhundert mit den religiösen Kämpfen ausgefüllt waren, wie im 18. Jahrhundert die liberalen Ideen zum Durchbruch kamen, wie das gegenwärtige Jahrhundert durch das Auftauchen der Nationalitätenfrage sich charakterisiert, so sagt sich das zwanzigste Jahrhundert für Europa als ein Jahrhundert des Ringens ums Dasein auf handelspolitischem Gebiete an, und vereint müssen sich die europäischen Völker zusammenfinden, um in der Verteidigung ihrer Existenzbedingungen erfolgreich wirken zu können. Möge die Erkenntnis davon allgemein durchdringen, und möge es uns vergönnt sein, die Zeiten friedlicher Entwickelung, denen wir nunmehr vertrauensvoll entgegenblicken, zu benützen, um unsere besten Kräfte zu sammeln und vornehmlich diesem Ziele zuzuwenden."

Es seien die kommenden Jahre übergangen, während welcher die Erörterung über die erste

Haager Konferenz, das Zarenmanifest selbst den Gedanken des europäischen Zusammenschlusses mitten in die politische Diskussion gebracht hat. Die letzten Anregungen seien hier nur erwähnt, die von amerikanischer Seite kamen und den Kaiser wohl am meisten beeinflußt haben dürften. Auf dem großen Friedenskongreß, der zwischen dem 14. und 17. April 1907 in New-York tagte, und der sich durch die Teilnahme zahlreicher hervorragender Diplomaten der alten wie der neuen Welt auszeichnete, erklärte Andrew Carnegie „den psychologischen Moment, wo ein entscheidender Schritt nach vorwärts gemacht werden kann, für gekommen.“ Persönlich, so führte er aus, sei er der Überzeugung von der Idee einer internationalen Friedensliga und der Gründung einer internationalen Polizei, die nicht zum Angriff, sondern zum Schutze der zivilisierten Welt dienen würde . . . Dies sei keine neue Idee, sondern nur die Erweiterung dessen, was bereits gemacht wurde. Erst kürzlich haben 6 Nationen — Deutschland, Großbritannien, Frankreich, Rußland, Japan und unser eigenes

Land ihre Streitkräfte in China unter dem Kommando eines deutschen Generals zu einem besonderen Zweck vereinigt, der auch erfolgreich erfüllt wurde. Auf diese Weise könnte auch der internationale Friede am leichtesten und raschesten erreicht werden. Die so vereinigten Nationen würden mit einer überwältigenden Macht jeden Versuch zum Friedensbruch im Keime ersticken. Doch auch da sollte Gewalt nur das letzte Mittel sein. Abbruch des Verkehrs mit der angreifenden Nation in bezug auf Handel, Anleihen etc. würde der ultima ratio vorausgehen.

In seiner am 21. April 1909 in der New - Yorker Friedens-Gesellschaft gehaltenen, „Der Falsche Weg“ betitelten Rede kam Carnegie abermals auf sein Projekt einer Friedensunion der Staaten zurück. „Um die Nationen vor sich selbst zu schützen, sagte er, muß früher oder später aus dem gegenwärtigen beispiellosen Zustande des Wettrüstens eine Friedensunion hervorgehen, die die fortgeschrittensten Nationen umfassen und verkünden wird, daß alle Kulturvölker

aufs tiefste am Weltfrieden interessiert sind, seitdem in Folge der engen Nachbarschaft aller Völker und ihrer steten Verbindung der Welthandel 28 Milliarden Dollar überschreitet, und daß die Zeit vorbei ist, wo einer oder zwei Nationen gestattet werden kann, den Weltfrieden zu brechen. Die Streitigkeiten dieser Nationen müssen friedlich beigelegt werden. Denn die Kulturvölker haben jetzt das Recht erworben, daß man sie zu befragen hat, wenn der Weltfriede auf dem Spiele steht, und das größte aller Verbrechen, die Tötung des Menschen durch den Menschen droht." Carnegie gibt der Hoffnung Ausdruck, daß eine baldige Konferenz der Staaten zur Gründung einer internationalen Friedensliga zustande komme. „Unterdessen", so schließt er seine Rede, „ist es die Pflicht aller Hasser des Krieges und aller Freunde des Friedens, die köstliche Wahrheit zu verbreiten, daß ein andauernder Friede nur durch eine internationale Friedensunion bereitet werden kann, wenn es nottut, durch Erzwingung des Friedens bei

den irrenden Nationen, wie wir Gehorsam gegen das Gesetz erzwingen bei den irrenden Menschen. Und diese Friedensunion wird schließlich durch einen internationalen obersten Gerichtshof bewerkstelligt werden. Zu dieser Bildung muß es endlich kommen; denn das ist der rechte Weg."

Zuletzt hat der frühere Präsident Roosevelt dem Gedanken der Friedensunion Ausdruck gegeben. Es war dies in seiner am 5. Mai 1910 in Christiania gehaltenen Nobelrede. In dieser führte er drei Methoden an, um den Weltfrieden zu sichern. Erstens: Ein allgemeiner Schiedsvertrag mit möglichst umfangreicher Bindung und gegenseitiger Garantie der Territorien der vertragschließenden Teile. Zweitens: Die Weiterentwickelung des Haager Schiedshofes, und drittens: Durch eine internationale Begrenzung der Rüstungen insbesondere der Rüstungen zur See.

„Schließlich — so heißt es in jener Rede weiter — wäre es ein Meisterstück, wenn jene Großmächte, die ehrlich für den Frieden sind, eine Friedensliga bilden würden, nicht nur zu dem Zwecke, um untereinander Frieden

zu halten, sondern auch um — wenn nötig mit Gewalt — zu verhindern, daß ihn andere brechen. Die größte Schwierigkeit für die Entwickelung des Haager Friedenswerkes ergibt sich aus dem Mangel jeglicher Exekutivgewalt, jeglichen polizeilichen Mittels, um die Entscheidungen des Schiedsgerichtshofes durchzuführen.

In jedem Gemeinwesen von was immer für einer Größe beruht die Autorität der Gerichte auf der wirklichen oder möglichen Anwendung von Gewalt, auf dem Vorhandensein einer Polizei oder doch auf dem Bewußtsein, daß die geeigneten Leute im Lande vorhanden sind. bereit und willens, judiziellen und legislativen Entscheidungen Geltung zu verschaffen. In neuen und wilden Gemeinwesen, wo noch Gewalt herrscht, muß ein rechtschaffener Mann sich selbst schützen, und bevor andere Mittel da sind, seine Sicherheit zu gewährleisten, ist es ebenso unsinnig als frevelhaft, von ihm zu verlangen, daß er seine Waffen ausliefere, während dem Gemeinwesen gefährliche Menschen sie behalten. Er soll nicht verhalten werden, auf das Recht zu verzichten, sich mit seinen eigenen Kräften zu schützen, bevor nicht das Gemeinwesen derart organisiert ist, daß es den einzelnen

der Pflicht entheben kann, Gewalt mit Gewalt abzuwehren.

So verhält es sich auch mit den Nationen. Jede Nation muß wohl vorbereitet sein, sich zu verteidigen, solange nicht eine Art internationaler Polizei geschaffen ist, die die Kompetenz und den Willen hat, Gewalt zu verhindern, auch zwischen den Nationen. So wie die Dinge jetzt stehen, könnte eine solche Macht, die in der Lage wäre, der Welt Frieden zu gebieten, am besten durch eine Vereinigung jener großen Mächte geschaffen werden, die aufrichtig den Frieden wünschen und selbst nicht daran denken, jemanden anzugreifen. Diese Vereinigung mag zunächst nur dazu dienen, den Frieden innerhalb gewisser Grenzen und unter gewissen Bedingungen zu sichern; aber der Herrscher oder Staatsmann, der eine solche Vereinigung zustande brächte, der hätte sich seinen Platz in der Geschichte für alle Zeiten gesichert und ein Anrecht erworben auf die Dankbarkeit des ganzen Menschengeschlechtes."

Digitized by Google

Aus diesen wenigen Beispielen wird man erkennen, daß der Gedanke eines engeren Zusammenschlusses der Kulturstaaten, sei es der europäischen allein oder aller Kulturstaaten der Welt zum Zwecke der Sicherung des Friedens, ein Problem ist, das seit langem die großen Geister der Politik in hervorragender Weise beschäftigt. In Deutschland hat man sich zwar diesem Problem gegenüber immer verschlossen gezeigt, glaubt man noch, daß es nur von „Phantasten" und Unverantwortlichen erörtert wird, und wird vielleicht erstaunt sein zu hören, daß es heute wirklich bereits ein Weltproblem ist, dem die Besten und Angesehensten ihre Arbeit widmen, und auf das sie ihre Hoffnungen setzen. Man wird jetzt aber zugeben müssen, daß Kaiser Wilhelm, der bisher immer ein scharfes Auge für alle Fragen der Zeit gezeigt hat, an diesem Problem nicht gleichgültig vorbeigehen und an seinen Erörterungen nicht unbeteiligt bleiben konnte. Die Ähnlichkeit, die zwischen seinen eigenen Äußerungen und den hier angeführten Ansichten und Äußerungen hervorragender Staatsmänner und Gelehrte besteht, ist nicht zu verkennen, und man kann daraus ersehen,

wie diese den Gedankengang des Kaisers beeinflußt haben dürften. Am deutlichsten tritt dies zutage in den Anschauungen Roosevelts, der wenige Tage bevor er nach Berlin kam und dort mit dem Kaiser lange konferiert haben dürfte, dieselben Ansichten vertrat, die dem Kaiser bei seinem Gespräch mit Pichon in London, das unmittelbar nach der Zusammenkunft des Kaisers mit Roosevelt stattfand, in den Mund gelegt wurden. Dieses Gespräch findet dadurch seine Bestätigung. Auch der ehemalige norwegische Minister des Äußern, Loevland, vertrat im „Dagblad" vom 24. Mai 1910 die Ansicht. Er führte darin aus:

„Wenn wir davon ausgehen, daß der Kaiser die Gelegenheit benützt hat, der französischen Regierung direkt und vertraulich zu sagen, daß man jetzt an eine europäische Friedensorganisation denken müsse, so ist dies um so leichter zu verstehen, als er gerade von seiner Zusammenkunft mit Roosevelt in Berlin kam, der in seinem vor dem Nobel-Komitee in Christiania gehaltenen Vortrag den gleichen Gedanken entwickelt hatte. Es liegt die Annahme nahe, daß die beiden ausgeprägten Gegenwartsmenschen im Laufe ihres Gespräches gemeinsame Ideen

gefunden haben, denen der Kaiser nun auch auf seine Weise Ausdruck gegeben hat."

Es genügt festzustellen, daß der Kaiser so gesprochen haben kann, wie der Chefredakteur des „Matin" es aus dem Munde des verantwortlichen Leiters der auswärtigen Politik Frankreichs erfahren haben will, und man kann zu dem Schlusse kommen, der doch nur zu naheliegend ist, daß die wichtigste Frage der Zeit, daß das große Problem der radikalen Friedenssicherung der Kulturwelt, auch dem Kaiser nicht fremd bleiben konnte, daß er von ihm erfaßt wurde und es in seiner hohen Bedeutung erkannt hat.

Es sei aber noch eines anderen wichtigen Umstandes gedacht, der diese Annahme unterstützt.

Seit seinem Regierungsantritt ist Kaiser Wilhelm die prominenteste Figur in der internationalen Politik. Er hat es verstanden, das Augenmerk aller Völker und aller Regierungen auf sich zu lenken. Zuerst waren es bange Zweifel und Furcht vor dem impulsiven Temperament und vor der militärischen Ideenwelt des Kaisers, die dieses bewirkten. Später war es das Vertrauen, das sich aller Orten geltend machte. Bei ihrer Hoffnung auf Friedenssicherung, auf Abwälzung der steigenden Rüstungslasten, auf Ruhe und Ordnung in der

Welt, haben sich die Augen der Völker auf den Kaiser gerichtet. Es trat zuerst vereinzelt, dann allgemein der Gedanke auf, daß Kaiser Wilhelm der Mann ist, Europa zur Beruhigung, zur Organisation, zum endlichen friedlichen Zusammenschluß zu bringen. Und je länger die Regierungszeit des Kaisers wurde, ohne daß es zu kriegerischen Unternehmungen kam, je mehr sich die Anschauung bestätigte, daß er nicht im Waffenruhm sein Heil sucht, daß, wie er es selbst gesagt hat, sein Reich „nicht auf Eroberungen begründet sein soll durch das Schwert, sondern durch gegenseitiges Vertrauen der nach gleichen Zielen strebenden Nationen," umso größer, umso lauter wurde die Forderung, daß der Kaiser die historische Mission erfülle, der Friedensbringer für den alten Kontinent zu werden.

Schon im Jahre 1897 schrieb William T. Stead in einem in seiner „Review of Reviews" erschienenen Artikel über den europäischen Bund folgendes:

„Ein solcher Bund gebraucht zweifellos einen Führer, wenn auch keinen Herrn. Die Führerschaft Europas in dieser Angelegenheit könnte sehr wohl dem deutschen

Kaiser mit England zur Rechten und Rußland zur Linken zugestanden werden."

Das war vor dreizehn Jahren. Die gemeinsame Aktion Europas in China unter dem Oberbefehl eines deutschen Generals konnte damals noch nicht vorhergesehen werden. Und doch fand sie drei Jahre später statt. Sie war der erste und bündigste Beweis, daß Europa fähig wäre sich zusammenzuschließen, und daß es deutscher Initiative dabei zu folgen bereit wäre. Denn es kann als ausgemacht gelten, daß dieser Zusammenschluß nicht nur zu kriegerischen Unternehmungen möglich wäre, sondern noch viel leichter zu friedlichen, kulturellen Unternehmungen.

Zur Thronrede des Kaisers im November 1905 schrieb Bertha von Suttner:*) In seiner Thronrede sagt Kaiser Wilhelm: „Es ist mir eine heilige Sache um den Frieden des deutschen Volkes." Niemand hat ein Recht, an der Aufrichtigkeit dieses Wortes zu zweifeln. Leider ist aber dabei nur jener Frieden gemeint, der durch den Hinweis auf das scharfe Schwert und auf das trockene Pulver geschützt werden soll, und auf die möglichst lange Kriegslosigkeit für das eigene

*) Die Friedens-Warte 1905. S. 231.

Volk, statt für alle Völker. Und gerade für dieses hohe Ziel, das die Kulturaufgabe des 20. Jahrhunderts darstellt, könnte, in seiner Machtfülle, der deutsche Kaiser entscheidend einwirken. Ich denke mir, daß er über alle bisher einberufenen interparlamentarischen Besuche und Versammlungen, über alle Haager Konferenzen hinaus, einen Rat der Staatsoberhäupter sämtlicher Kulturstaaten zusammenberiefe, mit dem Programm: Entente cordiale aller, denen es heiliger Ernst ist um den Frieden der Welt — Schaffung eines Vier- oder Sieben- oder des Zehnbundes, innerhalb dessen das Recht auf Eroberung, auf Überfall — also die gewissen „ernsthaften" Gefahren — ausgeschaltet wären. Was schon Heinrich IV. plante, was Napoleon I. auch einmal als Projekt niederschrieb, was Nikolaus II. mit seinem Manifest von 1898 anbahnen wollte, das auszuführen, dazu wären die Zeiten jetzt reif, und dazu

könnte ein energischer Machthaber wie Deutschlands Herrscher ein Zeichen geben."

In neuerer Zeit war es besonders Carnegie, der immer deutlicher und immer eindringlicher auf den Kaiser hinwies und ihn als den Retter der Kulturwelt bezeichnete, der den großen Schritt zu tun habe. In seiner oben zitierten Rede auf dem New-Yorker Friedenskongreß von 1907 betonte er, daß ihm die Gründung der von ihm verlangten Friedensliga der Kulturnationen nicht mehr als Traum erscheine. Es bedarf dazu nur eines mächtigen Mannes. „Vielleicht wird Präsident Roosevelt diese Rolle spielen. Er sei seiner Natur und seiner Vergangenheit nach dazu geeignet." „In diesem Augenblick jedoch", so fuhr Carnegie fort, „scheint die Macht, den Krieg abzuschaffen, nicht in seinen Händen, sondern von allen Menschen allein in den Händen des deutschen Kaisers zu liegen. Sein Aufruf, eine Union der Nationen zu diesem besonderen Zweck zu bilden, würde mehr als sechs Nationen veranlassen, seinem Rufe freudig Folge zu leisten. Und wie es bei der vor-

übergehenden Liga in China der Fall war, so würde es nicht mehr als recht sein, daß in dieser größeren Liga ein deutscher General die verbündeten Kräfte anführt. Viel ist über den Kaiser geschrieben und gesagt worden, er wurde als Bedroher des Friedens genannt; aber ich glaube mit Unrecht. Denken Sie daran, fast zwanzig Jahre ist er auf dem Throne, und bis jetzt trägt er keine Schuld an Blutvergießen. Seine Sünde mag von nun an eine Unterlassungssünde sein, da er es unterlassen hat, sich zu seiner erhabenen Pflicht aufzuschwingen, wo ihm die Macht anvertraut ist, den Krieg auszurotten. Wenden wir indessen unsere Augen nicht von diesem möglicherweise vom Schicksal auserkorenen Manne, und hoffen wir, daß seine wahre Mission ihm offenbart werde! Eine höhere hat kein Mensch jemals gehabt, selbst wenn einer ihr in Wohltätigkeit nahe gekommen ist. Würde

jene Bestimmung ihm enthüllt, ich für meinen Teil glaube, er würde sie erfüllen. Ich kann nicht begreifen, wie ein Sterblicher dem göttlichen Rufe, einen so ruhmreichen Dienst zu leisten, widerstehen könnte. Es gibt keine Siege, wie die des Friedens. Der Tag ist vorüber, an dem Töten und Zerstören als Heldentum angesehen wurde."

Ein Jahr später fand in Berlin die Interparlamentarische Konferenz statt. An und für sich ein Ereignis. Denn zum erstenmal seit ihrem zwanzigjährigen Bestande, konnte die große dem Weltfrieden dienende Vereinigung auf deutschem Boden ihre Sitzung abhalten. Auf dieser Konferenz brachte der amerikanische Deputierte Bartholdt am 18. September von der Tribüne des Deutschen Reichstages, in dem die Konferenz tagte, einen Brief von Carnegie zur Verlesung, der folgenden Wortlaut hat:

„Wenn ich in Berlin wäre und etwas zu sagen hätte, so würden alle meine Gedanken sich notwendigerweise auf einen Punkt konzentrieren. Es will mir scheinen, als ob die Abschaffung des

Krieges zwischen zivilisierten Nationen als Mittel, internationale Streitfragen zu regeln, sehr leicht zu erreichen sein würde. In Berlin befindet sich, wenn Ihr Kongreß daselbst tagt, ein Mann, der nur ein Wort zu sagen brauchte. Wenn der Deutsche Kaiser nur seine offenkundige Aufgabe erfüllte, würden ihm alle folgen. Er hat es in seiner Macht, den Krieg zwischen zivilisierten Nationen abzuschaffen. Er braucht nur England, Frankreich und die Vereinigten Staaten aufzufordern, in Übereinstimmung mit ihm zu erklären, daß, seitdem die Welt sich in eine große Nachbarschaft verwandelt hat und konstante und intensive Beziehungen untereinander unterhält — der Welthandel beläuft sich jährlich auf Tausende von Millionen —, die Zeit vorüber ist, in welcher es einer zivilisierten Nation gestattet sein könnte, den Frieden zu stören, der allen so sehr am Herzen liegt. Internationale Streitfragen müssen durch Schiedsgerichte geregelt werden. Keine der genannten Nationen wird

es fertig bringen, diese Einladung abzulehnen, und der Kaiser hätte der Welt einen Dienst geleistet, wie noch nie ein Mensch zuvor."

Diese Ansicht Carnegies ist heute die Anschauung von Millionen in allen Teilen der Welt. Ein großer Teil der Menschheit glaubt jetzt an die Mission des Kaisers zur Herstellung einer europäischen oder einer Weltordnung. Dieser Glaube ist an sich schon ein wichtiges Zeichen der Zeit. Er hätte nicht entstehen können, wenn nicht das glühende Sehnen der heutigen Menschheit nach einem Wandel der internationalen Verhältnisse vorhanden wäre, er hätte nicht entstehen können, wenn nicht der Kaiser selbst das Vertrauen der Menschheit erworben hätte. Er hätte schließlich dieses Vertrauen nicht erwerben können, wenn er dem Gedanken selbst so fern stünde, wie die alldeutsche Presse es glauben machen will. Kaiser Wilhelm hat den Gedanken erfaßt; er ist von der Notwendigkeit eines Europas überzeugt. Er denkt daran. Vielleicht ergreift er eines Tages die Initiative. Vielleicht folgt er dem Rufe der von ihm so hochgeschätzten und bewunderten Amerikaner. Vielleicht macht er den glühenden Gedanken der Zeit zur Tat, vielleicht erfüllt er die Hoffnung der Millionen.

„Wer wäre berufener“, so schrieb ich 1905 nach der Bremer Kaiserrede, „diesem Wirrwarr ein Ende zu machen, diesen Wahn zu beseitigen, die Menschheit zum Bewußtsein zu rufen, als jener Fürst, der selbst der Internationalsten einer ist, der dauernd die europäische Welt bereist und ihre Kulturhöhe kennen lernt, auf dem völkerverbindenden Meere zu Hause ist, der die internationale Solidarität der Kulturwelt verkündet hat, und der von dem Wert des Friedens überzeugt ist wie keiner. Ein Weltreich wäre zu gründen, wie keines noch gegründet worden, ein Weltreich, das Dauer verspricht für ewige Zeiten, das demjenigen, der es gegründet, den hellstrahlendsten Ruhm in der Geschichte verheißt, und der das Volk, dem er entsprossen, zu dem führenden machen würde: Das Weltreich der auf Vernunft und Recht begründeten Vereinigung der Kulturwelt.“

II. Kapitel.

Der Kaiser als Pazifist.

Daß heute eine große Anzahl von Angehörigen aller Nationen den Kaiser als den Berufenen betrachtet, den europäischen Frieden oder den Frieden der Kulturwelt durch eine organisatorische Tat fest zu begründen, liegt im Grunde genommen an der großen Enttäuschung, die er der Menschheit gebracht hat. Eine Enttäuschung im angenehmen Sinne. Als er, ein jugendlicher Potsdamer Offizier, den Hohenzollernthron bestieg, als er damals in erster Linie sich „an die Armee“ wandte, ihr zurufend: „So gehören wir zusammen, ich und die Armee, so sind wir füreinander geboren und so wollen wir unauslöslich fest zusammenhalten, möge nach Gottes Wille Frieden oder Sturm sein,“ da erblickte man in ihm in allen Ländern der Erde den War-Lord, den großen

Kriegsherrn, der seinen Ruhm durch kriegerische Taten zu begründen die Absicht haben wird. Mannigfache von militaristischem Geiste durchwehte Reden des Kaisers bestärkten in dieser Anschauung. Je mehr aber die Zeit verstrich, je mehr Deutschland aus ernsten Krisen als ein Friedenshort hervorging, je mehr in den Reden des Kaisers moderne Ideen sich äußerten, um so mehr wandelte sich ihm gegenüber die internationale Gesinnung. Die anfänglichen Befürchtungen schlugen in ein direktes Gegenteil um und machten einem großen, tiefgehenden Vertrauen Platz. Was bei einer andern Persönlichkeit als selbstverständlich gegolten hätte, wurde ihm als ein hervorragendes Verdienst angerechnet. Er wird bald ein Vierteljahrhundert an der Regierung sein, ohne zu den Waffen gegriffen zu haben.

Das ist nun allerdings keine pazifistische Tat. Der Zustand des Nichtkrieges ist noch nicht pazifistischer Friede. Dieser tritt erst ein, wenn durch einen organisierten Zusammenschluß der Staaten der Krieg als etwas Außerordentliches und nicht als ein reguläres Mittel der Politik betrachtet wird. Der pazifistische Friedenszustand schließt die Gewaltanwendung nicht aus. Aber auch sie wird dann im Dienste des Rechts stehen. Sie wird ein

Mittel der Organisation sein und bei der Seltenheit ihrer Anwendung die Völker nicht mehr bedrücken. Das Verdienst, keinen Krieg geführt zu haben, ist immer nur ein einseitiges. Das geben die Anhänger des Krieges selbst zu, wenn sie behaupten: „Es kann der Beste nicht im Frieden leben, wenn es dem bösen Nachbar nicht gefällt.“ Wenn der Kaiser fast ein Vierteljahrhundert keinen Krieg geführt hat, so muß man gerechterweise im Sinne dieser Anschauung auch den Nachbarn ein gewisses Verdienst einräumen. Und dies trifft in vollem Umfange auf die Wilhelminische Friedensperiode zu. Anatole France hat vor einigen Jahren in einer großen öffentlichen Versammlung in Paris diesen Punkt berührt. Er sagte, nachdem er von dem unbestreitbaren Friedenswillen im französischen Volke sprach: „Eine Schwalbe macht noch keinen Sommer und eine Nation macht noch nicht den Frieden in der Welt. Zweifellos; aber sehen wir denn die Friedenszeichen allein in Frankreich? — Schauen wir nach Deutschland. Es ist ein militärisches Land mit einer herrlichen Armee. Seine Armee ist die erste in der Welt. Die unsere ist ebenso; ebenso die jeder anderen Nation. Aber Deutschland hat etwas mehr. Es hat einen Soldatenkaiser, einen

großen Soldaten, einen vollkommenen Durch- und Durch-Soldaten. Der Kaiser ist der Abgott der Soldaten, er ist der Hohenzollernsoldat, der Lohengrin-Soldat, er hat Seele und Schnurrbart eines Soldaten. Durch seine Stellung und seinen Charakter war er dazu bestimmt, Krieg zu führen. Er hat Musikstücke komponiert, Reden gehalten, Gedichte geschrieben, Bilder gemalt, er hat Segelsport getrieben, Bildhauerei studiert, Theologie, kurz alles mögliche getan, nur nicht Krieg geführt. Warum? Weil sich anscheinend etwas geändert hat in Deutschland sowohl wie im übrigen Europa." So ist der Kaiser als bloß nichtkriegführender Fürst nur das Produkt der Verhältnisse, das Produkt seiner Zeit, die ihn bestimmte, den Krieg zu vermeiden. Damit ist man aber noch nicht Pazifist. Carnegie versuchte es einmal bei einer Zusammenkunft, die er mit dem Kaiser in Kiel hatte, diesen zum Pazifismus zu bekehren. Der Kaiser erwiderte ihm, daß er ja ohnehin nach Kräften ein Beschützer des Friedens sei — nur nach etwas anderer Methode . . . „Auf die Methode kommt es aber an, Majestät," erwiderte Carnegie schlagfertig. „Da möchte ich mit gütiger Erlaubnis noch ein Geschichtchen

erzählen," sagte er. „Auf einer Straße fuhr ein zweispänniger Landauer; — vorbei sauste staubaufwirbelnd in rasendem Tempo ein Tandem. Als der Lenker des Zweigespanns später dem Tandemfahrer vorwarf, auf solche Weise die Leute zu erschrecken," sagte dieser: „Ich habe ja auch wie du zwei Pferde angespannt, nur nach etwas anderer Methode." — „Auf die Methode kommt aber viel an," entgegnete der andere. „Z. B. ist es doch ein großer Unterschied, wenn ich meine Hände so halte: (Geste des Betens) oder so: (Geste der langen Nase)."

Ja, auf die Methode kommt es an. Und das ist gerade das Erfreuliche im Wesen des Kaisers, daß er sich von den Tatsachen nicht blind leiten, sondern von ihnen sich auch erziehen läßt. Wer seine Äußerungen der letzten Jahre mit Aufmerksamkeit verfolgt, muß zugeben, daß die pazifistische Gedankenrichtung bei ihm immer deutlicher zutage tritt. Seit 1907 ungefähr ist in seinen Äußerungen direkt ein pazifistischer Ehrgeiz zu erkennen, wie z. B. in seiner Londoner Rede von jenem Jahre, worin er der Hoffnung Ausdruck gab, daß die Geschichte sein Bestreben nach Vermeidung des Krieges anerkennen werde. Früher hatten die Fürsten den Ehrgeiz, in die

Geschichte mit dem Kriegslorbeer einzugehen, und auch Wilhelm II. mag dieser Gedanke zu Anfang seiner Regierung nicht so fern gelegen haben. In jener Londoner Rede sprach er auch nicht mehr von der bloßen „Erhaltung des Friedens," jener beliebten Friedensphrase, die in den letzten Jahrzehnten Mode wurde, er stellt es vielmehr als seine Aufgabe hin, den Frieden „zu fördern" und „fest zu begründen". Bertha von Suttner schrieb damals: „Mehr wollen wir auch nicht. Erhalten läßt sich der Frieden allenfalls — eine Zeitlang — durch eingeflößte Furcht, aber daß er sich dadurch fördern und fest begründen lasse, wird wohl niemand behaupten."

Aus einer Anzahl kleiner Züge kann man erkennen, daß der Kaiser der großen pazifistischen Bewegung, von der einer der ihm am nahestehendsten deutschen Gelehrten, der preußische Kronsyndikus Prof. Zorn in Bonn vor kurzem gesagt hat, daß es nicht mehr angehe, sie mit einem spöttischen Achselzucken abzutun, nicht so fern steht, wie alldeutsche Seelen heute noch glauben und glauben machen wollen.

Einer der hervorragendsten Förderer des Friedensgedankens in Europa ist, wie bekannt, Fürst Albert von Monaco, der mit

dem Kaiser seit langem innig verbunden ist und nicht mit Unrecht als einer der wirksamsten Vermittler zwischen Deutschland und Frankreich betrachtet wird. Fürst Albert von Monaco hat sich aktiv an der Friedensbewegung beteiligt. Er rief im Jahre 1903 das internationale Friedensinstitut ins Leben und lud im vorhergehenden Jahre den internationalen Friedenskongreß in sein Land. Fast alljährlich trifft der Fürst mit dem Kaiser zusammen, und es ist nicht nur nicht ausgeschlossen, sondern eingeweihten Personen auch bekannt, daß bei diesen Zusammentreffen auch die Friedensbewegung und die modernen Friedensprobleme eingehend erörtert wurden. Dafür spricht z. B. auch der Umstand, daß der Fürst die deutsche Ausgabe seiner Memoiren, die unter dem Titel „Eine Seemannslaufbahn" im Jahre 1903 erschienen sind, dem deutschen Kaiser widmete. Die Widmung, von pazifistischem Geiste getragen, ist dem Buche in der faksimilierten Handschrift des Fürsten vorgedruckt und hat folgenden Wortlaut:

„Je dédie la version allemande
de ce livre à Sa Majesté
l'Empereur Guillaume II,
aux Souverain qui protège
le Travail et la Science,

préparant ainsi la réalisation
du plus noble désir de
la Conscience humaine:
l'union de toutes les forces
civilisatrices pour amener
le règne d'une paix inviolable."

Dies heißt in deutscher Übersetzung: „Ich widme die deutsche Ausgabe dieses Buches seiner Majestät Kaiser Wilhelm II. dem Souverain, der die Arbeit und die Wissenschaft schützt, so die Verwirklichung der edelsten Sehnsucht des menschlichen Gewissens, die Vereinigung aller zivilisatorischen Kräfte zur Herbeiführung der Herrschaft eines unverletzbaren Friedens vorbereitend.

Albert Fürst von Monaco."

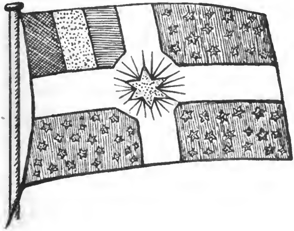
In einem Dankschreiben, das der Kaiser an den Fürsten richtete, hat dieser, wie ich von einer Persönlichkeit, die das Schreiben gesehen hat, weiß, nicht nur die in jener Widmung ihm zugeschriebenen Absichten bestätigt, sondern auch weit darüber hinausgehend seine Friedensliebe und seine Absicht, der Kultur und dem Frieden zu dienen, bekundet.

Im Frühjahr 1902 fand zu Monaco der XI. Weltfriedenskongreß statt, dem

Fürst Albert von Anfang an beiwohnte, und an dem er sich wiederholt durch Ergreifung des Wortes beteiligte. Als der Fürst im Sommer jenes Jahres mit dem Kaiser zusammentraf, hat er ihm von jenem Kongreß erzählt. Unter den Traktanden des Friedenskongresses befand sich auch ein Programmpunkt, der die Schaffung einer Friedensfahne vorschlug. Dieser Programmpunkt kam in Monaco nicht zur Erledigung, wurde vielmehr auf den nächsten Kongreß verschoben. Der Gedanke interessierte den Kaiser. *Er fing plötzlich zu zeichnen an und legte dem Fürsten auf der Rückseite einer Menukarte den Entwurf für die Friedensfahne vor.* Es war dies, soweit ich mich erinnere, ein durch ein weisses Kreuz in vier Teile geteilter roter Grund, von dem drei Felder mit Sternen besät waren, während das linke obere Feld die Nationalfarben der betreffenden Nation tragen sollte, in der die Fahne entfaltet wird. Das Original dieser Zeichnung befindet sich in Verwahrung des internationalen Friedensinstitutes in Monaco.

Der Fürst ließ, vom Kaiser autorisiert, die Fahne an die Leitung des Friedenskongresses gelangen, die sie auch dem im Jahre 1903 in Rouen

zusammentretenden Kongreß vorlegte. Die Sache blieb natürlich nicht geheim. Die Zeitungen befaßten sich mit diesem Fahnenvorschlag des deutschen Kaisers und die chauvinistischen französischen Journale ließen es nicht an boshaften Glossen fehlen. So geschah es, daß auf dem



Rouener Friedenskongreß die französischen Delegierten fürchteten, durch ihre Zustimmung zur Wahl einer internationalen Friedensfahne, die der deutsche Kaiser entworfen hatte, in ihrem Lande die Schleusen des Chauvinismus zu entfesseln. Es wurden darüber sehr lebhafte Vorbesprechungen gepflogen. Da man aber bei der Erörterung im

Plenum jede Debatte vermeiden wollte und die einstimmige Annahme des kaiserlichen Entwurfes wünschte, die Aussichten dafür jedoch nicht vorhanden waren, so ließ man das Projekt fallen. Als der Programmpunkt zur Erledigung stand, fehlte der Referent, und man mußte zur Tagesordnung übergehen. Offiziell war die Fahne nicht als vom deutschen Kaiser entworfen vorgelegt worden. Wenn es daher vorher gelungen wäre, Verschwiegenheit zu wahren, so würde die internationale Friedensbewegung heute unter einem Banner marschieren, das ihr das Staatsoberhaupt des größten Militärstaates zugedacht hatte. Sie hätte alsdann ein Anrecht, Kaiser Wilhelm als ihren Protektor zu bezeichnen. Es ist sicher schade, daß es nicht dazu gekommen ist. Die Fahnenfrage, die ein großer Teil der Pazifisten ohnehin als eine Nebensächlichkeit betrachtete, wurde nie mehr auf die Tagesordnung der folgenden Friedenskongresse gestellt. Die Annahme der Kaiserfriedensfahne ist daher noch immer möglich und würde heute sicherlich seitens der französischen Delegierten keine Bedenken mehr auslösen.

Daß sich der Kaiser aber auch schon vorher mit den Friedenskongressen befaßt hat, geht aus

einer Äußerung hervor, die er Wereschagin gegenüber tat, als dieser in den neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts seinen Bilderzyklus über Napoleon in Berlin zur Ausstellung brachte. Dieser Zyklus zeigte das grauenhafte Elend des russischen Feldzuges in historisch getreuer Darstellung. Der Kaiser soll nun beim Anblick eines dieser Bilder zu Wereschagin gesagt haben: „Damit, lieber Meister, kämpfen sie gegen den Krieg wirksamer an, als irgendwelche Friedenskongresse."

Ein anderer hervorragender Pazifist, mit dem der Kaiser in regem Verkehr steht, und dem er große Wertschätzung entgegenbringt, ist der französische Senator Baron d'Estournelles de Constant. Als im Sommer 1904 König Eduard in Kiel weilte, wurde Baron d'Estournelles eingeladen, ebenfalls dahin zu kommen. Während des Aufenthalts von länger als einer Woche wurde d'Estournelles fast täglich vom Kaiser empfangen. Er soll einmal sogar einen ganzen Tag bei ihm geweilt haben. Es war damals zur Zeit der Hochflut der deutsch-englischen Verstimmung. Der Besuch des Königs Eduard hatte den Zweck, diese Verstimmung zu beseitigen. Die alldeutsche Presse zeigte sich zu

jener Zeit von der traurigsten Seite. Sie wollte keinen Ausgleich. Frohlockend posaunte sie aus, daß der König nur als Sportsmann nach Kiel gekommen und daß er mit leeren Händen abgereist sei. Man mußte es jenen Blättern schon hoch anrechnen, wenn sie, solange der hohe Gast auf deutschem Boden weilte, die Ehre Deutschlands nicht durch Taktlosigkeiten besudelten. König Eduard war nicht mit leeren Händen abgereist. Seine Anwesenheit bezeichnete einen pazifistischen Erfolg, auf den wohl auch die Anwesenheit d'Estournelles' nicht ohne Einfluß war. Am 12. Juli wurde der anglo-deutsche Schiedsvertrag veröffentlicht. Er bildete das grosse Ergebnis jener Kieler Tage. Baron d'Estournelles schrieb mir damals: „Die Ehre, den deutsch-englischen Vertrag zustandegebracht zu haben, gebührt dem König Eduard von England, der seine Aufgabe als Friedenskönig sehr ernst nimmt und dem Kaiser. Zwar spottet der Kaiser gern über die Idealisten, doch stimmt er mit ihnen soweit überein, als er den Haager Gerichtshof anzuerkennen beginnt. Nun ist er von der Sache erfaßt und er wird sich ihr ganz widmen. (Le voilà pris dans l'engrenage; il y

passera tout entier.)“ Dieser Schiedsvertrag bezeichnet den Beginn der deutschen Reichspolitik auf pazifistischer Bahn. Damals war aber noch mehr geplant. Um dem Kaiser zu beweisen, daß sich das franco-englische Abkommen vom April 1904 nicht gegen Deutschland richtete, war man bestrebt, *ein inniges Abkommen zwischen Deutschland, England und Frankreich gemeinsam zu treffen.* Im August jenes Jahres berichtete die „Berliner Morgenpost“ folgendes:

„Zwischen London und Berlin sowie Berlin und Paris sind neue Verhandlungen eingeleitet worden, deren Bedeutung, falls eine Einigung erzielt wird, kaum der Tragweite der englisch-französischen Entente vom 8. April d. J. nachstehen, diese im Hinblick auf den Krieg in Ostasien vielmehr noch übertreffen dürfte. Kaiser Wilhelm und König Eduard haben gemeinsam Schritte ergriffen, um eine deutsch-englisch-französische Annäherung, die, wohlgemerkt, nicht mit einer Koalition gegen Rußland zu verwechseln ist, in die Wege zu leiten. *Diesem Zwecke diente der Empfang des bekannten französischen Deputierten und hervorragenden Förderers der Schieds-*

Google

gerichtsidee, d'Estournelles de Constant in Kiel, und man wird auch in der Annahme nicht fehl gehen, daß die Reise des Freiherrn von Hammerstein nach London und Paris, die in direktem Auftrage des Kaisers unternommen wurde, nicht allein Studienzwecken auf kommunalem Gebiete, sondern auch der Vorbereitung der Politik internationaler Kordialität dient."

Ich wandte mich damals an Baron d'Estournelles und erbat mir eine Erklärung über diese Meldung. Er schrieb mir darüber Mitte August folgendes:

„Eine Annäherung zwischen Frankreich und Deutschland ist unvermeidlich, da sie beiden Völkern nützlich sein wird, Deutschland in noch höherem Grade als Frankreich. Sie erscheint heute vielleicht noch unmöglich. Doch sprach man vor zwei Jahren über die englisch-französische Verständigung ebenso. Wer hätte denn noch vor zwei Monaten vorhergesehen, daß Deutschland mit England einen Schiedsvertrag abschließen werde, und doch ist der Vertrag heute eine Tatsache. (Hier folgt der oben zitierte Ausspruch über das Zustandekommen des deutsch-englischen Vertrages.) War er (der Kaiser) es doch, der das prophetische

Bild über die „Gelbe Gefahr“ veranlaßt hat, über die man vor zehn Jahren auch noch spottete. Das Bild trug bekanntlich die Unterschrift: „Völker Europas, vereinigt euch zur Wahrung eurer heiligsten Güter!“ Heute ist diese Gefahr offenkundiger als vor zehn Jahren, und die Vereinigung der europäischen Völker ist demnach noch notwendiger geworden, und zwar für Deutschland — aus Gründen, die ich bereits tausendmal wiederholt habe — notwendiger noch, als für Frankreich. Deshalb wird diese Vereinigung auch zustande kommen. Es ist nur nötig, daß sich die öffentliche Meinung darauf vorbereite, und daß man auf beiden Seiten die Dringlichkeit begreife, in Ehren (honorablement) die möglichen Konzessionen sich zuzugestehen, damit die Annäherung dauerhaft und endgiltig werde.

Es ist wahr, daß ich in Kiel häufig Gelegenheit hatte, den Kaiser zu sprechen, ebenso meinen alten Kollegen von vor 25 Jahren, den Grafen Bülow, und ich habe bei dieser Gelegenheit aus meinen Ideen kein Hehl gemacht. Wohl schmeichle ich mir nicht, zu glauben, daß meine Ansichten auch geteilt wurden, aber der Kaiser interessiert sich für alles und kann daher gegenüber dem einzigen Mittel zur Verwirklichung einer europäischen

Union, die er wünscht, und deren Notwendigkeit er zuerst bewiesen hat, nicht gleichgiltig bleiben.

Gewisse Rücksichten gestatten mir nicht, jetzt mehr darüber zu sagen; ich kann mich ja auch täuschen. Ein oberflächlicher Beobachter wird ihnen sagen, daß es in Kiel viele Panzerschiffe, Arsenale, Kreuzer, Torpedos und Admirale gibt; das stimmt. Aber es gibt auch noch etwas, das man nicht sieht: Die Kosten all dieser exzessiven Rüstungen, die Ausgaben, die Steuern, den Militärdienst und die Konkurrenz Amerikas, das den Nutzen zieht von all den die europäische Produktion erdrückenden unproduktiven Lasten.

Daß diese Lasten, sobald man sich verständigen würde, statt sich weiter zu vermehren, bedeutend zurückgehen würden, beginnt man heute bereits zu begreifen, und man begreift es täglich mehr. Den Protesten der gesunden Vernunft gegenüber wird der bewaffnete Friede bald an Ausdehnung verlieren, und auf dem Gebiete der Politik wird, wie auf dem Gebiete der Wissenschaft, die Gewalt vor der Vernunft zurückweichen, sie wird von ihr getötet werden."

D'Estournelles hat gerade in den letzten Tagen in einem im „Berliner Tagblatt" erschienenen

Digitized by Google

Nekrolog über König Eduard die Bedeutung jener Kieler Tage bestätigt. Er schrieb darin, wie er, als er sich in Kiel für die deutsch-französische Verständigung einsetzte, seitens des Königs in seinen Bestrebungen ermutigt wurde. Freilich ist damals nichts aus dieser Verständigung geworden, aber für die Gesinnung des Kaisers dürften jene Tage von großer Bedeutung gewesen sein. Die Erkenntnis der pazifistischen Probleme hat sich ihm dort aufgetan und die Anschauungen, die er vor, während und nach der ersten Haager Konferenz über Schiedsgerichtsbarkeit und internationale Verständigung gehabt hat, dürften 1904 in Kiel einer gründlichen Wandlung unterzogen worden sein. Dem Baron d'Estournelles, den er zu Anfang wohl als einen „Idealisten" angesehen haben dürfte, behielt er fortab im Auge. Als d'Estournelles, der bis dahin Mitglied der Deputiertenkammer war, am 13. November 1904 zum Senator gewählt wurde, sandte ihm der Kaiser ein Glückwunschtelegramm. Im darauffolgenden Jahre wurde d'Estournelles vom Kaiser Wilhelm in Berlin empfangen. Er soll eine sehr ernste und lange Unterredung mit ihm gehabt haben, über deren Inhalt der französische Politiker jedoch niemals etwas verlauten ließ.

Erst im Sommer 1909 finden wir den französischen Friedensvorkämpfer wiederum in der Nähe des Kaisers. Im Frühjahr hatte d'Estournelles in einem Prachtsaal des preußischen Herrenhauses in Berlin einen vielbemerkten Vortrag über die deutsch-englische Verständigung gehalten. Im Juli befand er sich an Bord der Yacht „Ariane" in Gesellschaft des Fürsten Albert von Monaco, der Deputierten Gaston Mennier und Jules Roche in Kiel. Der Kaiser tauschte mit den französischen Politikern Besuche aus, und lud diese auch an Bord der „Hohenzollern" zum Dejeuner. Daß bei der Anwesenheit so hervorragender Pazifisten, wie es die genannten Franzosen und Fürst Albert sind, auch vom Pazifismus die Rede war, ist nur zu klar. In einem im „Temps" am 29. Juni 1909 veröffentlichten Kieler Brief schildert Baron d'Estournelles seine Kieler Eindrücke: „Ich bin überzeugt," schreibt er darin, „daß er (der Kaiser) den Frieden aufrichtig liebt und daß er an seine Mission, ihn zu erhalten, glaubt. Ein Mann, und wäre er selbst ein Souverän, der in der täglichen Gesellschaft seiner Kinder lebt, spielt nicht mit dem Kriege.

Er begreift besser als jeder andere sein tragisches Risiko. Wer weiß, ob der Zar sich hätte hinreißen lassen, wie es vor 5 Jahren der Fall war, wenn er nur um einige Jahre älter gewesen wäre?" D'Estournelles schildert den Eindruck des Wohlstandes und der Geschäftstätigkeit, den er in Deutschland gewonnen hat, und widmet den stets steigenden Lasten des Militärbudgets seine Betrachtung. „Neben den Fabriken, auf denen die triumphierende Flagge der deutschen Konkurrenz gehißt ist, befinden sich die herrlichen Panzergeschwader, deren bescheidenstes Stück die Summe von zehn solcher Fabriken kostet. Eine Verwirrung beginnt sich jedoch bemerkbar zu machen ...... Oh, keineswegs in den Regierungskreisen, dessen bin ich sicher, und ich beeile mich es zu erklären, wohl aber in den breiten Massen, in dem ungeheuren Reservoir der deutschen Tätigkeit. Und in der Erwartung, daß sich der Zusammenschluß der Kulturstaaten vollziehe, ist man sich klar darüber, daß jeder dieser Staaten, wenn er dahin arbeitet, die anderen zu ruinieren, sich selbst ruiniert. Mit Recht fragt man sich, ob das unbegrenzt andauern kann. Vor bloß 20 Jahren hätte es an sogenannten Staatsmännern nicht

gefehlt, die uns geantwortet haben würden: „Man wird der Sache schließlich durch einen hübschen Krieg ein Ende machen!“ Heute ist diese Antwort aber nicht mehr angängig, sie ist nicht einmal faßbar, denn jeder weiß sehr gut, daß ein „hübscher Krieg“ nicht nur keine Hilfe brächte; sondern nur eine Verschlimmerung, ein so furchtbares Unbekanntes wäre, daß nur Narren ihn wünschen könnten. Was dann? . . .“

Ich habe diese Stelle aus dem d'Estournellschen Kieler Brief hier wiedergegeben, weil man aus dieser Darstellung ungefähr schließen kann, worüber man sich in jenen Tagen in Kiel unterhalten haben mag. Kiel ist zwar der größte Kriegshafen des Deutschen Reiches, es scheint aber, daß er sich seit 1904 auch zu einem Friedenshafen entwickelt hat, von dem die pazifistischen Ideen im offiziellen Deutschland ihren Ausgang nehmen.

Dem englisch-deutschen Schiedsvertrag folgte im November 1904 noch die Unterzeichnung eines Schiedsvertrages mit den Vereinigten Staaten. Damals sandte der Kaiser an den Präsidenten Roosevelt eine Depesche, aus der mit voller Deutlichkeit seine veränderte Anschauung

über das Schiedsproblem zutage tritt. Jene Depesche lautete:

„Der Schiedsvertrag, den wir beide zu zeichnen im Begriff stehen, wird ein neues und starkes Glied sein, um Amerika und Deutschland in friedlichen Beziehungen zum Besten der Zivilisation zu verknüpfen, und er möge die Gefühle gegenseitiger Achtung und Kameradschaftlichkeit zweier großer und junger Völker fördern helfen, und dauernd ihrer friedlichen Weiterentwickelung zugute kommen.“

Das klingt doch anders als die von deutscher Seite in den Haager Tagen geäußerten Anschauungen, und niemand war über den Wandel der Dinge überraschter als die deutschen Pazifisten selbst, die an einen so raschen Fortschritt der Entwickelung nicht geglaubt hätten.

Bei dieser Gelegenheit sei auch die Depesche erwähnt, die der Kaiser an die im September 1908 in Berlin versammelte interparlamentarische Konferenz gerichtet hat, von der später auch eine Abordnung in Vertretung des Kaisers vom Kronprinzen in Potsdam empfangen wurde. Die Depesche lautet:

„Den in Berlin versammelten Parlamentariern aller Kulturstaaten spreche ich für den Mir

durch Eure Durchlaucht übersandten Gruß Meinen herzlichsten Dank aus und hoffe, daß die von so vielen bedeutenden Männern des Erdenrunds besuchte Versammlung sich in Meiner Residenzstadt wohlbefinden und an ihrem Teile wirken möge für die Erhaltung der Mir so ganz besonders am Herzen liegenden Segnungen des Weltfriedens. Wilhelm I. R."

Die Zahl der Schiedsverträge hat sich in Deutschland seitdem zwar nicht vermehrt. Auf der zweiten Haager Konferenz bildete das Reich sogar wiederum das Hindernis für die Fortentwickelung des Schiedssystems. Als führende Macht ließ es in Verbindung mit Österreich-Ungarn und den Balkanstaaten zum Ärger der übrigen zweiunddreißig Staaten der Kulturwelt den geplanten allgemeinen Schiedsvertrag mit geringer obligatorischer Bindung scheitern. Aber die Stimmung für die Schiedsgerichtsbarkeit und die Erfassung ihrer großen Bedeutung hat in Deutschland seit jener Zeit ungeheuer zugenommen. Abgesehen von einigen Köpfen, die das Neue nicht zu erfassen vermögen, wetteifern heute die Gelehrtenwelt und die Diplomatie in der hohen Anerkennung des großen Problems. Wenn aber Deutschland auch

weit zurücksteht in der Schiedsvertragsbewegung, so konnte es sich in der Praxis der Schiedsgerichtsbarkeit nicht entziehen. Man wird auf das Denkmal Wilhelm II. keine Schlachtentaten einmeisseln können, aber die Zahl der unter seiner Regierung gefällten Schiedsurteile in Streitfällen, an denen das Reich beteiligt war, ist heute keine geringe mehr. Im Jahre 1899 wurde der Streitfall zwischen Deutschland, den Vereinigten Staaten und England in der Samoa-Angelegenheit beigelegt, im Februar 1904 stand Deutschland als klagender Teil, Recht suchend, gegen Venezuela vor dem Haager Tribunal, im Mai desselben Jahres trat es im Verein mit einigen europäischen Mächten gegen Japan vor das Schiedsgericht und im Jahre 1909 wurde der große schwere Streitfall zwischen Deutschland und Frankreich in der Casablanca-Angelegenheit von demselben Haager Hof friedlich erledigt, den Deutschland zuerst so heftig bekämpft hatte. Und Deutschland war es, das den Weg nach dem Haager Hof vorschlug. Gerade der Casablanca-Fall war einer derjenigen, die vor einem Jahrzehnt genügt hätten zwei Staaten in den Krieg zu treiben. Daß dies nicht mehr der Fall war, ist

ein neues Zeichen für den Geist der Zeit, und war insofern ein Verdienst des Kaisers, als er nicht versuchte, wie es viele Fürsten in ihrer Verblendung früher getan hatten, sich diesem Geiste zu widersetzen. Neben diesen Schiedsfällen zeichnet noch eine ganze Anzahl friedlicher Ausgleiche am Togo, in Kamerun und am Kongo die pazifistische Ära Wilhelm II. aus. Und neben diesen Ausgleichen figurieren die Friedensverträge, die — auch eine Errungenschaft dieser Zeit — nicht mehr nach blutigen Kriegen abgeschlossen wurden, sondern unter der Herrschaft der Vernunft zu dem Zwecke, Kriege zu vermeiden. Hierzu gehört der Vertrag von Algeciras vom April 1907, der einem schweren Konflikt durch Herstellung einer rechtlichen Grundlage ein Ende machte. Hierzu gehört das am 9. Februar 1909 in Berlin mit Frankreich abgeschlossene Marokko-Abkommen, der Nord-Ostseevertrag, der für die spätere Organisierung Europas eine grundlegende Bedeutung besitzt, und nicht zuletzt die beiden Haager Abkommen von 1899 und 1907 mit ihren hochbedeutenden, den Frieden sichernden und dem Krieg vorbeugenden Bestimmungen. Wenn man auch bedenkt, daß diese Friedenstaten sich erst auf

ein Jahrzehnt beschränken, so wird man zugeben müssen, daß die Regierung des Kaisers doch schon reicher ist an pazifistischer Wirksamkeit als sie je das Leben eines deutschen Fürsten aufzuweisen hatte.

Diese Taten allein genügen, um die pazifistische Richtung im Leben des Kaisers zu kennzeichnen. Aber man wird auch gut tun, nicht außer Acht zu lassen, daß die Gesinnung, die den Kaiser beherrscht, auch in den Äußerungen derjenigen Personen zum Ausdruck kommt, die seine Umgebung bilden. So schrieb eine dieser Persönlichkeiten, der Direktor der Hamburg-Amerikanischen Paketfahrtgesellschaft, Ballin, auf die Anfrage der dortigen Friedensgesellschaft, ob es, wie es verlautet hatte, in Hamburg wirklich eine Kriegspartei gebe, zu der er selbst gehören soll, folgendes: „Das ist eine Vermutung, so wahnsinnig und ehrverletzend, daß eine ausdrückliche Zurückweisung schon zu viel erscheint! Dem Werke, dem ich mein Leben gewidmet habe, der Hamburg-Amerika-Linie, würde selbst ein siegreicher Krieg so tiefe Wunden schlagen, daß ein Menschenleben kaum ausreichen würde, diese Wunden zu heilen.“ Der frühere

Staatssekretär Dernburg war lange, ehe er in sein Amt berufen wurde, Mitglied der deutschen Friedensgesellschaft und blieb es noch nach seinem Amtsantritt. Fürst Bülow hat wiederholt seine Anschauung zugunsten der Schiedsgerichtsbewegung zum Ausdruck gebracht. Nie so deutlich, wie in seiner Eröffnungsrede der Berliner Interparlamentarischen Konferenz am 17. September 1908. „Mit der zivilisierten Welt“, so sagte der Kanzler, weiß Deutschland die Dienste zu würdigen, die Sie einer edlen Sache leisten . . . Sie haben mehr erreicht, als anfänglich angenommen wurde. Von ausgezeichneten Männern geleitet . . . haben Sie Ihre Aufgabe verfolgt, Bürgschaften für den Frieden und die Eintracht unter den Völkern zu erlangen . . . Ich kann es ohne Übertreibung sagen: Von Jahr zu Jahr hat Ihr Erfolg zugenommen . . . In Deutschland nehmen wir lebhaften Anteil an den Fragen, die die interparlamentarische Vereinigung beschäftigen und besonders an der Schiedsgerichtsfrage . . . Friedensliebe bedeutet nicht Mangel an Vaterlandsliebe. Es sind Patrioten, die sich bemühen, Konflikten vorzubeugen durch Bekämpfung der

immer schädlichen Unwissenheit ungesunder Rankünen, des oft blinden Hasses, der nicht selten trügerischen Ambitionen. Der so handelt, gibt einen Beweis von Patriotismus, der den Weg frei macht, der Hindernisse beseitigt und so den Aufstieg der Menschheit zu dem allen Zeiten und allen Völkern gemeinsamen Ideal erleichtert."

Am 15. März 1910 konnte der Staatssekretär des Auswärtigen Freiherr von Schoen, jener Mann, der sich durch den Marokkovertrag vom 9. Februar 1909 das ewige Gedächtnis der Geschichte und den zeitlichen Haß der Alldeutschen erworben hat, im Reichstag mitteilen, daß der gegenwärtige Reichskanzler Graf Bethmann Hollweg die Sympathien teilt, die sein Amtsvorgänger der interparlamentarischen Union entgegengebracht hat. Der neue Reichskanzler selbst sagte am 16. März 1910 im Reichstag, dass er sich zu einer Politik des Vertragsbruches nicht hergeben werde, und sogar der frühere Kriegsminister von Einem hat im Reichstag am 18. März 1910 erklärt:

„wenn die Dinge so weiterlaufen, daß vielleicht ein besseres Verhältnis in England und eine Entente cordiale vielleicht sogar mit Frankreich zustande kommt, kann man ja vielleicht daran denken, das Heer zu vermindern und abzurüsten."

Ein anderer Mann des Kaisers, der große Theologe Dr. C. G. Harnack, schrieb vor kurzem in einem gelesenen Blatte: „Eine neue Art des geistigen Verkehrs auf allen Linien, ja ich möchte sagen, eine politische Ethik ist uns nötig, sie gestaltet sich jetzt, sie ringt sich heraus — auch die Friedensgesellschaften haben hier eine hohe Bedeutung und kommen mit ihrer vorgreifenden Arbeit gewiß nicht zu früh. Mögen auch alle Diplomaten sie als Ideologen belächeln."

Wenn so die Männer sprechen, die der Kaiser in die Regierung berufen, die seinen Verkehr bilden, so läßt sich daraus ein triftiger Rückschluß auf seine eigene Gesinnung ziehen.

Aber auch in der Betätigung der deutschen

Diplomatie finden wir einige bemerkenswerte Änderungen gegen früher. Daß Gesandte des deutschen Kaisers an Versammlungen der Friedensgesellschaften, an ihren Kongressen und Banketten teilnehmen, daß sie dort sogar Reden halten — Friedensreden —, dürfte in Deutschland nur wenigen bekannt sein. Der deutsche Botschafter in Washington, Graf Bernstorff, hat 1909 den weiten Weg nach Chicago nicht gescheut, um auf dem dort stattgehabten amerikanischen Friedenskongreß eine große Rede zu halten, die freilich über die Friedensphrase nicht hinauskam. Bei dem dem Kongreß folgenden großen Bankett jedoch finden wir in dem Toast des Botschafters schon pazifistische Anklänge, indem er den Handel zwischen den Nationen als Grundlage ihrer Freundschaft pries und erklärte, daß der Schiffsverkehr zwischen Hamburg und New-York die freundschaftlichen Gefühle zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten mehr festige als irgend ein Botschafter und wenn er selbst drei Friedensreden täglich auf einem Friedenskongreß hielte, wie es Graf Bernstorff an jenem Tage getan hatte.

Noch am 22. März dieses Jahres sprach Graf

Bernstorff auf dem Kongreß der American Peace and Arbitration League in New-York. Freilich verteidigte er auch dort die Seerüstungen Deutschlands und pries er etwas lauwarm die „Friedensliebe" des Kaisers.

Mehr in die pazifistische Ideenwelt ist Graf Wolff-Metternich, der deutsche Botschafter in London, eingedrungen, der auch noch mehr als sein Washingtoner Kollege Gelegenheit und Veranlassung hat, an Friedensaktionen teilzunehmen. Graf Wolff-Metternich hat in den letzten Jahren wiederholt bei den anglodeutschen Verständigungsaktionen hervortreten müssen. Zuletzt nahm er am 17. März 1910 an der Jahresversammlung der englischen Arbitration-League, einer Friedensgesellschaft, teil, wobei er eine vielbemerkte Tischrede hielt. Seine bedeutendste Rede war jedoch die, die er am 28. Januar 1910 an dem zur Feier des Kaisergeburtstages im Cecil Hotel in London gegebenen Bankett gehalten hat. In dieser Rede treten ganz bemerkenswerte pazifistische Gesichtspunkte hervor.

Es sei gestattet, hier nur eine Stelle davon wiederzugeben, die besondere Schlüsse zuläßt. Der Botschafter sagte u. a.: „Im Hinblick auf die hohe Entwickelung und die große Empfindlichkeit des

modernen Kreditsystems, die zunehmende Leichtigkeit, Kapital auswärts zu plazieren und der ausgedehnte Gebrauch der von dieser Leichtigkeit gemacht wird, wird eine gewaltsame Unterdrückung eines Handelskonkurrenten ohne gleichzeitige Verletzung der eigenen Interessen des Angreifers zur Unmöglichkeit. Nehmen wir für einen Augenblick an, daß England in einen kontinentalen Krieg verwickelt sei. Entsprechend der von Sachverständigen ausgedrückten Meinung würde die empfindliche Struktur des Kreditssystems, auf dem die Stärke des Londoner Markts beruht, bei der ersten Nachricht über ein solches Ereignis stark reagieren, und eine finanzielle Panik würde ausbrechen, die — wieder nach der Ansicht von Finanzautoritäten — zu einer Insolvenz der großen Finanzinstitute führen muß. In wenigen Tagen würden Werte in einem höheren Umfange zerstört worden sein als der glücklichste Krieg wieder herstellen könnte.“

Dies nur ein Satz aus dieser durch und durch pazifistischen Rede, in der der Botschafter wie wenige europäische Diplomaten Europas den engen Zusammenhang der Wirtschaft erkannt hat und demgemäß die Unmöglichkeit eines Krieges aus

Gründen der klaren Vernunft demonstrierte. Ein Gedankengang, der aus der pazifistischen Wissenschaft genommen ist und direkt zur Begründung der Notwendigkeit einer Organisierung der Kulturwelt zum Schutze ihres fein verzweigten gemeinsamen Interesses führt.

Und woher kam dem Grafen Wolff-Metternich diese Wissenschaft?

Kurz bevor er diese Rede gehalten hat, kam ihm ein einige Tage vorher erschienenes Büchlein in die Hände, das aus der Feder eines anonym gebliebenen englischen Journalisten herrührt, und sich „Europas optische Täuschung" (Europes optical Illusion) *) betitelt. Der Autor hat als Pseudonym den Namen „Normann Angell" gewählt.

Es ist wichtig, etwas ausführlicher auf dieses Buch einzugehen; zunächst um darzulegen, wie sich Graf Wolff-Metternich von ihm in seiner Rede beeinflussen ließ, dann noch aus einem weit wichtigerem Grunde. Graf Wolff-Metternich fand die Ausführungen „Normann Angells" so wichtig, daß er dessen Schrift dem Kaiser übersandte. Dieser soll sie mit großem Interesse gelesen

*) London. Simpkin, Marshall, Hamilton, Kent & Co.

Digitized by Google

und einen tiefen Eindruck von ihr empfangen haben.

Die optische Täuschung Europas beruht nach den Ausführungen des englischen Journalisten in der Hauptsache auf folgenden Anschauungen:

Keine Nation vermag in unseren Tagen durch militärische Eroberung den Handel einer anderen ständig oder für längere Zeit zu zerstören, da der Handel von dem Vorhandensein von Naturreichtümern und einer Bevölkerung abhängt, die imstande ist, die natürlichen Schätze durch Arbeit zu heben. Den Handel kann man nur zerstören durch Vernichtung der Bevölkerung, was nicht durchführbar wäre; aber, wenn es durchführbar wäre, den eigenen Markt des Eroberers vernichten würde. Ein solcher Staat würde durch die Eroberung kommerziellen Selbstmord begehen.

Würde, wie englische Schwarzseher es darstellen, Deutschland den englischen Handel, Englands Kapital und Kredit zerstören, so würde infolge der Internationalisierung und Interdependenz unseres Finanzwesens und unserer Industrie auch Deutschlands Kredit und Handel zusammenbrechen, und das einzige Mittel für Deutschland, den Kredit wieder herzustellen, wäre dann, dem Chaos in England ein Ende zu machen.

Es ist auch eine physische und wirtschaftliche Unmöglichkeit, den Außenhandel einer andern Nation durch militärische Eroberung zu zerstören.

Der Wohlstand, das Gedeihen und Wohlbefinden einer Nation hängen nicht von ihrer politischen Macht ab, sonst müßten die schwächeren Staaten Europas den europäischen Großstaaten im Handel nachstehen, was nicht der Fall ist. Der Handel der europäischen Kleinstaaten ist, pro Kopf berechnet, größer als der der Großstaaten.

Durch die Eroberung der britischen Kolonien kann keine Nation einen Vorteil erringen, England keinen Nachteil erleiden. Der Verlust der Kolonien wäre für England nur aus sentimentalen Gründen zu bedauern. Die englischen Kolonien sind in der Tat unabhängig vom Mutterlande. Ihr Verlust wäre für dieses keine Änderung in ökonomischer Beziehung. England würde nur die Kosten des Schutzes der Kolonien ersparen. Da England aber weder Tribut noch ökonomische Vorteile von seinen Kolonien genießt, ist es nicht begreiflich, daß ein anderes Land die großen Kosten aufwenden sollte, um sich in den Besitz von Kolonien zu setzen, die nichts eintragen.

Normann Angell resumiert seine Darlegungen dahin, daß, da es für einen Eroberer heute nur

die einzige Möglichkeit gibt, den Reichtum eines Landes im vollständigen Besitz der das Gebiet bewohnenden Einwohner zu belassen, es ein logischer Irrtum und eine optische Täuschung ist, anzunehmen, daß eine Nation ihren Reichtum vermehrt, wenn sie ihr Gebiet vergrößert. Wenn eine Provinz oder ein Staat annektiert wird, werden nämlich die wirklichen und einzigen Besitzer, die Bevölkerung, damit auch annektiert, so daß der Eroberer eigentlich nichts erhält. Durch die Eroberung von Schleswig und Elsaß ist kein deutscher Bürger nur um einen Pfennig reicher geworden, und obgleich Kanada England „gehört", wird der englische Kaufmann dort vom Schweizer Kaufmann aus den Märkten vertrieben.

Die kleinen Staaten sind gegen die Zerstörung ihres Handels seitens der großen nicht durch Armeen und Flotten geschützt, sondern lediglich durch den Umstand, daß unser international verzweigtes Finanz- und Kreditsystem, die heute vorherrschende gegenseitige wirtschaftliche Abhängigkeit dem Zerstörer des fremden Handels selbst die größten Nachteile bringen würden.

Gegenüber den Bangemachern, die eine Vermehrung der englischen Dreadnoughts verlangen, weil eines Tages deutsche Truppen den Schatz

der Bank von England wegführen könnten, erwidert Normann Angell sehr treffend, daß durch die Zerstörung dieser Kreditzentralstelle der ganzen Welt deutsche Banken und Kreditinstitute derart in Mitleidenschaft gezogen werden würden, daß eine unmittelbare finanzielle Deroute in Deutschland selbst, diesem Lande mehr Verluste bringen müßte, als durch die Plünderung der Bank von England wettzumachen wären.

Es war in alten Zeite noch ein Vorteil, ein Gebiet zu erobern, denn eine solche Eroberung brachte materielle Vorteile mit sich. Die Reichtümer des eroberten Landes wie seine Bürger fielen dem Sieger in die Hände. Die heutige Welt ist aber gänzlich verändert, und die einstens zur Zeit der Römer oder im Mittelalter herrschenden Grundsätze sind auf sie nicht mehr anwendbar. Treffend führt Normann Angell aus, daß uns trotz der veränderten Verhältnisse das Vokabularium aus jener Zeit geblieben ist, als ein Überbleibsel von Verhältnissen, die nicht mehr bestehen. Aber unsere Begriffe folgen noch immer dem überkommenen Wortschatz. Noch immer ist die Politik beherrscht von Ausdrücken,

die auf Verhältnisse sich beziehen, die das moderne Leben samt und sonders schon beseitigt hat.

Mit Astrologie und Hexenglauben auf gleicher Höhe stehend, bezeichnet Normann Angell die Anschauung eines englischen Blattes, das in der Vernichtung Deutschlands eine Bereicherung Englands sieht. „Was heißt das,“ fragt er, „die ‚Vernichtung Deutschlands‘? Heißt es, daß wir kalten Blutes 60 oder 70 Millionen Männer, Frauen und Kinder abschlachten sollen? Wenn aber nur die Flotte und die Armee vernichtet wäre, die 60 Millionen Arbeiter des Landes werden bleiben und werden eine noch umfangreichere Tätigkeit entfalten, um die Verluste auszugleichen. Sie werden uns also noch mehr Wettbewerb machen als bisher. Wenn wir aber Deutschland wirklich vernichten könnten, würden wir einen so beträchtlichen Teil unserer Kundschaft vernichten, daß in London die trostloseste Panik ausbrechen müßte.“

„Was bedeutet das alles?“ ruft Normann Angell aus. „Und habe ich nicht recht, wenn ich sage, daß die ganze Frage durch einen Wortschatz verdunkelt und beeinträchtigt wird, der einmal einen gewissen Zusammenhang mit den Tatsachen

gehabt hat, der aber heute alle Bedeutung verloren hat?"

Daß der Handel nicht von der militärischen Stärke eines Landes bedingt wird, führt der Verfasser an mehreren Beispielen aus. „Es ist offenbar, daß ein Ausländer nicht unsere Produkte kaufen und die Deutschlands zurückweisen wird, weil wir eine größere Flotte haben. Kann sich einer vorstellen, daß von einem Engländer und einem Deutschen, die Stahlwaren zu verkaufen haben und in Argentinien, Brasilien, Bulgarien oder Finnland im Bureau eines Kaufmannes zusammentreffen, der Deutsche deshalb den Auftrag bekommen wird, weil er dem betreffenden Argentinier, Brasilianer usw. nachweisen kann, daß Deutschland zwölf Dreadnoughts habe, während England nur acht besitze? Der Deutsche wird den Auftrag erhalten, wenn er dem Käufer ein vorteilhafteres Angebot wird machen können, und aus gar keinem andern Grunde." Die ganze Geschichte des Handels der kleinen Staaten beweist, daß das politische Prestige keine kaufmännischen Vorteile gewährt. Die Schweiz hat England aus Kanada verdrängt. „Und was kann eine Flotte mehr leisten," fragt

Normann Angell mit Recht, „was unsere nicht schon für Kanada getan hätte?" Und dennoch geht der Handel Kanadas nach der Schweiz!

„Wenn die europäischen Staatsmänner uns sagen wollten, wie die militärische Macht einer großen Nation anzuwenden ist, um die Handelsinteressen ihrer Bürger zu fördern, wenn sie uns den modus operandi auseinandersetzen wollten, und uns nicht mit Phrasen über ‚die Ausübung des Einflusses im Rate der Völker' abtun wollten, könnte man sich ihre Philosophie gefallen lassen. Aber bis sie das tun werden, haben wir sicherlich das Recht anzunehmen, daß ihre politische Phraseologie ein Überbleibsel, eine Erbschaft aus einer Zeit ist, deren Verhältnisse in der Tat schon lange überholt sind."

Normann Angell beweist klar, daß das Interesse in den internationalen Konflikten ein trügerisches ist. Er macht aber auch darauf aufmerksam, daß es sich nicht allein um das Interesse dabei handelt. Die Rolle des Gefühlslebens ist eine ungeheure, und bei der Mehrzahl der Fälle gehören die Ursachen, die zum Konflikte führen, mehr in das Gebiet des Empfindens als in das des Interesses. Aber das Empfinden hat hier seinen Ursprung in der gleichen Art optischer Täuschung, die die materiellen

Interessen so unheilvoll beeinflußt. Diese Täuschung kommt zum Vorschein, wenn man die Nation in ihren Individuen betrachtet. Der einzelne Bürger ist ganz unberührt von der Ausdehnung seines Vaterlandes, und ein Holländer würde durch die Einverleibung seines Vaterlandes in das Deutsche Reich nicht besser werden. Seine moralische Position bleibt unverändert. Wir respektieren einen Russen nicht, weil er der Bürger des größten Landes ist, und verachten den Norweger nicht, weil er der kleinsten Nation angehört.

Wie unhaltbar all das Gerede über das nationale Prestige ist, wenn die Sache in ihren Beziehungen zu den einzelnen Individuen ins Auge gefaßt wird, ergibt sich aus den Alltäglichkeiten unseres gesellschaftlichen Verkehrs. In gesellschaftlicher Beziehung geht alles über die Nationalität, sogar in jenen Kreisen, wo der Chauvinismus ein Kult ist. Die Mitglieder unseres Königshauses sind so tief von der Würde erfüllt, die die Mitgliedschaft zum britischen Reiche verleiht, daß die Prinzen wohl in die königlichen Häuser der kleinsten und unbedeutendsten Staaten von Europa heiraten werden, während sie eine Heirat mit einer britischen Bürgerlichen als eine unerhörte Mißheirat betrachten würden. Diese gesellschaftliche Anschauung charak-

terisiert alle europäischen Herrscherfamilien, so daß gegenwärtig nicht ein Herrscher in Europa eigentlich dem Volke angehört, das er regiert. In allen sozialen Schichten wird eine gleiche Regel befolgt. In unseren „auserwähltesten" Kreisen wird ein italienischer, rumänischer, portugiesischer oder sogar ein türkischer Adeliger empfangen, wo ein englischer Kaufmann niemals zugelassen werden würde.

Normann weist im Verlaufe seiner Schrift auf das Duell hin, jenes Überbleibsel aus der Zeit der individuellen Anarchie, das in manchen Ländern noch als unentbehrliches Requisit zur Aufrechterhaltung des persönlichen Prestiges betrachtet wird, wie die Armeen und Flotten zur Aufrechterhaltung des nationalen Prestiges. Er zeigt aber auch, wie diese Anschauung für die angelsächsische Welt heute so überwunden ist, daß das Duell in England und Amerika nur noch verlacht wird. Doch sind es noch keine zwei Menschenalter her, seitdem diese Unsitte in jenen Ländern beseitigt wurde. Er folgert daraus, daß es mit der nationalen Unsitte des Krieges ebenso rasch gehen werde.

Interessant sind die Hinweise des Verfassers auf ähnliche optische Täuschungen, die sich in Europa früher geltend gemacht hatten und die

ebenfalls überwunden wurden. Nicht durch Verträge sind die Religionskriege beseitigt worden, sondern durch die Einsicht, daß auf religiösen Unterschieden beruhende Kriege nicht nur wertlos, sondern vom logischen Gesichtspunkt auch lächerlich wären. Die großen Revolutionen der Geschichte beruhen eben auf einer Umwälzung der Ideen. Diese Umwälzung vollzieht sich jetzt auf dem Gebiete der internationalen Beziehungen. Es sind schon verwickeltere Irrungen überwunden worden. In den religiösen Konflikten, in der Duellfrage waren Instinkt, Leidenschaft, Temperament, Stolz verwickelt; in den heutigen Konflikten nur das materielle Interesse oder besser gesagt das, was man irrigerweise als eine Grundlage des materiellen Interesses ansieht. Sobald man sich überzeugt haben wird, daß alle internationalen Konfikte, die die heutige Welt beunruhigen, einer optischen Täuschung ihr Dasein verdanken, wird auch hier die Vernunft die Führung übernehmen.

Soweit „Normann Angell" in seinem denkwürdigen Buche. — Die Frage erhebt sich: W i e m a g e i n s o l c h e s B u c h a u f d e n K a i s e r g e w i r k t h a b e n ? Die Antwort ist nicht zu geben. Esbleibt nur eine Mutmaßung. Kann es anders auf ihn gewirkt haben, wie auf jeden andern modernen

Menschen, der einen Überblick über die internationalen Verhältnisse besitzt, der die Notwendigkeit des Friedens zwischen den Nationen schon erkannt hat? Konnte er sich diesen Argumenten verschließen? Wenn er auch nicht alle davon sich zu eigen machte, soviel wird er davon doch zumindest als richtig erkannt haben, wie sein Botschafter in London.

Das pazifistische Bild des Kaisers wäre nicht vollständig, wenn man nicht seiner Bestrebungen gedenken wollte, die dahinzielen, gegenseitiges Verständnis mit fremden Nationen zu erwecken und einen geistigen Austausch zu erleichtern. Dazu gehört in erster Linie der von ihm zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten geschaffene Professorenaustausch. Durch eine Ansprache an den amerikanischen Botschafter am Neujahrstag 1905 hat er diese Einrichtung angeregt. Seitdem hat sie zu sehr erfreulichen Ergebnissen geführt. Das Verständnis und das Interesse für Deutschland hat sich in den Vereinigten Staaten vermehrt und in Deutschland hat man angefangen, die fortschrittliche Entwickelung in der Union mit größerem Interesse zu verfolgen. Diese Einrichtung, die es zustande bringt, daß alljährlich die hervorragendsten geistigen

Vertreter von Volk zu Volk gesandt werden und ihr hohes Wissen den Wißbegierigen des andern Volkes vermitteln, ist ein im Interesse des Friedens und der Verständigung höchst erfreuliches Korrelat der Diplomatie. Der Gelehrte als Gesandte löst den Hofmann und Krieger ab.

Aus diesem Mosaikbilde ist deutlich zu erkennen, was zu zeigen die Absicht dieser Skizze ist, daß die Hochflut des Pazifismus auch an dem deutschen Kaiser nicht spurlos vorübergehen konnte, daß er sich immer mehr der pazifistischen Ideenwelt nähert, von ihr erfaßt wird und über sie nachdenkt. Von allen Seiten strömen diese Anregungen auf ihn ein. Er kann sich ihnen nicht verschließen. Er will es auch nicht. Das Ideal der großen Friedenssicherung, zu dessen Verwirklichung ihn die Welt fähig hält, nimmt in seinem Geiste allmählich Gestalt an und beginnt deutlich seine Handlungen zu beeinflussen. Es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß er die Menschheit nicht enttäuschen wird.

III. Kapitel.

Der Kaiser und die erste Haager Konferenz.

Als unmittelbar nach Bismarcks Tod das Zarenmanifest erschien, das die Kulturwelt aufrief, sich „als günstiges Vorzeichen des kommenden Jahrhunderts“ zu einer Konferenz zu versammeln, und das Problem einer Erleichterung der Rüstungslasten zu erörtern, stand man in Europa, am allermeisten aber in Deutschland diesen Fragen völlig fremd gegenüber. In dem größten Militärstaate des alten Weltteils galt das Rüstungssystem als eine Einrichtung, an die nicht gerührt werden dürfe, und diese Anschauungen herrschten nicht nur bei der Regierung, sondern auch bei allen bürgerlichen Parteien vor. Ebenso war die Anschauung gegenüber dem Schiedswesen, das Bismarck während seiner Amtstätigkeit wohl in einigen Fällen, wenn es ihm gerade paßte, zur Anwendung brachte, das man aber als eine

internationale Einrichtung mit einer gewissen Bindung als etwas mit der Souveränität des Staates und mit allen Traditionen der reichsdeutschen Politik unvereinbares betrachtete. Es ist bekannt, wie die gesamte deutsche Presse dem Aufrufe des Zaren mit Skepsis, ja mit Hohn begegnete, und wie sich außerhalb der pazifistischen Kreise im ganzen Reiche nicht eine Stimme erhob, die für das Zarenprojekt und für die in Aussicht stehende Völkerkonferenz sympathisch eintrat.

Es liegt heute noch wenig authentisches Material darüber vor, wie sich Kaiser Wilhelm zu dem Aufrufe des Zaren und zu der Haager Konferenz gestellt haben mag. Die Memoiren des Fürsten Hohenlohe brechen unglückseligerweise gerade dort ab, wo sie über die Stellungnahme des Kaisers zu den Arbeiten im Haag historischen Aufschluß hätten geben können. Ich sage unglückseligerweise, weil es heute erwiesen erscheint, daß der Kaiser in einem sehr kritischen Augenblicke der Konferenz wohltuend eingegriffen hat, so daß durch seine Entscheidung großes Unheil für die Welt und noch größeres für Deutschland abgewendet wurde. Was wir heute über die Stellungnahme des Kaisers zu dem Haager Werke wissen, verdanken wir zumeist den Memoiren des

damaligen amerikanischen Botschafters in Berlin, Andrew D. White, der dem Kaiser sehr nahe stand, und der über seine Eindrücke und Erfahrungen aus der Haager Zeit ausführlich berichtete. Daraus geht hervor, daß der Kaiser die Konferenz tatsächlich nicht unterschätzt hat, obwohl ihm, wie White aus seinen eigenen Worten heraushörte, die ganze Konferenzidee nicht besonders sympathisch war. Kurz vor der Abreise des amerikanischen Gesandten nach dem Haag, wo dieser die Führung der amerikanischen Delegierten übernahm, ließ der Kaiser diesen zu sich rufen und erörterte mit ihm jene Programmpunkte der Konferenz, von denen er annahm, daß sie zu lebhaften Erörterungen Anlaß geben werden. White gibt zu, daß er vielfach mit den Ansichten des Kaisers nicht übereinstimmte, während er ihm in vielen Dingen beipflichten mußte. „Was auf diesem Kongreß besonders vonnöten sein wird, sagte der Kaiser, das ist der gesunde Menschenverstand. Ich habe den Grafen Münster, meinen Pariser Botschafter, nach dem Haag beordert, weil er in reichlichem Maße damit versehen ist.“ Darin hat sich nun der Kaiser, wie wir weiter unten sehen

werden, getäuscht. Graf Münster, der für seine Tätigkeit im Haag später den Fürstentitel erhielt, mochte gesunden Menschenverstand besitzen, hatte aber für die Probleme einer neuen Zeit, die sich im Haag auftaten, nicht das geringste Verständnis. Würde man die Unterredung genau kennen, die White damals mit dem Kaiser gehabt hat, so würde man über des Kaisers Stellung zur Haager Konferenz nicht mehr im Unklaren sein. Aber es scheint, daß diese Stellungnahme mit den Ansichten Whites, der einen fortschrittlichen Standpunkt vertrat, nicht in Übereinstimmung zu bringen war. Denn sonst hätte White mit der Veröffentlichung dieser Unterredung nicht gezögert. Er hielt aber, als er seine Memoiren im Jahre 1906 der Öffentlichkeit übergab, „die Zeit noch nicht gekommen," die Unterredung bis ins einzelne der Öffentlichkeit zu übergeben. Aber im Verlauf seiner Aufzeichnungen führt White an, daß ihm ein dem Kaiser nahestehender Staatsmann vor Whites Abreise nach dem Haag gesagt habe, daß der Kaiser in einem Schiedsgericht eine Beeinträchtigung seiner Souveränität erblicke. Es kann dies schließlich nicht Wunder nehmen, wenn man bedenkt, daß die Anschauungen über das Schieds-

wesen in Deutschland zu jener Zeit noch völlig ungeklärt waren. Aber es ist anzunehmen, daß der Kaiser in jener Konferenz mit White wohl einige Aufklärungen über dieses Problem erhalten und darüber nachgedacht habe. Schon der Umstand, daß Fürst Bülow, der damals das Staatssekretariat des Äußeren verwaltete, White vor seiner Abreise die Zusage machen konnte, daß die deutschen Delegierten mit den amerikanischen in allen wichtigen Dingen zusammengehen werden, läßt darauf schließen, daß die Unterredung des Kaisers mit White nicht ohne gute Folgen blieb.

Dafür spricht auch die Rede, die der Kaiser am Eröffnungstage der Konferenz in Wiesbaden aus Anlaß des Geburtstages des Zaren hielt. Diese Rede hat folgenden Wortlaut:

„Zu dem Toast auf die Gesundheit Seiner Majestät des Kaisers von Rußland, den Ich, wie alljährlich, aus vollem Herzen ausbringe, füge Ich am heutigen Tage Meinen herzlichsten Glückwunsch zu dem Beginne der Seiner Allerhöchsten Initiative entsprungenen Konferenz hinzu.

Mein verehrter Herr Graf (zum russischen

Botschafter gewendet), Mein Wunsch geht dahin, daß es Seiner Exzellenz dem Baron von Staal und dem Grafen Münster, zwei erprobten und erfahrenen Staatsmännern, gelingen möge, auf dem Boden der alten, bewährten Tradition, die Mein Haus mit dem Seiner Majestät und die das deutsche Volk mit dem russischen Volke verbindet, gemäß den vom Kaiser und Mir an beide Herren ergangenen Befehlen, die Konferenz zu führen, daß ihr Erfolg Seine Majestät den Kaiser befriedigen wird!“

White selbst schildert die gute Wirkung, die diese Rede auf die im Haag versammelten Diplomaten ausgeübt hat. „Die skeptischen Empfindungen, die anfangs das Übergewicht hatten, scheinen sich immer mehr zu verflüchtigen,“ schreibt er. „Die Rede, die Kaiser Wilhelm II. inzwischen in Wiesbaden gehalten hat, flößt uns neue Hoffnungen nach einem günstigen Erfolg in der Schiedsfrage ein.“

Digitized by Google

Graf M ü n s t e r war mit der festen Meinung nach dem Haag gekommen, daß die „Einberufung des Kongresses ein politischer Trick Rußlands, der verabscheuungswürdigste Trick sei, der jemals verübt worden wäre.“ Er glaubte, man bezwecke mit diesem Trick nichts anderes, als Deutschland Verlegenheit zu bereiten. Er war auch der Meinung, daß Schiedsgerichte für Deutschland nur schädlich wären. „Deutschland wäre“, so sagte M ü n s t e r nach W h i t e s Mitteilungen, „auf den Krieg vorbereitet wie kein anderer Staat; Deutschland könnte sein Heer in zehn Tagen mobil machen, wozu weder Frankreich noch Rußland noch irgend ein anderer Staat imstande wäre. Das Schiedsgericht würde aber jeder feindlichen Macht Zeit geben, sich in Bereitschaft zu setzen. Demnach brächte es Deutschland nur Nachteil.“ Später erklärte Münster die Schiedsgerichtsidee überhaupt für „Humbug“ und wollte die Debatte darüber mit der Begründung verschwinden lassen, daß der Antrag im russischen Programm nicht vorgesehen wäre. Für „Humbug“ erklärte der Graf aber auch Telegraphen und Telephone und sogar die Lehre von Bakterien und Mikroben, wie W h i t e über seine Gespräche mit ihm getreulich berichtete. „Unbestritten — so fügt W h i t e diesen Erwähnungen hinzu — ist

Graf Münster trotz all seiner hervorragenden Eigenschaften ...... gesättigt mit Ideen, die vor 50 Jahren maßgebend waren."

Es ist deshalb nicht zu verwundern, daß, während das anfängliche Mißtrauen bei den meisten Delegierten bald nach den ersten Sitzungen der Konferenz geschwunden war, einem gegenseitigen Vertrauen wich und der Hoffnung Raum machte, zu einem guten Erfolge zu gelangen, die deutschen Delegierten bei ihrem Mißtrauen verharrten und dem Zustandekommen einer teilweise obligatorischen Schiedsgerichtskonvention wie eines ständigen Schiedshofes den größten Widerstand entgegensetzten. In der Sitzung des Schiedsgerichtsausschusses vom 6. Juni überraschte plötzlich der deutsche wissenschaftliche Delegierte, Professor Zorn, der bisher eifrigst für das Schiedsgerichtsprojekt eingetreten war, mit der Erklärung, es würde ihm nicht möglich sein, sein Votum dafür abzugeben. Darüber herrschte große Bestürzung. Der englische Delegierte Pauncefote und White telegraphierten an ihre Regierungen, um sie über den Umschwung der Verhältnisse aufzuklären. Das Gerücht ging um, der deutsche Kaiser sei gegen jedes Schiedsgericht und suche seine Ver-

bündeten im selben Sinne zu beeinflussen, und am 13. Juni erhielt sich sogar das Gerücht, der Kaiser sei gegen die gesamte Tätigkeit der Konferenz und habe seine Verbündeten ersucht, ihm dabei zu sekundieren. Niemand geringerer, als der italienische Diplomat Graf Nigra, der persönlich für das Schiedsgerichtsprojekt sehr eingenommen war, hatte diese Mitteilung gemacht. White bemerkt hierzu: „Es scheint eine Katastrophe im Anzug zu sein." Zu einem Diplomaten bemerkte er, daß die Minister dem Kaiser die Augen darüber öffnen sollten, daß er durch seinen Widerstand gegen ein Schiedsgericht eine Unsumme Groll gegen sich heraufbeschwöre, wie sie kein Minister dulden dürfte. „Sie haben Recht", entgegnete der Diplomat, „nur existiert in Deutschland kein Minister, der den Mut besäße, dem Kaiser so etwas zu sagen."

Nun schien White den Augenblick für gekommen zu halten, den deutschen Delegierten die Schwere der Situation klarzulegen. Denkwürdig ist die Unterredung, die er am Morgen des 15. Juni mit dem Grafen Münster hatte, bei der er ihm

das Schädliche seines Verhaltens klar machte und wobei es ihm auch gelang, den anfangs widerstrebenden Grafen ganz umzustimmen. Aus dem Bericht über diese Unterredung sei einiges hier wiedergegeben.

Nachdem *White* dem Grafen die falschen Ansichten, die er sich über die Zusammensetzung des Schiedshofes und den Umfang der geplanten Schiedssprechung machte, klargelegt hatte, begannen sich dessen Vorurteile bereits etwas zu verflüchtigen. *White* berichtet darüber weiter:

„Nun machte ich ihm ernstlichere, eindringlichere Vorstellungen denn je über die augenblickliche Lage der Dinge. Ich sagte ihm, *die Berater, denen der Kaiser sein Vertrauen schenkte* — Männer wie er selbst und Sr. Majestät nächste Ratgeber — *sollten niemals den jungen Herrscher den Schmähungen, den Vorwürfen und den Feindseligkeiten aussetzen, mit denen alle Völker ihn überhäufen würden, sobald es bekannt würde, daß er es gewesen wäre, der den Kongreß zu Fall gebracht und die Schiedsgerichtspläne vereitelt hätte.* Ich nahm mir sogar die Freiheit, dem Grafen

Digitized by Google

wieder zu erzählen, wie sich der Kaiser über ihn geäußert, wie er gemeint hätte, gesunder Menschenverstand würde auf dem Kongreß vonnöten sein. Als ich bemerkte, daß ihm diese Worte zu gefallen schienen, fuhr ich fort und sagte, er vor allen Dingen hätte die Pflicht alles aufzubieten, den Kaiser vor dem Schicksal zu bewahren. Ich hob die geistigen Gaben und Talente des Herrschers hervor, hielt mit meiner tiefgefühlten Bewunderung für des Kaisers hohe Bestrebungen, für seinen Scharfblick und für seine staatsmännischen Fähigkeiten, von denen er erst neuerdings wieder einmal einen Beweis abgelegt hätte, nicht zurück. Ich lobte seinen Takt in öffentlichen Angelegenheiten, seine liebenswürdige Art, alle Klassen der Gesellschaft zu sich heranzuziehen und schloß dann mit dem Bedauern, daß solch ein Monarch dem Haß der ganzen Welt ausgesetzt werden sollte."

White konstatiert den Eindruck dieser Vorhaltungen auf den Grafen Münster. Die Unterredung dauerte noch länger und Whites Worte wurden noch eindringlicher. In seinen „Denkwürdigkeiten" sind sie nachzulesen. Das Ergebnis war ein glänzendes. Es gelang, Münster

völlig umzustimmen. Am darauffolgenden Morgen erschien dieser bei White, ganz bestürzt über ein eben aus Berlin erhaltenes offizielles Schreiben, worin sich die deutsche Regierung endgiltig und energisch gegen jedes Schiedsgericht ausgesprochen hatte. „Er war ganz außer Fassung über die buchstäbliche Annahme seiner eigenen früheren Ansichten." Es gelang damals die entscheidende Sitzung zu vertagen. Graf Münster entschloß sich, den Professor Zorn nach Berlin zu schicken, bat White auch seinerseits eine Initiative zu unternehmen. Die Folge davon war, daß Dr. Holls von der amerikanischen Delegation Zorn begleitete. Holls war der Überbringer eines Schreibens Whites an v. Bülow, das so wertvoll ist, daß es hier im Wortlaut wiedergegeben werden soll. Es lautet:

16. Juni 1899.

„Lieber Baron von Bülow!

„Ich baue darauf, daß Sie mir in Anbetracht der freundschaftlichen Beziehungen zu Ihnen wie zu Ihrem hochverehrten Herrn Vater vor zwanzig Jahren, einige inoffizielle, freie, offene Worte über die Interessen unserer beiderseitigen Regierungen auf dem Friedenskongreß

gestatten werden. Das Einvernehmen zwischen Ihren Delegierten und den unsrigen ist vom ersten Augenblicke an sehr gut gewesen; in diesem Punkte sind Ihre Zusicherungen voll eingehalten worden. Jetzt aber scheinen wir mit der schwerwiegendsten Frage, mit der wir uns zu befassen haben — der schwerwiegendsten, der sich eine Konferenz oder ein Kongreß in der Neuzeit zu unterziehen hatte — mit der Schiedsgerichtsfrage, am Scheidewege angelangt zu sein. Es heißt hier allgemein, Deutschland sei gegen diesen Antrag, Deutschland stehe ihm durchaus feindlich gegenüber und beabsichtige, entweder auf eigene Faust oder mit Hilfe seiner Verbündeten alles daran zu setzen, die Pläne zu durchkreuzen, die zugunsten eines Schiedsgerichts ins Leben gerufen werden könnten; Pläne, die der Welt die Aussicht eröffnen, Streitigkeiten auf andere Weise als durch Blutvergießen aus dem Wege zu räumen.

Kein vernunftbegabter Mensch bildet sich ein, daß der Krieg damit für alle Zeiten ein Ende gefunden haben wird oder daß man solch einem Tribunal Streitfragen überantworten könnte, die Sache des nationalen Gefühles sind,

Streitfragen, welche die Ehre einer Nation, die Schmälerung ihrer Territorien oder irgend welche andern internen Angelegenheiten betreffen. Auch beabsichtigt hier niemand obligatorisch schiedsrichterliche Entscheidungen in anderen Fällen als etwa in geringfügigen Angelegenheiten in Vorschlag zu bringen, wo sie der Regierung tatsächlich eine Hilfe wären. Aber selbst hier könnten sie aus dem Entwurf ausgeschieden werden, falls Ihre Regierung es dringend verlangte. Hauptsächlich möchten wir aber dafür sorgen, daß in jedem Augenblicke ein Schiedsgericht für alle Nationen erreichbar ist, denen der Friede am Herzen liegt, gewissermaßen ein Rettungsanker für die Völker, die in der Furcht leben, es könnte jeden Augenblick zu einem Kriege kommen.

Ich bemerke ferner, daß sich hier das Gerücht verbreitet hat, Rußland hätte mit der Einberufung dieses Kongresses nicht nur keine edlen, sondern sogar verräterische Absichten verbunden. Aber warum könnte das, selbst wenn es sich als wahr herausstellen sollte, auf Deutschlands Verhalten bestimmend wirken? Sollte Deutschland sich dadurch nicht erst recht veranlaßt fühlen, sich an die Spitze der

Schiedsgerichtsideen zu stellen und hier die Zügel in die Hand zu nehmen?

Entschließt sich Deutschland dazu, so wird es sicherlich von der ganzen Welt als die führende Macht in Europa gelten; denn es kann dann mit vollem Recht behaupten, daß es Rußlands Vorschlag au sérieux genommen, daß es ein brauchbares Schiedsgericht eingesetzt und daß es, wozu weder Rußland noch Frankreich sich bequemen wollten, einen Entwurf für den Schutz von Privatgütern in Seekriegen dem Kongreß unterbreitet hätte. Ferner hätte Rußland die Verhandlungen des Kongresses geheim zu halten gewünscht, während Deutschland von Anbeginn an dafür, offen und frei vor den Blicken der Welt zu verhandeln, gestimmt hätte.

Diese drei Punkte sprächen zu Ihren Gunsten; Sie könnten vor der ganzen Welt als die Gewalt auftreten, die mit größerer Energie für den Frieden eingetreten ist, als irgend eine Macht auf dem Kontinent, ja selbst mit größerer als Frankreich und Rußland. Unterlassen Sie es hingegen, hier die Initiative zu ergreifen, werden Sie gar für die Schiedsgerichtsfrage ein Stein des Anstoßes, was dann?

Die anderen Mächte werden in ihren Bemühungen fortfahren und nach Kräften ein möglichst gutes Schiedsgericht zustande bringen; jeder Mangel aber, der ihm anhaftet, wird Deutschland und dem deutschen Kaiser zugeschrieben werden. Ob nun Erfolg oder Mißerfolg, in jedem Fall wird man Rußlands Kaiser von einem Ende der Welt bis zum anderen als den Erlöser, ja buchstäblich als einen Heiligen preisen, während der Groll über den deutschen Kaiser bergehoch steigt.

Dieser Groll wird sich aber nicht nur auf jene Klassen beschränken, die sich überall gegen die bürgerliche Ordung auflehnen und aus einem Mißerfolg des Kongresses wirksame Waffen zu schmieden hoffen, sondern auch auf den Mittelstand, die kräftigste Klasse aller Staaten. Sicherlich werden die Beziehungen zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten, die eben anfingen sich zu bessern, schlimmer denn je werden, und in beinahe allen Staaten wird bitterster Haß gegen das deutsche Kaiserreich aufflammen.

Sollten wirklich die Berater dieses mit so hohen Geistesgaben

ausgerüsteten Herrschers es zugeben, daß solch eine politische Schmähflut, solch ein Strom von Groll und Haß gegen ihn sich heranwälzt? Ist es denkbar, daß ein so hochherziger Monarch, ein so genialer Mensch diesen Vorwürfen ausgesetzt werden soll? Meiner Ansicht nach sollten seine Berater dem vorbeugen und ihn anflehen, nicht der Welt gegenüber die mutwillige Rolle eines Widersachers gegen ein Projekt zu spielen, dessen Vollendung Millionen und aber Millionen voll Inbrunst heischen.

Aus den Vereinigten Staaten kommen überallher ergreifende Sympathiebeweise, wie ich sie in meinem Leben noch nie erfahren habe. Heute Morgen erst erhielt ich den Abdruck eines Gebetes von der konservativsten aller protestantischen Gemeinde, der amerikanischen Abzweigung der anglikanischen Kirche. In diesem Gebete, daß in allen Kirchen verlesen wird, wird der Allmächtige angefleht, dem erhabenen Werk auf dem Friedenskongreß seinen Segen zu verleihen. Und so hält man es in vielen anderen amerikanischen Gemeinschaften und in einer

Unzahl Privathäuser. Ähnliches gilt auch, wie ich erfahren habe, von England und von einigen Teilen des Kontinents.

Zugegeben, diese Leute haben ihre Erwartungen und Hoffnungen zu hoch geschraubt, nichtsdestoweniger darf man aber die Sympathien, die hier kundgetan werden, unterschätzen.

Überdies hörte ich aus sicherer Quelle, einer der namhaftesten Sozialisten Frankreichs hätte einem französischen Delegierten gegenüber, dem Kongreß einen glänzenden Mißerfolg prophezeit. Weder den Souveränen, noch den Regierungen sei viel daran gelegen, dem Blutvergießen ein Ziel zu setzen; sie dächten gar nicht daran, den Friedensbestrebungen der Völker nachzugeben; deshalb würde Unwille und Groll, der daraus erwüchse, dem Sozialismus in seinem Siegeslauf neue Bahnen eröffnen.

Auch hier zugegeben, diese Annahme sei zu kühn, so sind doch diese Worte sehr charakteristisch.

Nun sagt man allerdings, Schiedsgerichte beeinträchtigen die Souveränität; für das Deutsche Reich stimmt das schwerlich. Hat sich Deutschland nicht bereitwilligst in jenen

verwickelten politischen Streitigkeiten mit Spanien einem Schiedsgericht unterworfen, und übernahm nicht Kaiser Wilhelm I. persönlich das Schiedsrichteramt zwischen den Vereinigten Staaten und England, als es die Feststellung unserer nordwestlichen Grenze galt?

Lassen Sie sich noch einmal sagen, daß in dem Projekt nur von einer fakultativen Unterwerfung unter ein Schiedsgericht die Rede ist, und daß es stets von dem Willen des deutschen Kaisers abhängen wird, welche Streitfragen er vor das Tribunal zu bringen wünscht und welche nicht.

Man hat auch behauptet, die Präliminarien eines Schiedsgerichts würden Deutschlands Feinden Zeit zu Kriegsrüstungen verschaffen; stände es da dem Kaiser und seiner Regierung im Notfalle nicht ebenfalls frei, seine ganze Armee zu mobilisieren?

Wie Sie sehen, ist hier nicht von einem Schiedsgericht die Rede, das permanent in Tätigkeit begriffen ist, sondern von einem Modus, nach dem es jeder der unterzeichneten Mächte gestattet wäre, für eine begrenzte Zeit zwei oder mehr Richter von einem internationalen Gerichtshofe zu wählen, die, wenn man ihrer

Dienste bedarf, nach dem Haag reisen, aber nur so lange auf eine Besoldung Anspruch haben, als sie tatsächlich im Richteramt sind. Diese Besoldung übernehmen die streitenden Parteien.

Was den Mechanismus anbetrifft, so will man ein staatliches Konsortium bilden, das sich aus den im Haag residierenden diplomatischen Vertretern der verschiedenen unterzeichneten Mächte unter dem Präsidium des Ministers des Äußeren der Niederlande zusammensetzen soll. Dieses Konsortium hat auch die Sekretäre und sonstigen Beamten, deren man für die geschäftliche Leitung der Angelegenheiten bedarf, zu ernennen und zu kontrollieren.

Die Mächte nun, die in Differenzen geraten und gewillt sind, ihre Streitfragen einem Gerichtshofe zu überweisen, hätten das Konzilium von ihren Wünschen, wem sie ihre Sache anvertrauen möchten, in Kenntnis zu setzen, dieses würde dann wiederum die Richter, die von den streitenden Parteien erwählt sind, benachrichtigen. Das Projekt ist bis jetzt, von einigen untergeordneten Punkten, die unbeschadet fortgelassen werden können, abgesehen, durchaus fakultativ. Auch nicht ein

einziger ist obligatorisch. Es steht jeder unterzeichnenden Macht frei, ihre Zuflucht zu einem solchen Tribunal zu nehmen oder nicht. Zweifellos kann man solche Konzessionen an den Herzenswunsch der ganzen Welt machen, nationale Differenzen möchten auf andere Weise als mit Opfern an Blut und Leben geschlichtet werden.

Die Wichtigkeit der Tatsachen und Erwägungen entschuldigt wohl den ernst eindringlichen Ton. Denken Sie bitte nicht, das sei nicht meines Amtes. Ich sprach zu Ihnen als Mensch zu Mensch, nicht nur im Interesse des guten Einvernehmens zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten, sondern im Interesse des Gemeinwohls aller Nationen der Welt, in der Hoffnung, dem Verlangen nach einem Schiedsgericht, von dem alle Völker ergriffen sind, Aussichten zu eröffnen.

Ich verbleibe, lieber Baron von Bülow,
hochachtungsvoll und ergebenst
Andrew D. White.

P. S. Bedenken Sie nur, wie leicht Ihre wie meine Regierung, wenn ein solches Tribunal existierte, den ganzen Haufen untergeordneter Streitfragen, die unsere Parlamente beschäftigen,

denen sie mit Vorurteilen entgegentreten, die sie parteipolitisch ausnützen, aus der Welt schaffen könnte, ich denke z. B. an Samoa, die Tonnenzoll- und Zuckerbesteuerungsfrage usw., die beide Staaten beständig auf dem Kriegsfuß erhalten. Müssen Sie nicht zugeben, daß eine Überweisung dieser Fragen an ein Tribunal, wie es hier projektiert wird, weit davon entfernt, der Souveränität Abbruch zu tun, nur den Herrscher und das Auswärtige Amt von den drückenden Fesseln und Beschränkungen des Parlamentarismus befreien würde? Es ist durchaus nicht unwahrscheinlich, daß ein solcher Gerichtshof sich auf Ihre Seite stellen würde; jeder einsichtsvolle Amerikaner würde dann sagen: „Gut! allem Anschein nach sind wir demnach, trotz aller Reden im Kongreß, im Unrecht gewesen.“ Damit wäre die Sache erledigt und die feindlichen Parteien würden im besten Einverständnis auseinandergehen.

gez. A. D. W.“

Die Schritte Münsters und Whites waren äußerst nützlich. Die Stimmung gegenüber Deutschland hatte sich auf der Konferenz bereits sehr zugespitzt. Durch die Abreise der beiden Delegierten nach Berlin trat eine mehrtägige Pause ein. Dr. Holls hatte mit dem Fürsten Hohenlohe

und dem Grafen Bülow unterhandelt und letzterer hat den Brief Whites an den Kaiser geschickt. Holls suchte auch auf Veranlassung des Fürsten Hohenlohe den Kaiser zu sprechen. Er begab sich zu diesem Zwecke nach Hamburg, konnte den Kaiser jedoch nicht erreichen, da er auf seiner Yacht war und Holls ihn nicht erwarten konnte.

White konstatiert, daß Holls Berichte sehr ermutigend klangen. In der Tat war die Schwierigkeit gelöst. Deutschland zog seinen Widerstand gegen das fakultative Schiedsgericht zurück und machte Konzessionen in bezug auf den ständigen Schiedshof.

Wie weit dabei der Anteil Holls' und der Zorns reichten, ist strittig. Prof. Zorn bezeichnet es als eine „Legende", daß Deutschland unter amerikanischem Einfluß das permanente Tribunal angenommen habe, obwohl er zugibt, daß White „seinen zweifellos sehr bedeutenden Einfluß in Berlin bei der Reichsregierung nach dieser Richtung geltend gemacht" habe. Nach Zorn fand in seinem Beisein im Berliner Auswärtigen Amt eine mehrere Stunden dauernde Sitzung unter Vorsitz des Staatssekretärs von Bülow statt. Der Staatssekretär fand Zorns Bedenken begründet, beauftragte ihn, sofort einen Immediat-

bericht zu verfassen und begab sich sodann nach Kiel zum Kaiser. Durch die unmittelbare Entscheidung des Kaisers habe Deutschland das permanente Tribunal angenommen, wodurch „die erste Haager Konferenz gerettet“ war. Zorn sagt: „Die welthistorische Bedeutung der Entscheidung des deutschen Kaisers liegt auf der Hand, ist inzwischen immer mehr anerkannt worden und wird in ihrer Größe künftig noch mehr gewürdigt werden.“

Daß die Entscheidung durch den Kaiser gefällt wurde, ist kaum zu bestreiten. Welche Einflüsse ihn aber dahin führten, in einer so wichtigen Stunde die wirklich glückliche Entscheidung zu treffen, ist nebensächlich. Zweifellos waren dabei die Vorstellungen Whites nicht ohne Bedeutung. Sei es, daß sie dem Kaiser direkt oder durch Vermittlung des Fürsten Bülow die Situation klar gemacht haben. Es hätte ja auch so kommen können, daß sich der Kaiser allen Einflüssen widersetzt hätte. Und das hätte die Entwickelung des Friedensrechtes zum mindesten auf lange Zeit gehemmt.

Digitized by Google

IV. Kapitel.

Der Kaiser und die Rüstungen.

Der Kaiser ist heute noch ein Anhänger der Theorie: si vis pacem para bellum. Er ist ein Gegner des Krieges. Aber er ist ein Vertreter der Idee, daß der Krieg nur vermieden werden kann durch eine außerordentliche Anspannung der Wehrkräfte im Staat. Dieser Gedankengang ist richtig, soweit es sich lediglich um die Vermeidung des Krieges handelt, soweit die Staatsleitung nur das Interesse des eigenen Staates gelten läßt und das Interesse der anderen Glieder der Staatenfamilie nicht glaubt berücksichtigen zu müssen. Dieser Gedanke ist u n r i c h t i g, sobald man erkannt hat, daß die Interessen der Kulturwelt am Frieden solidarisch sind, sobald man erkennt, daß es sich nicht lediglich darum handelt, den Krieg zu vermeiden, sondern in erster Linie darum, das Zusammenleben der Kulturstaaten derartig zu organi-

sieren, daß der Krieg nicht mehr als Mittel ihrer Politik betrachtet werden kann. Wie der Kaiser über diese Notwendigkeit denkt, haben wir im Vorhergehenden zur Genüge erörtert. Es ist jedoch kein Widerspruch darin zu finden, wenn der Kaiser die Solidarität der Kulturwelt zugibt, die Notwendigkeit einer Friedensunion der Staaten einsieht, und dennoch an der Stärke der Armee und der Marine nicht rütteln lassen will. Man muß bedenken, daß die Tatsachen erst allmählich den Monarchen zu der Erkenntnis der neuen internationalen Struktur und ihrer Bedürfnisse geführt haben. Und man muß ferner bedenken, daß eine Verminderung der Rüstungslasten immer nur eine Folgeerscheinung einer entwickelten Staatenorganisation sein kann. Erst wenn diese einen gewissen Grad der Entwickelung erreicht haben wird, wird es möglich sein, die Rüstungslast zu erleichtern. Diese wird sich alsdann sogar automatisch vermindern. Der scheinbare Widerspruch in der Anschauung des Kaisers findet darin seine Lösung. Wenn er für eine Staatenorganisation eintritt, tritt er, wenn auch indirekt, für eine Verminderung der Rüstungen ein. Und er ist vollkommen im Recht, wenn

er, solange andere Garantien nicht gegeben sind, die militärische Stärke des ihm anvertrauten Staates unberührt läßt.

In derselben Rede, in der der Kaiser 1905 in Bremen die „öde Weltherrschaft“ verworfen hat und das Weltreich der Hohenzollern nicht auf Eroberungen durch das Schwert begründet wissen wollte, sondern „durch gegenseitiges Vertrauen der nach gleichen Zielen strebenden Nationen,“ in derselben Rede sagte er folgendes: „Ich habe mir damals den Fahneneid geschworen, als ich zur Regierung kam, nach der gewaltigen Zeit meines Großvaters, daß, was an mir liegt, die Bajonette und Kanonen zu ruhen hätten, daß aber Bajonette und Kanonen scharf und tüchtig erhalten werden müssen, damit Neid und Scheelsucht von außen uns an dem Ausbau unseres Gartens und unseres schönen Hauses im Innern nicht stören.“

Es ist keine Frage, daß die in diesem Satze dargelegte Friedensmethode, die vor noch nicht zu langer Zeit die einzig bekannte in Europa war, sich heute in einer unaufhaltbaren Krisis befindet. Sie kann nur mehr als ein Provisorium gelten. Die Notwendigkeit der Rüstungen wird allenthalben zugegeben, aber man gibt ebenfalls schon zu, daß es noch andere Mittel gibt, den Frieden

zu sichern und daß man den Ausbau dieser neuen Friedenssicherung mit derselben Energie betreiben muß, mit der man bisher die Rüstungen betrieben hat. Die Erkenntnis greift immer weiter Platz, daß die Staaten den im Wesen der Rüstungen liegenden Wettbewerb nicht für alle Zukunft werden aushalten können. Daß der Tag kommen muß, wo es an einzelnen Stellen und bald an allen Stellen der Staatengemeinschaft nicht mehr weiter gehen wird. Und für diesen Tag muß vorgesorgt werden. Die Menschen müssen den Tatsachen entgegenkommen und sich nicht lediglich vor ihrer Gewalt beugen.

Am meisten wurde diese Erkenntnis gezeitigt durch den im letzten Jahrzehnt des vorigen Jahrhunderts auftretenden großen Wettbewerb in den Seerüstungen. Die rein technischen Verhältnisse der Seewehr und die viel größeren Kosten der Wehrobjekte ließen den Widersinn des unbegrenzten Wettrüstens deutlicher in Erscheinung treten, als es vorher bei den Landrüstungen der Fall war. In den Flittertagen der deutschen Flottenpolitik, in derselben hier oft zitierten Bremer Rede von 1905 konnte der Kaiser noch sagen, daß „*mit jedem deutschen Kriegs-*

schiff, das den Stapel verläßt, eine Gewähr mehr für den Frieden auf der Erde gegeben" sei. Dem Soldatenkaiser, der seine Freude empfand an der heranwachsenden jungen Seemacht Deutschlands, kann diese irrige Anschauung verziehen werden. Gewiegte Diplomaten haben das Irrige daran schon damals erkannt. Von dem bekannten Herrn von Holstein, der Jahrzehnte hindurch die Seele des Berliner Auswärtigen Amts war, berichtete der Legationsrat a. D. vom Rath in der „Deutschen Revue", daß dieser über eine Broschüre des Admirals Galster folgendes geschrieben habe: „Die Broschüre . . . hat mich in hohem Maße interessiert. Ja, es kommt vor allem darauf an, die Lügenhaftigkeit des perfiden Satzes klar zu machen, Jedes Schiff mehr ist eine Vermehrung der Macht des Deutschen Reiches, wenn jedes Schiff mehr der Anlaß ist, daß — von Frankreich nicht zu reden, — England zwei Schiffe mehr baut. Wie stellt sich da die Vermehrung der deutschen Macht?! „Einfaches Rechenexempel.." Dies hatte von Holstein 1907 geschrieben; er hätte sicher nicht so drastische Worte gebraucht, wenn

ihm in Erinnerung gewesen wäre, daß die Behauptung von der machterzeugenden und friedenwirkenden Kraft jedes deutschen Kriegsschiffes zwei Jahre vorher von Kaiser Wilhelm selbst vertreten wurde. Herr von Holstein hatte von jeher erkannt, daß der Wettbewerb im Flottenbau nicht so weiter gehen könne. Harden schreibt darüber: „Nur die Flotte! Die war die bitterste Sorge seiner letzten Lebensjahre. Solange wir in dem jetzt beliebtem Tempo weiterbauen, gehts weder mit der internationalen Politik noch mit den Finanzen vorwärts. Wir brauchen nur Unterseeboote, Minen, kleine Kreuzer, Torpedos, Zerstörer, Technikerwaffen und Küstenschutz. Wir müssen uns mit England verständigen, in würdiger Großmachtruhe natürlich und dürfen nicht warten, bis die Sache vor die Haager Instanz gebracht ist, wo wir majorisiert oder mindestens in Unrecht gesetzt werden . . . Wer ihm vom Flottenverein sprach, wurde mit einem zornig dreinschmetternden Marsch heimgeschickt. Der Marinesekretär Tirpitz war ihm ein Unheilbringer. Und wo in Presse und Parlament für Schlachtschiffe agitiert wurde, witterte er Panzerplattenlieferanten, Werftaktionäre und andere Profitjäger dahinter.“

Seitdem haben sich die Stimmen gemehrt, die zu der Erkenntnis führten, daß es so nicht weiter gehen könne. Als Ende März 1909 im deutschen Reichstag die Beschränkung der Rüstungen erörtert wurde, konnte selbst der Reichskanzler nicht umhin, den Gedanken einer Verminderung der Rüstungen als „eine an sich ganz schöne Sache“ zu bezeichnen. Und sogar der konservative Abgeordnete Erbprinz von und zu Hohenlohe-Langenburg gab der Ansicht Ausdruck, daß ein Vorschlag Englands über die Abrüstung zur See „nicht in schroffer Weise zurückzuweisen ist.“ Das Finden einer Formel hielt er allerdings für schwer, glaubte aber, „man muß die geschichtliche Entwicklung abwarten, es hat sich schon manches in der Welt vollzogen, was vor 20, 30 oder 50 Jahren als unmöglich galt. Und wer weiß, ob nicht dereinst die Tatsachen zu jenem Ergebnis führen werden, das wir jetzt durch einen Vertrag vergeblich zu erreichen bestrebt sind.“ Das ist eine offenkundig pazifistische Anschauung. Im übrigen haben sich in den selben Reichstagsverhandlungen auch die Führer

des Zentrums wie die der nationalliberalen Partei der Möglichkeit einer Erörterung der Rüstungsverminderung gegenüber nicht mehr ablehnend verhalten. Die Stimmen, die auf eine Notwendigkeit einer Rüstungsverständigung hinweisen, mehren sich von Tag zu Tag und es sind immer gewichtigere Personen, die dafür eintreten. Ein so nationaler Politiker wie Friedrich Naumann sagte erst kürzlich „Die Abrüstung wird uns immer teurer kommen, je länger sie verzögert wird."

Das sind Anzeichen, die beweisen, daß die Unhaltbarkeit des Si vis pacem para bellum-Systems in den weitesten Kreisen des deutschen Volkes und nicht nur in seinen demokratischen Teilen erkannt ist. Der Umschwung beginnt sich erst in der letzten Zeit zu vollziehen. Noch sind heftige Gegenströmungen vorhanden. Aber es kann kein Zweifel obwalten, daß sie sich verlaufen müssen, da mit den Anhängern der Notwendigkeit einer Rüstungsverminderung die Logik im Bunde ist, gegen die keine Macht anzufechten vermag. Der Kaiser wird sicherlich nicht zu den letzten gehören, die diese Notwendigkeit einsehen. Soll er doch schon seit mehr als zwei Jahrzehnten das Anwachsen der

Rüstungskosten in Europa mit kritischen Augen betrachten. Im Jahre 1889 ließ Lord Salisbury ein vertrauliches Dokument über die jährlichen Rüstungskosten Europas aufstellen, aus dem sich ergab, daß Frankreich, Deutschland, Österreich-Ungarn, Großbritannien, Rußland, Spanien, Italien von 1883 bis 1888, innerhalb sechs Jahren also, allein für die Kosten der Landwehr und Flotten 19 Milliarden Mark verausgabt hatten. Lord Salisbury teilte das Dokument dem Kaiser mit, der davon derart betroffen war, daß er sofort die Absicht äußerte, einen Kongreß einzuberufen, „der praktische Maßnahmen zur Sicherung des Friedens ins Auge fassen sollte.“ *)

Diese Nachricht ist in zahlreiche Bücher und Zeitschriften-Artikel übergegangen, ohne daß sie bisher dementiert wurde. Sie legt die Vermutung nahe, daß der Kaiser den seit 1888 noch viel mehr angewachsenen Rüstungsausgaben der europäischen Staaten nicht gleichgültig gegenübersteht. Wie weit er bei seinen Erwägungen über das Rüstungs-

*) William T. Stead „La Chronique de la Conférence de la Haye 1899. La Haye (1900) Seite 3.

problem gekommen ist, darüber gibt ein in der Januarnummer der „Deutschen Revue“ erschienener Artikel Aufschluß, der sich „Der Krieg in der Gegenwart“ betitelt und den der Kaiser, wie bekannt, den am Neujahrstag 1909 bei ihm erschienenen Generalen vorlas, dabei bemerkend, daß seine Anschauungen mit den darin zum Ausdruck gebrachten Darlegungen vollständig übereinstimmen. Als Verfasser jenes Artikels wurde später der frühere Chef des Generalstabs Graf von Schlieffen genannt. Der deutsche General hat die Veränderungen hervorgehoben, die dem Kriege und somit der gesamten internationalen Politik eine gegen früher vollständig veränderte Gestalt geben. Er wiederholte damit Bur, was schon vor zehn Jahren Johann von Bloch in seinem bändereichen Werke „Der Krieg“ dargelegt hat. Diese Tatsache wurde von der gesamten Presse, die sich mit dem Artikel des Generals so eingehend befaßte, vollständig übersehen. Sie muß deshalb besonders betont und es muß auf den wichtigen Umstand hingewiesen werden, daß sich der Kaiser damit teilweise zu den Ideen Johann von Blochs bekannte.

Wer das Werk Blochs kennt und seine Propaganda verfolgt hat, wird oft mit Staunen die genaue Übereinstimmung zwischen den Darlegungen des Grafen Schlieffen und des russischen Staatsrates erkannt haben. Es ist leider nicht möglich, die diesbezüglichen Ausführungen Graf Schlieffens hier im Wortlaut wiederzugeben. Aber auch die nachfolgenden kurzen Hinweise werden jene Übereinstimmung erkennbar machen.

Zunächst wird die Rüstungskonkurrenz der Staaten geschildert. Der Frankfurter Friede hat dem Kampf zwischen Deutschland und Frankreich nur scheinbar ein Ende gemacht. Ein latenter Krieg dauert fort. Die beiden Länder waren bestrebt, sich gegenseitig an Rüstungen zu überbieten. Dennoch war das Vertrauen zu den neuen Waffen nie so groß, um den einen oder andern Teil zum Losschlagen zu ermutigen. Selbst wenn man einen Augenblick überlegen war, ließ man dem Gegner Zeit, den eigenen Vorsprung einzuholen. Die übrigen Mächte waren gezwungen, diesen Wettkampf mitzumachen. Nach einigen Jahrzehnten hat der deutsch-französische Wettkampf dahin geführt, daß nahezu alle Armeen sich im Besitz ziemlich gleichartiger Waffen befanden. Die Waffen-

technik feierte ihre „herrlichsten" Triumphe. Eine Erleichterung brachte diese Vervollkommnung nicht. Man war sicher, den Gegner vernichten zu können, wußte aber nicht, wie man selbst der Vernichtung entgehen solle. Das Gewehr wurde so vollkommen, daß es fast den ganzen Raum zwischen Mündung und Ziel beherrscht. Der freie Kampf, vollends der Massenangriff, wurden unmöglich. Der Krieg kann nur mehr durch Deckungen geführt werden; wird ein fortwährender Belagerungskampf, ein Maulwurfskrieg unter fortwährendem Eingraben. Der Nachtkampf muß eine große Rolle spielen. Die Linien müssen aufgelöst werden, um die Gewehrwirkung des Gegners zu verringern. Dies führte zu einer Ausdehnung der Gefechtsfront. Die Schlachtfelder der Zukunft müssen daher eine ungeheuere Ausdehnung annehmen. Die Schlachten werden daher eine viel längere Dauer erhalten. Es werden tagelang Teilschlachten geschlagen werden. Man wird das größte Gewicht auf Umgehungen und Flankenangriffe legen. Die Rolle der Kavallerie wird vollständig verändert sein. Die ungeheuren Massen, die im Kriege sind, und

die lange Dauer des Belagerungskrieges usw. werden zu einer Verlängerung des Feldzuges führen. Dies wird Wirtschaft und Handel unterbinden. Die Kosten des Krieges werden ins Ungeheure steigen. Die Erhaltung der Armeen wird Milliarden verschlingen.

Dies alles haben wir vor nunmehr elf Jahren schon bei Bloch gelesen und können es in dem vom Kaiser Wilhelm gebilligten Artikel des Grafen Schlieffen wieder lesen. Auch die Physiognomie des künftigen Schlachtfeldes schildert Schlieffen mit einer frappanten Gleichartigkeit wie Bloch. Er spricht von der weithingähnenden Öde des Schlachtfeldes. Nur der Donner der Geschütze ist vernehmbar; der Gegner ist kaum zu sehen, kein Feuerblitz ist wahrzunehmen, kein Reiter zu erblicken. Ganz wie das Bild der Zukunftsschlacht, das Bloch so meisterhaft entwarf. Auch auf die sozialen Verschiebungen weist Graf Schlieffen hin. Der Einfluß des Industriearbeiters auf das Heer scheint ihm dessen Schlagfähigkeit nicht zu verbessern. Tiefer vermag der General auf die Verschiebung der sozialen Struktur nicht einzugehen. Hingegen geht er militärtechnisch doch noch etwas weiter

als Bloch, da ihm die Erfahrungen der letzten sieben Jahre zur Verfügung stehen, die Bloch leider nicht mehr erlebt hat.

Wohl das weitaus Interessanteste ist Schlieffens Schilderung der militärischen Einkreisung Deutschlands und Österreich-Ungarns. Geben wir ihm hierzu selbst das Wort.

„Um sich nach beendigtem 1870/71er Kriege hier gegen eine neue Invasion, dort gegen einen Rachezug zu schützen, errichteten Frankreich wie Deutschland Befestigungen an der gemeinschaftlichen neuen Grenze. Letzteres beschränkte sich auf einen Ausbau der neugewonnenen Plätze Straßburg und Metz. Ersteres errichtete eine kaum unterbrochene Barriere längs der oberen Mosel und Maas, welche seine ganze Ostgrenze zwischen der Schweiz und Belgien decken sollte. Daß das friedfertige Deutschland unausgesetzt auf einen Beutezug in die lachenden Gefilde der Seine und Loire denke, galt allgemein als ausgemacht. War ihm der gerade Weg dorthin versperrt, so konnte man doch annehmen, daß es das unangenehme Hindernis durch die Schweiz oder durch Belgien zu umgehen suchen würde. Einem solchen Anschlage auf dem rechten Flügel zuvorzukommen,

hatte Frankreich beizeiten alle Jurapässe durch Werke gesperrt. Links kam ihm Belgien zu Hilfe. Mit Betonmassen und Panzertürmen hat es die große Völkerstraße längs der Maas und Sambre abgeschnitten, dahinter Antwerpen als uneinnehmbares Bollwerk errichtet. Die Niederlande suchten nach Kräften die Bemühungen des Nachbars zu unterstützen, sich selbst wie Frankreich vor deutschen Angriffen zu schützen. Damit war es nicht genug. Italien hatte vor nicht zu langer Zeit einige Provinzen an Frankreich verloren. Daß es einen Einfall Deutschlands nach Frankreich hinein zur Wiedergewinnung des Verlorenen benutzen würde, wurde angenommen. Alle Wege und Stege, welche über das trennende Hochgebirge führen, mußten daher versperrt werden. Italien sah in den französischen Festungsbauten nicht sowohl eine Abwehr wie eine Drohung und beeilte sich, jedem Fort, jeder Batterie, jeder Schanze ein gleiches, dem ganzen Festungssystem auf der Westseite der Alpen ein Festungssystem auf der Ostseite entgegenzusetzen. Kaum waren zwei Dezennien seit dem deutsch-französischen Kriege verflossen, als eine chinesische Mauer vom Zuidersee bis zum Mittelmeer sich errichtet fand, die jeder Wiederholung jener unheilvollen Invasion vorbeugen sollte.

Noch war es denkbar, daß die Italiener sich diesseits der chinesischen Mauer über die Alpen hinüber mit den deutschen Verbündeten vereinen und die vereinigten Massen wie ein über seine Ufer ausgetretener Strom über Festungen und Millionenheere hinweg in das beneidete Land strömen würden. In dieser dringenden Gefahr säumte die Schweiz nicht, Hilfe zu bringen. Die Pässe des Gotthard, die Zugänge durch das Rhone- und Rheintal, alle Pfade zwischen unzugänglichen Gletschern und himmelanstrebenden Bergriesen wurden durch Befestigungen verbarrikadiert und die im ewigen Schnee liegenden Forts mit Besatzungen belegt. — Die vermeintlichen Eroberungsgelüste, denen auf einer Seite ein wirksamer Riegel vorgeschoben war, mußten sich notwendigerweise nach einer anderen Seite Luft machen. Wurde Deutschland verhindert, nach Paris zu marschieren, so war es augenscheinlich genötigt, den Weg nach Moskau einzuschlagen. Rußland fühlte sich somit gezwungen, auch seinerseits gegen Deutschland Befestigungen zu errichten. Ströme, Flüsse und Sümpfe erleichterten das Vorhaben. Die deutschen Provinzen jenseits der Weichsel werden gleichsam von einem breiten, morastigen Graben eingeschlossen, dessen wenige

Digitized by Google

Übergänge durch Wälle und Geschütze verteidigt werden. Es war selbstverständlich, daß auch gegen das mit Deutschland verbündete Österreich ähnliche Verteidigungsmaßregeln ergriffen wurden. Ebenso wie durch eine westliche Linie waren die Dreibundstaaten auch durch eine östliche Linie von dem übrigen Europa geschieden. Im Norden hat Dänemark Kopenhagen zu einem großen Waffenplatz umgeschaffen und die Zugänge zur Ostsee in die Hand genommen. England besitzt eine gewaltige schwimmende Festung, die es jeden Augenblick in der Nordsee aufrichten kann und aus der es sich ein Ausfalltor von einem jütischen Hafen nach Schleswig hinein gesichert hat. Die Herstellung so vieler Grenzbefestigungen hat so ansteckend gewirkt, daß sich zuletzt auch Italien gegen das verbündete Österreich, dieses gegen jenes befestigt hat. Der eiserne, um Deutschland und Österreich geschlagene Ring war nur nach dem Balkan zu offen geblieben. Auch diese Lücke ist jetzt durch die Türkei, Serbien und Montenegro ausgefüllt worden, während Bulgarien und Rumänien in das österreichische Lager gedrängt werden.

Damit ist die militärische Lage Europas gegeben. In der Mitte stehen ungeschützt Deutschland und Österreich, rings-

herum hinter Wall und Graben die übrigen Mächte. . . . Es ist nicht ausgemacht, daß diese Leidenschaften und Begehrlichkeiten sich in gewaltsames Handeln umsetzen werden. Aber das eifrige Bemühen ist doch vorhanden, alle diese Mächte zum gemeinschaftlichen Angriff gegen die Mitte zusammenzuführen. Im gegebenen Augenblick sollen die Tore geöffnet, die Zugbrücken heruntergelassen werden und die Millionenheere über die Vogesen, die Maas, die Königsau, den Niemen, den Bug und sogar über den Isonzo und die Tiroler Alpen verheerend und vernichtend hereinströmen."

Fassen wir nun die Ausführungen des Grafen Schlieffen zusammen, so erhalten wir folgendes Bild.

Der blutige Krieg zwischen Deutschland und Frankreich, namentlich die Annexion von Elsaß-Lothringen, haben einen Gegensatz zwischen diesen beiden Staaten geschaffen, den die Jahrzehnte nicht überwinden konnten. Dieser Gegensatz zeitigte das Wettrüsten in der ganzen Welt. Die Waffen und Heeresmassen sind so groß und stark geworden, daß der Krieg zwischen den gleich-

gerüsteten Staaten eine Perspektive unerhörter Grausamkeit und ungeheurer Vernichtung eröffnet. Die Kosten würden nach vielen Milliarden, die Opfer an Menschenleben nach Hunderttausenden zählen; die Wirtschaft erscheint aufs ärgste bedroht. Unter solchen Umständen fehlt allen Teilnehmern der Mut, die kriegerische Entscheidung anzurufen. Um ihr zu entgehen, wurden die Rüstungen stets vermehrt, die unendliche Schraube gedreht. Milliarden wurden dem Schutze durch die Rüstungen geopfert und der Volkswohlfahrt entzogen, aber eine Sicherheit wurde nicht hergestellt. Deutschland fühlt sich bedroht, belagert von koalierten Mächten, diese Mächte fühlen sich bedroht und schützen sich mit einer Deutschland und Österreich-Ungarn umgebenden Festungsmauer.

Das Bild, das die Lage Europas darbietet, ist ein entsetzliches. Die Haltung der Mächte grenzt an Wahnsinn. Soweit folgt General Schlieffen seinem großen Vorgänger Johann von Bloch, der dies alles vor ihm als mahnendes Menetekel an die Wand gemalt hat. Nur wagt der Militärmann dem strategisch gebildeten Kaufmann nicht bis zu den letzten Konsequenzen zu folgen.

Digitized by Google

Bloch stellte sein Exempel auf, um zu sagen: Es geht so nicht weiter. Eine Umkehr, eine andere Methode ist nötig. Schlieffen wagt diesen Gedanken nicht einmal anzudeuten. Sein Rezept ist einfacher. Es heißt Weiterrüsten.

Man wird es kaum glauben. Ein Mann, der selbst den Widersinn dieser Verhältnisse erkennt, findet keinen anderen Schluß als die Fortsetzung und Erhöhung dieses Widersinnes zu empfehlen.

Nach der Darstellung der militärischen Einkreisung erklärt er die Gefahr für riesengroß, fügt aber hinzu: „Sie verringert sich etwas, wenn man ihr näher tritt.“ Diese Verringerung erklärt er folgendermaßen.:

„England kann den deutschen Handel nicht vernichten, ohne den eigenen arg zu schädigen. Sein wohlverstandener Vorteil verlangt, seinen verabscheuten Konkurrenten, der aber gleichzeitig sein bester Kunde ist, am Leben zu lassen . . . . . Rußland hatte im Vollbesitz der Kraft und der Macht allen Verlockungen seines Verbündeten zu einem Angriff widerstanden. Ob ihm jetzt, nachdem es das Wesen des modernen Krieges kennen gelernt hat, dieser Angriff verlockender erscheint,

muß für zweifelhaft gelten. *Frankreich* hat sich vorgenommen, den Genuß der kalt gewordenen Rache nur in Gesellschaft guter Freunde vorzunehmen.

Alle fühlen Bedenken vor den *ungeheuren Kosten*, den möglichen *großen Verlusten*, wie vor dem *roten Gespenst*, das im Hintergrund auftaucht. *Die allgemeine Wehrpflicht*, welche hoch und niedrig, reich und arm als gleichwertiges Kanonenfutter verwenden will, *hat die Kampfeswut gemildert*. Die für uneinnehmbar erachteten Festungen, hinter denen man sich warm und sicher fühlt, lassen es minder verlockend erscheinen, herauszustürmen und die Brust im Gefechte zu lüften. *Die Waffenfabriken, die Geschützgießereien, die Dampfhämmer, welche die Panzertürme härten, haben mehr freundliche Gesichter und liebenswürdiges Entgegenkommen hervorgebracht, als alle Friedenskongresse zu schaffen vermochten*. Jeder trägt ebenso sehr Bedenken, den zahlreichen, wohl-bewaffneten Gegner anzugreifen, wie er sich scheut, das eigene verderbenbringende Werkzeug anzuwenden, das er

sich mühsam geschaffen hat, von dem er aber nicht recht weiß, ob er es auch zu handhaben verstehen wird. Und wenn nun auch alle Bedenken beseitigt, alle Schwierigkeiten gehoben sind, der Entschluß gereift ist, der gewaltige Vormarsch von allen Seiten angetreten werden soll, muß sich die bange Frage: werden auch ‚die andern‘ kommen, werden sich auch die fernen Verbündeten zur rechten Zeit einstellen, werde ich nicht allein und verlassen dem Keulenschlage des Übermächtigen ausgesetzt sein? in der Brust jedes einzelnen vernehmbar machen. Diese Zweifel zwingen stillzustehen, abzuwarten, die Rache zu verschieben, das schon gelockerte Schwert in die Scheide zurückfallen zu lassen.

‚Die Koalition ist fertig,‘ wird von jenseits des Kanals herübergerufen. Daß sie zu kriegerischen Taten übergehen wird, ist trotzdem durchaus zweifelhaft und auch vorläufig keineswegs nötig.... Und doch ist für den ferneren Kampf, er mag mit den Waffen in der Hand oder mit andern Mitteln geführt werden, wenigstens nach außen hin ein ‚einig Volk von Brüdern‘ nötig sowie eine große, starke, mächtige Armee, die von einer festen Hand geführt wird und von unbedingtem Vertrauen erfüllt ist.“

Graf von Schlieffen sagt also ganz deutlich, daß die „riesengroße“ Gefahr, die in der Aufspeicherung der Rüstungen liegt, gehemmt wird durch die „ungeheuren Kosten“, die „großen Verluste“, das „Rote Gespenst“, die alle fürchten. Zum Teil auch durch die von ihm nur dämmerhaft erkannten Vorteile der friedlichen Wirtschaft und die Einflüsse der sozialen Verschiebungen, die bei der allgemeinen Wehrpflicht schwer ins Gewicht fallen. *Schließlich nennt er ganz offen die Waffenfabriken das Heil, spielt er Essen gegen Haag aus.* Er sagt im Grunde genommen dasselbe, was die Pazifisten so oft schon gesagt haben, daß das große Risiko des Krieges dessen Ausbruch unwahrscheinlich gemacht hat.

Nur daß sie sich mit dieser Einsicht nicht begnügten und nicht wie Graf *Schlieffen* die weitere Vermehrung dieser Rüstungen als den richtigen, denkender Wesen würdigen Ausweg aus dieser Unvernunft betrachten. *Sie betrachten diesen Zustand für mindestens ebenso gefährlich wie den Krieg selbst.* Und darum bekämpfen sie nicht nur den Krieg, der durch das Risiko ohnehin hintangehalten wird, sondern auch diesen Frieden, der kein anderes

Mittel kennt, als sich des Krieges nur durch die völlige Erschöpfung der Völker, durch die Vergeudung ihrer besten Kräfte, durch die Vernichtung ihrer Kultur zu erwehren. Graf Schlieffen ist ein Utopist, wenn er meint, daß der Friede nach seiner Methode — durch die Waffenfabriken — noch lange aufrechterhalten werden kann. Er würde sicherlich in Verlegenheit kommen, wenn er uns den Zustand eines Europas darlegen sollte, das etwa noch zwanzig oder nur noch zehn Jahre diese Schutzlasten in der gleichen Steigerung wie bisher ertragen sollte.

General Schlieffen hat sich für seine Ausführungen ganz unbewußt die Grundlagen zu eigen gemacht, auf denen der ganze Pazifismus ruht. Nur weiß er keine Schlüsse zu ziehen. Kein Wunder! Er ist kein Soziologe. Er sieht den Zweck der Rüstungen nicht im Schutz, sondern in der „Überlegenheit über den Gegner", um „den Feind niederzustrecken und vernichten" zu können. Sein Urteil ist beeinflußt durch seinen Beruf und sein Blick hypnotisiert durch eine völlig einseitige Auffassung der Verhältnisse. Er sieht um sich keine gleichmäßig um ihre

Sicherheit und um ihre Ruhe und ihr Lebensglück bemühten, hart arbeitenden Volksmassen, keine von einem einzigen und gleichartigen Interesse bewegten Staaten, sondern nur „Feinde". Er sieht überhaupt kein anderes Land als Deutschland und wenn er von einer Gefahr spricht, so spricht er nur von einer Gefahr, die Deutschland bedroht. Bei einigem, nicht vom militärischen Berufsgeist beeinflußten Nachdenken müßte er sehen, wie dem seine eigenen Angaben widersprechen. Er schildert uns Deutschland und seinen Bundesgenossen von einem Kranz von Festungen umgeben, von einer chinesischen Mauer, die mitten in Europa errichtet ist. *Festungen sind aber keine Angriffsmittel, sondern Schutzvorrichtungen.* Diejenigen Staaten, die einen solchen Gürtel errichten, müssen sich also irgendwie bedroht fühlen. Sie schützen sich gegen Deutschland. Die Furcht vor Deutschland hat sie vereint. Sie betrachten eben Deutschland nicht als so „friedfertig", wie der ehemalige Generalstabschef des größten Heeres der Welt. Wir wollen darüber aber gar nicht rechten, nur versuchen, der gegen-

teiligen Anschauung uns anzupassen. Wir wollen gar nicht bezweifeln, daß Deutschland wirklich friedfertig ist. Aber in solchen Dingen ist nicht allein das Sein der Dinge, sondern der Schein maßgebend, den sie erwecken. Und der Schein ist gegen das Reich. Deutschland hat die größte Armee in Europa, eine stetig wachsende Volkszahl, es baut eine mächtige Flotte, hat in Europa die letzte Landeroberung gemacht und setzt alles daran, sie zu behaupten; seine Diplomaten begehen Fehler auf Fehler, indem sie sich gegen jede moderne Neuerung sträuben. Seine Alldeutschen verteilen die ganze Welt als deutsches Erbe. Ein Teil seiner Presse führt ständig eine bedrohliche überhebende Sprache. Gewiß! Deutschland mag infolge seiner Lage diese starke Armee brauchen, es mag ehrlich glauben, daß es eine starke Flotte zum Schutze seines Handels braucht; seine Alldeutschen mögen im Rate der Regierung wenig Gehör finden usw. usw. Alles zugegeben. Aber vom Standpunkte des andern gesehen, ist das alles — im einzelnen sowohl wie in seiner potenzierten Gesamtheit — eine Gefahr, gegen die man sich eben zu schützen sucht.

Man muß eine solche Situation, die keine nationale, sondern eine internationale ist, von

beiden Seiten aus besehen, wenn man zu einem vernünftigen Schluß kommen will. Und es gibt nur einen vernünftigen Schluß, wenn man es nicht zu einer Explosion all dieser aufgespeicherten Energien kommen lassen und nicht sehen will, wie sich Europa zerhackt, zerfleischt, zerfrißt, seine Kultur, seinen Reichtum, seine soziale Ordnung vernichtet: es gelangt zu einem engeren Zusammenschluß.

„Die Koalition ist fertig", läßt Graf Schlieffen die Engländer sagen. Das ist auch ein Irrtum. Die Koalition ist erst begonnen. Sie ist fertig an dem Tage, an dem Deutschland mit seinem treuen Bundesgenossen in diese Koalition mit eintritt. Die Koalition ist schon an sich ein Fortschritt. Sie macht aus einer Anzahl sich befehdender Gruppen zwei. Es handelt sich nur mehr darum, den Gegensatz dieser beiden Gruppen zu ergründen. Die Lösung dürfte nicht schwer zu finden sein. Man fürchtet sich gegenseitig vor einander, man vergeudet die besten Kräfte der Völker dabei; man scheut auf der einen Seite jeden Zusammenbruch und ist auf der andern Seite nicht mehr imstande, diesen Verfolgungswahn noch weitere zwei Jahrzehnte fortzuführen. Der Frie-

Digitized by Google

densbund muß kommen. Vielleicht unter Stürmen und Ängsten und mannigfachen Erschütterungen und Verwickelungen, aber eines Tages muß die in Entwickelung begriffene europäische Organisation wie die reife Frucht vom Baume fallen. Dann wird die Koalition fertig sein; sie wird nur ein anderes Ziel haben und einen anderen Namen bekommen. Der Staatsmann oder Fürst wird der Held sein, der sie zuwege gebracht haben wird.

Es ist ausgeschlossen, daß der Kaiser, nachdem er sich die militärischen Darlegungen des ehemaligen Generalstabschefs zu eigen gemacht hat, nicht zu ähnlichen Schlüssen gekommen sein soll wie die hier ausgeführten. Der Generalstabschef hat nur das militärische Moment ins Auge gefaßt. Der Kaiser muß unbedingt weiter gehen. Und er kann es auch. Er überblickt die Situation auch von der politischen Seite. Vielleicht ist seine wiederholte Betonung der Notwendigkeit eines engeren Zusammenschlusses der Kulturstaaten gerade auf die Erkenntnis dieser militärischen Situation und des eng mit ihr zusammenhängenden Rüstungsproblems zurückzuführen.

Vielleicht arbeitet er daran, die „Koalition", die General Schlieffen fürchtet, durch den Eintritt Deutschlands so umzuwandeln, daß sie nicht mehr gefürchtet zu werden braucht. Vielleicht ist er der große Staatsmann, der Held, der sie zuwege bringt, und die Erwartungen Europas erfüllt.

Freilich, das sind Hypothesen. Aber sie stützen sich nicht auf Hypothesen, sondern auf Tatsachen. Der Kaiser ist ein Problem, das ergründet werden muß. Und um ihn zu ergründen, muß man seine Handlungen und seine Äußerungen, die Entwickelung seiner Gesinnung in Betracht ziehen. Bisher klaffte ein Widerspruch in der Persönlichkeit des Kaisers. Er war stets der modernsten einer, wenn es galt, eine technische Neuerung einzuführen, neue Verkehrsmöglichkeiten zu schaffen, neue Verkehrsrekorde zu erzielen, die Geschütze und Gewehre, die Schlachtschiffe und die Torpedos zu verbessern, Straßen zu bauen, Kanäle zu führen und Bahnen anzulegen. In rein geistigen Materien war er bislang ein Konservativer. Eine solche Vereinigung von radikalem Modernismus und Konservatismus innerhalb ein und derselben Person ist an sich kein seltenes Vorkommnis. Es gibt eine ganze Anzahl geistiger Revolutionäre, die allen technischen Errungenschaften ablehnend und

verständnislos gegenüberstehen, Männer, die in das Reich des Wissens breite Wege bahnten, sich aber von der Petroleumlampe und vom Federkiel nicht emanzipieren wollten, die das Telephon hassen, das Automobil verabscheuen und sogar der Eisenbahn aus dem Wege gehen. Bei Kaiser Wilhelm kann das umgekehrte Verhältnis, das Überwiegen der Neigung für das Moderne in der Technik gegenüber dem Modernen auf geistigem Gebiete daher nicht abnorm erscheinen. Und man hat um so weniger Grund, sich darüber zu beklagen, als eine genaue Beobachtung des Denkens und der Betätigung des Kaisers eine Entwickelung erkennen läßt, die deutlich bekundet, daß er sich den Fortschritten auf den Gebieten des Geistes auch nicht mehr verschließt.

Die neue Methode der Friedenssicherung liegt auf geistigem Gebiete. Mit dem technischen allein wird es nicht mehr getan. Und ein Staat, der gerüstet sein will, braucht nicht nur die neuesten Kanonen und Schiffe, sondern auch die neuesten Errungenschaften auf dem Gebiete des internationalen Zusammenlebens. Neben den Schußwaffen brauchen wir Verkehrsverträge, die die Lebensgemeinschaft binden.

Neben den Panzerplatten brauchen wir Schiedsabkommen und neben den Festungen Schiedshöfe, deren Einrichtung ebenfalls der steten Verstärkung bedarf. Die Friedensinstrumente, die der moderne Pazifismus liefert, sind heute auch Rüstungsobjekte und der Staat, der diese Rüstungsobjekte vernachlässigt, gelangt ebenso ins Hintertreffen wie ein Staat, der im Dreadnought-Bau zurückbleibt.

Die Kriegsmaterialien waren früher die einzigen Werkzeuge, mit denen der Staat den andern Staaten gegenüber seinen Willen durchzusetzen vermochte. Ganz unbemerkt sind sie heute etwas anderes geworden. Ein Wandel ist eingetreten, über den sich der begeistertste Rüstungsanhänger Rechnung geben muß. Die Kriegsmaterialien dienen nicht mehr als Willenswerkzeuge des Staates, sondern nur noch als Schutz des Staates gegen die Aufdrängung fremden Willens. Das ist ein radikaler Unterschied gegen früher. Und diejenigen, die behaupten, daß die Rüstungen etwas unabänderliches sind, sind sich gar nicht bewußt, daß sie in ihrem Wesen etwas ganz anderes geworden sind; eine

Einrichtung, die heute ganz anderen Zwecken dient als früher; die aber noch mit denselben Motiven begründet wird wie dazumal. Und jene, die in diesem Irrtum befangen sind, werden sich noch weniger bewußt, daß das innere Wesen der Rüstungen zusehends einem weiteren Wandel entgegengeht. Die Kriegsmaterialien, die heute noch der Schutz eines einzelnen Staates sind, werden später der Schutz der Staatengemeinschaft sein. Es ist undenkbar, daß der Geist des sozialen Zeitalters gerade dort eine Vertrustung nicht herbeiführen sollte, wo diese die höchsten sozialen Gewinne mit sich bringen würde. In ganz leisen Konturen sehen wir das künftige Gebilde vor uns stehen. Wenn auf Kreta und in China oder Marokko europäische Truppen gemeinsam agieren, nicht Krieg führen, wie man fälschlicher Weise diese Aktion bezeichnet, sondern Polizeidienst ausüben im Namen der Kulturgemeinschaft, so sehen wir die Symptome dieses Wandels vor sich gehen. Und so erkennen wir die Lösung des großen Problems, das heute alle Völker, alle Kulturnationen der Erde bedrückt. Ein innerer Wandel der Rüstungen wird vor sich gehen. Eine Staatengemeinschaft ist im Entstehen begriffen;

sie wird auf der höchsten Stufe ihrer Vollendung den Schutz, den die einzelnen Teile nur mit Aufwand ihrer höchsten Kräfte und dann auch nur illusorisch erzeugen können, übernehmen und mit dem höchsten Kräfteersparnis zum Vorteile für die Gesamtheit durchführen.

Dahin steuern die Tatsachen und dem fernblickenden Manne, der am Staatsruder steht, können sie nicht für alle Zeiten verborgen bleiben.

Digitized by Google

V. Kapitel.

Der Kaiser und Frankreich.

In den Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich seit dem großen Kriege sind deutlich drei Perioden zu unterscheiden. Die erste währt vom Friedensschluß zu Frankfurt a. M. bis zum Regierungsantritt Kaiser Wilhelm II. Es ist die Periode der eisigen Kälte, der steten Möglichkeit eine neuerlichen Krieges. Die zweite Periode reicht vom Regierungsantritt des Kaisers bis zur Pariser Weltausstellung von 1900. Es ist die Zeit des Tauens. Die Annäherung beginnt und macht rasche Fortschritte. Die dritte noch nicht abgeschlossene Periode hebt mit dem Jahre 1900 an. Es ist die Zeit der wärmenden Sonne. Bewußte Verständigungsaktionen setzen ein, und die Möglichkeit einer endgültigen Versöhnung tritt in den Vordergrund.

Es ist das unbestreitbare Verdienst des Kaisers, daß er von seinem Regierungsantritt an den Fran-

zosen mit jener ausgesuchten Höflichkeit begegnete, die geeignet war, einen Umschwung der Stimmung in Frankreich herbeizuführen. Der Kaiser war ihnen von Anfang an sympathisch. Sein impulsives Temperament entsprach dem Französischen. Und wenn seine Handlungen jenseits der Vogesen auch manchmal verstimmten, so schmeichelten andere Handlungen des Kaisers dem französischen Volkscharakter derart, daß man über das Angenehme und Gute rasch das Unangenehme vergaß. Nach und nach gewann die Persönlichkeit des Kaisers für die französische Volksseele einen solchen Reiz, daß sie beinahe volkstümlich wurde, wodurch die Grundlage für eine raschere Verständigung von Volk zu Volk gegeben war.

Als Kaiser Wilhelm die Regierung antrat, konnte er die Nichtbeteiligung Deutschlands an der Weltausstellung von 1889 nicht mehr verhindern. Aber noch im selben Jahre vollzog er einen Akt freundlichen Entgegenkommens durch das militärische Geleite bei der zu Magdeburg staattfindenden Exhumierung der Gebeine des Revolutionsgenerals Carnot, dessen sterbliche Reste die französische Regierung nach dem Pantheon überführen ließ. Dieser Akt der Pietät

bildete die erste Annäherungshandlung der beiden Völker nach dem Kriege.

Als sich im Jahre 1890 auf den Ruf des Kaisers die internationale Arbeiterschutzkonferenz in Berlin versammelte, beteiligte sich auch die französische Regierung durch eine Vertretung. Zu Jules Simon, der das geistige Oberhaupt der französischen Delegation war, trat der Kaiser in rege Beziehungen. In einem mit ihm geführten Gespräche, wobei die Rede auch auf die Möglichkeit eines Krieges zwischen beiden Ländern kam, äußerte der Kaiser die denkwürdigen Worte: „Ich halte denjenigen für einen Narren und für einen Verbrecher, welcher es unternehmen sollte, diese beiden Völker in einen Krieg hineinzutreiben.“ In diesen Worten lag ein Programm, das nicht verfehlte, in Frankreich großen Eindruck zu machen. Jules Simon war auch der erste, der den Franzosen ein Charakterbild des jungen Kaisers entwerfen konnte. Auf Grund seiner in Berlin gewonnenen Eindrücke brachte er ihnen den Monarchen, der bei ihnen nur den Ruf eines Soldatenkaisers hatte, menschlich näher.

Im Jahre 1891 kam es zwar noch zu einem kleinen Nachschauer aus der Zeit der frostigen

Entfremdung. Die Kaiserin Friedrich kam nach Paris und wurde vom Straßenpöbel insultiert. Aber die Verurteilung, die die Straßenexzesse bei dem größten Teil der französischen Presse fanden, bewies, daß die öffentliche Meinung Frankreichs diese Unhöflichkeit mißbilligte. Das Ereignis führte zu einer Verschärfung der Paßvorschriften für Elsaß-Lothringen, die in Frankreich die Stimmung stark beeinträchtigte. Als aber im Herbst jenes Jahres die Aufhebung des Paßzwanges erfolgte, gewann der Kaiser wieder rasch an Sympathien, da es bekannt wurde, daß er selbst für die Aufhebung eingetreten war. Noch im selben Jahre, am 14. Dezember bei der Taufe des Panzerschiffes „Weißenburg" in Stettin sprach der Kaiser von dem „ritterlichen Feind", eine Ehrenbezeugung, die die Franzosen die Zeit der Verstimmung rasch vergessen ließ.

Am 18. Oktober 1893 sandte der deutsche Botschafter, Graf Münster, an die Witwe des eben verstorbenen französischen Feldmarschalls MacMahon folgendes Telegramm:

„S. Majestät der deutsche Kaiser hat mich, sobald Allerhöchst Derselbe Kenntnis erhalten hatte von dem schweren Verlust, der Sie betroffen hat, beauftragt, als seinen Ausdruck des tiefen Mit-

gefühls in Allerhöchst Seinem Namen einen Kranz auf dem Sarg des tapfern edlen Feldmarschalls niederzulegen. Indem ich Ihnen meine persönlichen aufrichtigen Beileidsempfindungen ausspreche, bitte ich Sie, mir gütigst Zeit und Ort mitteilen zu wollen, wo ich die Ehre werde haben können, mich dieses Allerhöchsten Auftrages zu entledigen."

Diese Tat gab Jules Simon Anlaß, im „Figaro" für eine „treuga dei" zwischen Deutschland und Frankreich bis zum Jahrhundertsende einzutreten. Die Revanche sollte danach zwar nicht aufgegeben, aber auf eine Reihe von Jahren vertagt werden.

Am 24. Juni 1894 fiel Präsident Carnot in Lyon durch Mörderhand. Ich glaube, mit diesem traurigen Ereignis begann ein Wendepunkt in den deutsch-französischen Beziehungen. Kaiser Wilhelm gab seiner Anteilnahme lebhaften Ausdruck, und in dem Augenblicke der tiefsten Erschütterung fand dies in ganz Frankreich ein sympathisches Echo. Das erste Beileidstelegramm, das in Paris eintraf, rührte vom Kaiser her. An die Gattin des Ermordeten war es gerichtet. Es lautet:

„Ihre Majestät die Kaiserin und Ich sind aufs

tiefste ergriffen durch die schreckliche Nachricht, die wir aus Lyon erhalten. Seien Sie überzeugt, Madame, daß unsere volle Sympathie und alle unsere Gefühle in diesem Augenblick bei Ihnen und Ihrer Familie sind. Möge Gott Ihnen die Kraft verleihen, diesen furchtbaren Schlag zu ertragen. Seines großen Namens würdig ist Herr Carnot wie ein Soldat auf dem Felde der Ehre gestorben. Wilhelm I. R."

Kurz vorher wurden zwei französische Marineoffiziere, die in Kiel, der Spionage verdächtig, verhaftet wurden, vom Reichsgericht zu langjähriger Festungsstrafe verurteilt. Unmittelbar nach der Nachricht von der Ermordung Carnots wurden sie vom Kaiser begnadigt. Dabei wurde ausdrücklich darauf hingewiesen, daß der Kaiser damit der französischen Nation anläßlich ihrer großen Trauer einen besonderen Beweis seiner Anteilnahme geben wollte. Mit einem wahren Enthusiasmus wurde diese Nachricht in Frankreich aufgenommen und Casimir Perier, der neuerwählte Präsident, begab sich persönlich zum deutschen Botschafter, um sich für diesen Gnadenakt des Kaisers zu bedanken.

Im Dezember desselben Jahres legte der deutsche Militärattaché v. Schwarzkoppen auf den

Gräbern der im Jahre 1870 bei St. Vincennes gefallenen Franzosen Kränze nieder.

Das Jahr 1895 war reich an Annäherungsmomenten. Im Januar war Marschall Canrobert gestorben, einer der Gegner aus dem deutsch-französischen Kriege. An den Sohn und an den Schwiegersohn des Marschalls sandte der Kaiser Beileidstelegramme. „Von ganzem Herzen bedaure ich und mein Gardekorps mit Ihnen das Ableben des heldenmütigen Verteidigers von St. Privat, der uns immer mit Bewunderung erfüllt hat," so heißt es in einer der Depeschen. Es kamen im Juni die Kieler Festtage zur Eröffnung des Nordostseekanals. Französische Kriegsschiffe nahmen daran teil. Die „Association littéraire internationale", eine im wesentlichen französische Gesellschaft, tagte in Dresden. Französische Maler beteiligten sich zum erstenmal an der Berliner Kunstausstellung. Als der französische Amerikadampfer „Die Gascogne" längere Zeit überfällig ist, und große Sorge über sein Schicksal entsteht, läßt der Kaiser wiederholt Erkundigungen nach dem Verbleib des Schiffes einziehen. Die Umwälzungen in Asien veranlassen die erste gemeinsame politische Aktion der beiden Staaten. Rußland, Frankreich und Deutschland schließen sich zu einem Drei-

bund zusammen, um gegen den Frieden von Shimonoseki zu protestieren.

Am 7. Juni 1896 machte der deutsche Botschafter in Paris der französischen Regierung amtlich bekannt, daß sich das Reich an der Pariser Weltausstellung von 1900 beteiligen werde. Tags darauf gibt das Ableben Jules Simons dem Kaiser Veranlassung zu einer überaus sympathisch gehaltenen Beileidsdepesche, die Präsident Faure in freundlichen Worten erwidert.

Am 4. Mai 1897 findet in Paris der unheilvolle Bazarbrand in der Rue Jean Goujon statt. Zahlreiche Personen der besten Gesellschaft kamen ums Leben. Die Beileidsdepesche des Kaisers an den Präsidenten der Republik wird von diesem sofort erwidert. Außerdem stiftet der Kaiser für die durch den abgebrannten Basar sonst unterstützten Wohlfahrtseinrichtungen 10 000 Francs.

Der Untergang des französischen Kriegsschiffs „Bourgogne“ gab dem Kaiser im Jahre 1898 Veranlassung zu einer erneuten Beileidkundgebung.

Zu Beginn des Jahres 1899 war Kaiser Wilhelm leicht erkrankt. Präsident Faure entsandte den französischen Botschafter in Berlin nach Potsdam, um persönlich Erkundigungen einzuziehen. Sofort nach seiner Genesung erwidert

der Kaiser diese Aufmerksamkeit durch einen Besuch in der französischen Botschaft. Am 18. Februar stirbt Präsident Faure. Der Kaiser telegraphiert an die Witwe:

„Tiefbewegt durch die Nachricht vom Tod Ihres Gemahls, des Präsidenten der französischen Republik, beeile ich mich, Ihnen auszusprechen, welch aufrichtigen Anteil ich an Ihrem schrecklichen Verluste nehme. Die Kaiserin vereint sich mit mir in den heißesten Wünschen, daß der allmächtige Gott Ihnen die Kräfte geben wolle, den Schmerz zu tragen, welcher Sie niedergebeugt hat." Eine militärische Deputation wird zur Beteiligung am Leichenbegängnis nach Paris entsandt. Im Juli besucht der Kaiser auf seiner Nordlandsreise das vor Bergen verankerte französische Schulschiff „Iphigenie", er sandte an den Präsidenten Loubet ein Telegramm, worin er seine Freude über die Begegnung ausdrückt und ladet für den nächsten Tag die französischen Offiziere und Kadetten zu einem Besuch auf die „Hohenzollern". Über diesen Höflichkeitsakt bringen die französischen Zeitungen detaillierte Schilderungen, die sympathisch aufgenommen wurden. Am 18. August weiht der Kaiser auf dem Schlachtfeld von St. Privat ein Denkmal ein, das er „als

Wächter für die gefallenen braven Soldaten beider Heere" bezeichnet. Den französischen Soldaten widmete er bei dieser Gelegenheit folgende sympathische Worte: „Denn tapfer und heldenmütig für Kaiser und Vaterland sind auch die französischen Soldaten in ihr ruhmvolles Grab gesunken, und wenn unsere Fahnen sich grüßend vor dem erzenen Standbilde neigen werden und wehmutsvoll über den Gräbern unserer lieben Kameraden rauschen, so mögen sie auch über den Gräbern unserer Gegner wehen, ihnen raunen, daß wir der tapferern Toten in wehmutsvoller Achtung gedenken. Mit tiefem Danke und Aufblick gegen den Herrn der Heerscharen für seine unserem großen Kaiser gnädigst gewährte Führung wollen wir uns vergegenwärtigen, daß auf den heutigen Tag die um des höchsten Richters Thron gescharten Seelen aller derer, die einst in heißem Ringen sich auf diesem Felde gegenüberstanden, in ewigem Gottesfrieden vereint, auf uns herabsehen."

Im Herbst 1899 gastierte die Réjane zum erstenmal in Berlin. Fünf Jahre vorher hatte die Schauspielertruppe Antoines durch ihr Berliner Gastspiel den Anfang gemacht. An dem Tage, an dem

in Paris Wagners „Tristan“ vor einem begeisterten Publikum gegeben wurde, wirkte die französische Künstlerin in einer auf Wunsch des Kaisers arrangierten Festvorstellung im Berliner Königlichen Schauspielhause mit. Im selben Jahre arbeiteten auf der Haager Konferenz die französischen und deutschen Diplomaten in vollster Eintracht an dem großen Friedenswerke zusammen, und wenige Wochen später, am 17. September ereignete es sich sogar, daß französische und deutsche Truppen bei dem Dorfe Lama in Togo gegen die aufrührerischen Eingeborenen gemeinsam vorgingen.

Nun kam das Jahr 1900 heran und mit ihm der Beginn einer neuen Periode. Im Mai wird die Pariser Weltausstellung eröffnet. Deutschland ist daran in umfangreicher Weise beteiligt. Die Ausstellung des Reichs erregt bei den Franzosen Bewunderung und Achtung zugleich. Zu Tausenden kommen Deutsche aus allen Landesteilen nach Paris und werden von den Franzosen aufs beste empfangen. Auf den Boulevards hört man überall deutsche Laute. Von Feindschaft oder Rachsucht ist nichts mehr zu verspüren. Im Sommer treten in Peking die bekannten Ereignisse ein. Französische und deutsche Truppen kämpfen gemeinsam unter deutschem Oberbefehl zur Befreiung der Gesandtschaften.

Im Mai 1901 folgten zwei französische Offiziere, General B o n n a l und sein Adjutant, der Einladung des Kaisers, der seinen französischen Gästen außerordentliche Ehren erwies. Bei einem militärischen Festmahl ehrt der Kaiser die französischen Offiziere in seinem Trinkspruch: „Mit dem heutigen Tage," so sagte er, „ist der Brigade eine ganz besondere Ehre zuteil geworden, indem sie zwei Offiziere der französischen Armee in ihrer Mitte willkommen heißt. Es ist dies das erstemal, ebenso wie deutsche und französische Truppen zum erstenmal Schulter an Schulter gegen einen gemeinsamen Feind in guter Waffenbrüderschaft und treuer Kameradschaft gekämpft haben. Die beiden Herren Offiziere und ihre gesamte Armee Hurra, Hurra, Hurra!" General B o n n a l dankte in bewegten Worten und schloß seinen Trinkspruch mit einem Hoch auf die deutsche Armee und ihren Soldatenkaiser.

Die Katastrophe von S a i n t - P i e r r e auf Martinique gab dem Kaiser am 11. Mai 1902 Veranlassung zu einer Beileidsdepesche an den Präsidenten und zur Stiftung eines Betrages von 10 000 Mark für die Opfer des Naturereignisses.

Von hier ab häufen sich die Ereignisse, die dem Kaiser Veranlassung geben, Frankreich seine

Sympathien zu bezeugen. Sobald irgend ein großer Franzose stirbt, ist er der erste, der sein Andenken ehrt. Sobald irgend ein großes Unglück sich ereignet, ist er der erste, der seiner Teilnahme Ausdruck verleiht. So bei dem Grubenunglück von Courrières, bei den Unfällen der „Patrie", der „Republique" des Kriegsschiffes „Jena", des Unterseebootes „Pluviôse" usw. Französische Künstler erscheinen in großer Anzahl in Berlin und werden vom Kaiser persönlich ausgezeichnet. Hervorragende Franzosen sind in Berlin und Kiel seine Gäste.

Die Krisis von 1895 bringt zwar eine Erschütterung in die deutsch-französischen Beziehungen, aber sie ist als eine Belastungsprobe anzusehen, die die Festigung dieser Beziehungen erwiesen hat. Die Marokkodifferenz wird der Anlaß zu verschiedenen friedlichen Ausgleichen zwischen den beiden Staaten. Mittlerweile wächst die Verständigungsbewegung auf beiden Seiten. Gesellschaften gründen sich, Zeitschriften treten ins Leben, die wie der Berliner „Kontinent" sich die Aufgabe stellen, das Verständigungswerk fortzuführen. Gerade die letztgenannte Zeitschrift soll sich in besonderer Weise des kaiserlichen Beifalls erfreut haben. Gewiß steht einer vollständigen

Verständigung ein großes Hindernis im Wege. Aber es ist nicht zu bestreiten, daß es diesem Hindernis zum Trotz heute schon möglich war, die Verständigungsaktion ziemlich weit zu führen. Als der französische Botschafter Cambon im Jahre 1907 sein Amt in Berlin antrat, erwiderte ihm der Kaiser auf seine Ansprache mit folgenden Worten:

„Herr Botschafter! Ich heiße Sie willkommen. Das Werk, das Sie vollbringen wollen, nämlich die Arbeit an der guten Entwicklung der Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich, wird meine ganze Sympathie haben. Meine Regierung ebenso wie ich wird sich angelegen sein lassen, Ihre Aufgabe nach Möglichkeit zu erleichtern. Die Verständigung zwischen zwei großen Nationen, die beide fähig und bestimmt sind, Gesittung und Fortschritt unter den Völkern der Erde zu verbreiten, ist ein Ziel, dessen Erreichung der gemeinsamen Arbeit aller hochsinnigen Geister würdig ist, über die Frankreich und Deutschland verfügen."

Mittlerweile ist im Jahre 1908 ein völkerrechtlicher Vertrag zustande gekommen, in dem sich die Regierungen von Deutschland, Dänemark, Frankreich, Großbritannien, der Niederlande und Schweden ihre Gebiete an der Nordsee gegen-

seitig garantieren. In diesem Vertrag ist ein neuer Friedensvertrag zwischen Deutschland und Frankreich enthalten, den man bisher nicht genügend beachtet hat. Wenn man bedenkt, daß dieses Abkommen nicht nur zwischen der Kollektivität der genannten Nationen abgeschlossen ist, sondern auch zwischen jeder der daran beteiligten Nation einzeln mit jeder andern, so gewinnt der Wortlaut der „Préambule“ eine besondere Bedeutung, sobald man diesen auf Deutschland und Frankreich allein bezieht. Es heißt alsdann:

„Die Regierungen von Deutschland und Frankreich sind von dem Wunsche geleitet, die zwischen den Staaten bestehenden Bande nachbarlicher Freundschaft zu stärken und dadurch zur Erhaltung des allgemeinen Friedens beizutragen.“

Man bedenke doch, was das bedeutet. Das ist der erste wahre Friedensvertrag zwischen Deutschland und Frankreich. Das ist eine erneute offizielle Bestätigung für die Beseitigung des franko-deutschen Gegensatzes. Dieser Vertrag kann noch einmal in bezug auf Deutschland und Frankreich hohe Bedeutung erhalten. Haben sich doch die

beiden Staaten darin ihren Besitzstand, soweit er an die Nordsee grenzt, gegenseitig garantiert. Warum sollte es nicht möglich sein, diese Garantie eines Tages auf sämtliche Grenzen der an dem Vertrag beteiligten Länder, somit auch auf die Grenzen zwischen Deutschland und Frankreich auszudehnen?

Über den springenden Punkt des franco-deutschen Gegensatzes hat sich der Kaiser einmal ganz offen einem Franzosen gegenüber geäußert. Es war dies zu dem oben bereits erwähnten Professor Mabilleau, der über seine Unterredung mit dem Kaiser in der Pariser „Opinion" ausführlich berichtet hat. Danach habe der Kaiser geäußert:

„Was soll mir eine Provinz mehr, erkauft durch Zerstörung, durch Haß und Elend? Deutschland kann nichts gewinnen, wenn es den Frieden bricht, der ihm seit 37 Jahren nur Segen gebracht hat." Nur wenn es um Ehre und Leben ginge, dürfe man sich schlagen, nur wenn etwa eine europäische Koalition die Freiheit Deutschlands begrenzen und das Glück der Nation gefährden würde, dürfe man kämpfen. Der Kaiser entwickelte dann, wie Mabilleau versichert, die Nützlichkeit einer den

Frankfurter Frieden unberührt lassenden offenen Aussprache zwischen Deutschland und Frankreich und die wohltätigen Wirkungen eines etwaigen deutsch-französischen Einvernehmens auf andere Staaten, wie Österreich, Italien und Spanien.

Der Artikel sagt weiter:

„Kaiser Wilhelm denkt und fühlt vor allem als Deutscher, aber er ist sich der großen Verantwortung bewußt, die er als eines der leitenden Mitglieder der europäischen Gesellschaft zu tragen hat.“

Wörtlich soll der Kaiser hierzu geäußert haben:

„Welch ein Widerspruch in den äußerlich so korrekten Beziehungen dieser Länder! Wollen Sie Revanche? Nein! Da Sie sie nicht vorbereiten, da Sie nicht daran denken, einen Angriff zu organisieren, vielmehr im Vertrauen auf den Frieden Ihren Geschäften nachgehen, so soll also Friede sein! Warum dann aber die Gegensätze bei jeder Gelegenheit so verschärfen, da doch niemand davon einen Nutzen hat? Zwischen uns gibt es nur eine vernünftige Politik: ein entschlossenes Bündnis, das die Rechte jedes einzelnen schützt und mit dem Brudermord ein Ende macht.“

„Und Elsaß-Lothringen?“ warf Mabilleau ein?! Darauf habe der Kaiser erwidert: „Sprechen wir nicht davon! An Ihnen ist es, sich stark und geschickt genug zeigen im Rate der Welt, um Kompensationen zu erhalten, die auf der Karte von Europa in zwanzig Jahren sicher möglich sein werden! Sie müssen selbst wissen, ob Ihre Ehre, Ihre ganze Politik, Ihre ganze Zukunft von dem Wiedergewinn eines Erdenwinkels abhängig sein soll, den ich Ihnen nicht geben kann, und den Sie nicht zu nehmen vermögen! Gilt die europäische Zivilisation nicht mehr als ein Gefühl?“

Es ist schon weit gekommen, wenn ein Franzose dies in einer französischen Zeitschrift ruhig veröffentlichen kann. Es beweist dies die Möglichkeit einer vernünftigen und ruhigen Diskussion über eine Tatsache, die die heutige Welt als gegeben annehmen muß, wenn sie die Gewaltkrisis, die unsere Zeit so furchtbar erschüttert hat, endgültig überwinden will.

Es ist möglich, daß es dem Kaiser einmal gelingen kann, die führenden Franzosen in Freundschaft dahin zu bringen, daß die franco-deutsche Zusammenarbeit ohne Rückwärtsrevision der Weltgeschichte vor sich geht.

Digitized by Google

Welches Ansehen der Kaiser sich in Frankreich bereits erworben hat, geht aus einem sonderbaren Vorschlag hervor, den im Jahre 1904 der durch die Herausgabe von trefflichen wissenschaftlichen Schriften bekannte Vacher de la Pouge im „Européen" gemacht hat. Er schlug eine Vereinigung Deutschlands und Frankreichs mit Kaiser Wilhelm als Staatsoberhaupt nach dem Vorbilde von Österreich-Ungarn vor.

„Deutschland allein," schreibt er, „kann der Kern eines „Westreichs" (Empire d'occident) sein, und dessen Bildung ist das einzige Mittel, um der Verrussung des ganzen Europas zu entgehen. Das Schicksal der abendländischen Zivilisation hängt von der Annäherung beider Reiche ab. Die Idee, ist, so paradox sie scheinen mag, doch vielleicht nicht zu schwer zu verwirklichen. Die Republik hat Frankreich nicht gegeben, was es erwartet hatte; sie hält sich vornehmlich dank der Ohnmacht der monarchischen Parteien und dank der geringen Achtung vor den Vertretern der verschiedenen früheren Dynastien. An dem Tage, wo die der Republik müde Nation sich aus irgend einem Grunde der monarchischen Idee zuwenden sollte, würde man als Kaiser lieber Wilhelm als

einen prestigelosen Orléans oder einen unbekannten Bonaparte annehmen."

In der darauffolgenden Nummer veröffentlicht der „Européen" eine Zuschrift Henry Mazels, die ganz ernst auf diesen Vorschlag eingeht.

„Der Gedanke Vacher de La Pouges verdient Beachtung. Ein Frankreich-Deutschland nach dem Bilde Österreich-Ungarns, das würde in der Tat erlauben, auf friedliche und ehrenvolle Weise die elsaß-lothringische Frage zu lösen. Was? wird man sagen, Wilhelm, Kaiser von Deutschland und König von Frankreich? — Nun, warum denn nicht? Überall, wo es die germanische und die französische Rasse vermocht haben, haben sie sich von selbst zu gemischtsprachigen Staaten organisiert: man denke an die Schweiz und an Belgien. Früher oder später wird in Elsaß-Lothringen dasselbe geschehen. Und in dem Gedanken daran muß man alle Pläne mißbilligen, die dahin zielen, die annektierten Provinzen nach der Sprachgrenze zu teilen. Das wäre die schlimmste Lösung für Europa, für Frankreich und für Elsaß-Lothringen selbst, das eins bleiben will und bleiben muß. Warum soll also nicht auch — in Nachahmung der französisch-deutschen Länder — ein großes französisch-deutsches Reich zu bilden sein, das

man, um jeden Streit um den Vorrang zu vermeiden, „Westreich“ nennen könnte. Bayonne und Danzig hätten dann nicht mehr Ursache, sich einander nicht verstehen zu wollen, als heute Zürich und Genf, oder Antwerpen und Lüttich. Elsaß-Lothringen müßte selbstverständlich aufhören, deutsches Reichsland zu sein, um „Westreichsland“ zu werden. Es erhielte die gleiche Selbstregierung (Autonomie) wie Deutschland auf der einen und Frankreich auf der andern Seite. Seine Garnisonen werden nur aus Eingeborenen zusammengesetzt, und die militärische Uniform müßte weder das Käppi noch die Pickelhaube enthalten. Diese Kleinigkeit trüge mehr als alles übrige zur allgemeinen Eintracht bei. Elsaß-Lothringen wäre so auch mit einem Schlage die Bürgschaft der französisch-deutschen Vereinigung; es wäre der natürliche Schiedsrichter in allen Streitfällen. Es würde wieder das Herz Europas wie zu Zeiten der Karolinger. Der Kaiser des Westreichs nähme dort seine gewöhnliche Residenz, und Kaiser Wilhelm hätte dann keine loyaleren Untertanen als die Bewohner Elsaß-Lothringens. Aber kann sich dieser Traum verwirklichen? Ist der Plan annehmbar für die Franzosen, sympathisch den Deutschen? Wer würde sich ihm bei uns am

meisten widersetzen? Welche Verpflichtungen legt uns die Vereinigung auf? Soll das „Westreich“ ein Staatenbund (Confédération) oder ein einfaches Bündnis, ein neuer Dreibund sein? Welche Bürgschaften müßte man Kaiser Wilhelm gewähren, der sicher in Wirklichkeit und nicht bloß in Fiktion herrschen wollte? Alle diese Fragen sind heikel und schwierig, aber nach meiner Meinung nicht unlöslich. Warum soll der „Européen“ nicht eine Umfrage über diesen Gegenstand anstellen? Es gibt Möglichkeiten, an die man gut tut, den Geist zu gewöhnen.“[1]

Das sind gewiß phantastische Gedanken, aber sie geben einen Anhaltspunkt für die Diskussionsfähigkeit des großen Problems der deutsch-französischen Verständigung und für das Ansehen des Kaisers im französischen Nachbarlande. Sie zeigen deutlich an, daß die Möglichkeit einer positiven Politik zwischen Deutschland und Frankreich gegeben ist, und daß des Kaisers Bestreben zu einer solchen zu gelangen nicht mehr als aussichtslos angesehen werden darf. Das Erreichen dieses Zieles wird die dritte Periode in den Beziehungen der beiden großen Staaten zum Abschluß bringen, und den großen Zusammenschluß aller Kulturstaaten fördern.

VI. Kapitel.

Das Problem des Friedensbundes.

Das ist das Sonderbare, daß jede Nachricht, die über den Versuch oder die Absicht berichtet, das internationale Zusammenleben auf eine festere Basis zu bringen, bei einem großen Teil der öffentlichen Meinung helle Empörung hervorruft, bei einem andern Teil das überlegene Lächeln der mit Löffeln verzehrten Weisheit zeitigt. Und dies in einer Zeit, wo sich kein Fürstenmund, kein Mund eines verantwortlichen Politikers auftut, ohne den Frieden zu preisen, wo keine offizielle Gelegenheit vorübergeht, sei es die Geburt eines Thronfolgers, der Besuch eines Nachbarfürsten, der Tod eines Königs, die Parade eines Regimentes, usw., wo nicht die stereotype Phrase vom Frieden und wieder vom Frieden in die Welt geschleudert wird. Daß man vom Frieden spricht und dennoch dauernd mit dem Krieg rechnet, ihn unter dem Verbluten

der Völker rüstet, finden alle in Ordnung. Daß man aber daran denkt, endlich einmal mit diesem zum Himmel schreienden Widerspruch aufzuräumen, den Frieden wirklich zur Tat zu machen, betrachten die einen als Verbrechen schlechtweg, wie unsere alldeutsche Presse, die erleichtert aufatmete, als die Norddeutsche Allgemeine Zeitung den Versuch machte, das Kaisergespräch mit Pichon zu dementieren, die andern als den „schönen Traum", von dem die Dichter singen und sagen.

Mit den Erstgenannten zu rechten, ist überflüssig. Sie zerschellen sich ihre Köpfe ganz allein an der unerbittlichen Mauer der Tatsachen. Was sollen wir ihnen auch erwidern. Sie behaupten, der Krieg sei ein Stahlbad der Tugenden und der Sittlichkeit. Aber sie übersehen, daß, wenn dem so wäre, unser Volk nach vierzigjährigem Frieden schon längst im Morast der Unmoral verkommen sein müßte, daß andere Völker, die schon seit viel längerer Zeit von der Geißel des Krieges verschont blieben, eine hochentwickelte Kultur zeigen. Sie sehen nicht ein, daß der Krieg als Sportveranstaltung heute doch etwas zu „kompliziert", zu gefahrvoll und zu kostspielig geworden ist. Sie sehen nicht ein, daß der Krieg heute wirklich mit allen Kräften

verhindert wird, was ein Verbrechen wäre, wenn er gut wäre; daß ganz neue und mächtige Faktoren aufgetreten sind, die ein Interesse an seiner Verhinderung haben, und daß heute wirklich in zahlreichen Fällen Konflikte, sogar solche, die die Ehre und die Lebensinteressen berühren, durch Vergleich auf vernünftige, menschenwürdige Weise beigelegt wurden.

Diese Apostel des Krieges, die immer betonen, daß es Situationen gibt, wo es für ein Volk eine sittliche Pflicht ist, zu den Waffen zu greifen, übersehen, daß sie die Heiligkeit eines Krieges verkünden, der in dieser Form in den Kulturzentren der Menschheit kaum mehr möglich ist; an der Peripherie der Kultur immer weniger möglich wird. Gewiß ist das Volk als Ganzes zu dem berechtigt und verpflichtet, wozu sogar der einzelne Bürger berechtigt und verpflichtet ist: sich zu wehren, wenn es an sein Leben geht. Der Bürger, der auf der Landstraße und im einsamen Walde von einem Straßenräuber angefallen wird, hat das Recht, zur Selbsthilfe zu greifen und seinen Angreifer zu töten. Aber wo gibt es denn in unseren Kulturzonen noch solche Landstraßen und solche einsamen Wälder, wo sind denn noch die beutegierigen Straßenräuber der Politik? In den Kulturzentren

sind heute die Interessen der Völker an der Aufrechterhaltung der Sicherheit zu solidarisch, als daß ein Straßenräuber-Staat sein Handwerk ausüben könnte. Und dort unten an der Peripherie der Kultur wird das Handwerk solcher Staaten, die sich an dem Besitz des andern bereichern wollen, die einen Staat und ein Volk einfach vernichten könnten, immer uneinträglicher. Es wird täglich schwieriger. In Europa ist heute jede neue Unterjochung praktisch ausgeschlossen und gegenüber noch nicht ganz auf der Kulturhöhe stehenden Völkern kann ein Eroberer heute nur im Einverständnis mit der übrigen Staatengemeinschaft vorgehen. Diese Art Krieg des sich für seine Existenz erhebenden Volkes ist eine veraltete Mode, da die Bedrohung der Existenz eines Volkes immer unmöglicher wird. Die Heiligkeit eines solchen Krieges zu predigen, und das ganze Staatenleben darauf hin zuschneiden zu wollen, gleicht dem Wahn einer Bürgerschaft, die heute Stadttore und Wälle um ihr Gemeinwesen aufführen wollte, um die „Barbaren“ abzuhalten.

Umso wichtiger ist es, mit den andern zu rechten, die „nicht glauben“ wollen. Sie hören den Friedenswunsch von allen Seiten und finden ihn deshalb lächerlich, weil die Kriegsrüstungen

dennoch weiter getrieben werden. Als ob man eine solche Umwälzung der Welt unmittelbar nach einer Bankettrede erwarten könnte. Die Bankettreden sind Symptome und die Rüstungen sind Symptome. Die Rüstungen werden nicht plötzlich aufhören, aber auch nimmer mehr die Friedensreden. Das will aber nicht besagen, daß die heutige Situation für alle Zeiten so bleiben wird. Das dürfen wir nicht sagen, die wir vorgestern noch das lenkbare Luftschiff, den Aeroplan als eine Utopie bezeichneten und uns heute bereits mit der Lösung dieser Probleme abgefunden haben.

Den ungläubigen Thomas zu spielen, ist in unseren Tagen der riskanteste Beruf. Jeder Morgen kann das verwirklicht zeigen, was man gestern noch für ein Märchen angesehen hat. Auf technischem Gebiete sind die Thomasse schon sehr kleinlaut geworden. In der Politik erfreuen sie sich noch eines gewissen Kredits. Aber nicht lange mehr! Auch hier fordert man von den Wortführern immer dringlicher, daß sie endlich zu denken anfangen sollen, daß das verwerfliche Kinderspiel des Verwechselns von Ursache und Wirkung, das Blindekuhspiel des Zweifelns an jedem Fortschritt und an jeder Entwickelung endlich einmal aufhöre.

Von Tag zu Tag mehren sich die Stimmen derjenigen, die eine Änderung des internationalen Zusammenlebens fordern, die neue Wege zeigen; mehren sich die Staaten und die Führer, die wirklich neue Wege gehen. Es nützt dies aber alles nichts, die vorgefaßten Meinungen zu verscheuchen. Erst waren es einsame Privatleute, die das Jahrhundert aufrüttelten, und man lachte über sie, weil sie eben Privatleute waren; gute Menschen, kleine Vereine, denen man es übel vermerkte, daß sie die Welt aus den Geleisen bringen wollten, die schon so schön ausgetreten und bequem waren. Wenn ihr erst Staatsmänner, Fürsten, Gelehrte an eurer Seite habt, dann wird man euch glauben, rief man ihnen zu. Und es kamen Staatsmänner, Fürsten, Gelehrte, die eine Neuordnung des internationalen Zusammenlebens forderten. Man lachte über sie. Ja, das sind ebenfalls Träumer, meinte man im besten Falle; oder Schwindler, oder hinterhältige Betrüger, die die andern Völker schädigen wollten. Sie sollen erst durch die Tat bezeugen, daß sie es ehrlich meinen. — Und es kamen Taten. Da wußte man nicht, was man tun sollte. Zuerst schwieg man sie tot; dann, als dies doch nicht ging, verlachte man sie; wies auf ihre geringe Wirkung hin; vergessend, daß sie ohne Unter-

stützung der öffentlichen Meinung und im Hinblick auf das Anfangsstadium, in dem sie sich befanden, eben noch keine größere Wirkung haben konnten. Da hieß es wieder: Es seien ja nur Einzeltaten, kleine Geschehnisse, die an dem Lauf der Welt nichts ändern können und hinter denen irgend eine schlechte Absicht verborgen sein müsse.

So gewöhnte man sich in eine Denkweise hinein, die folgendermaßen begründet erscheint: Der Friede ist etwas Gutes. Unsere Mittel, ihn zu erhalten, sind unzulänglich. Auf bessere Mittel zu sinnen, ist ein Verbrechen. —

Das ist natürlich Wahnsinn ohne Methode; aber man gewöhnte sich daran. Ein jeder, der für eine bessere Methode der Friedenssicherung eintritt, gilt als Narr, wenn er ein Privatmann ist; als ein Verbrecher, wenn er im öffentlichen Leben steht. Und da man so dachte, leugnete man jeden Fortschritt nach der Richtung der andern Friedensmethode. Verlachte man jedes, noch so natürliches Versagen von Teilerscheinungen und nahm es als einen Beweis der Unhaltbarkeit des Ganzen. Die zweite Haager Konferenz, so kann man es täglich lesen, hat nicht vermocht, das Rüstungsproblem zu lösen. Und

man folgert daraus, daß jede weitere Lösung daher überflüssig ist. Aber man unterschlägt — nicht bewußt; nur aus Routine und Denkfaulheit —, daß auf der zweiten Haager Konferenz das Problem gar nicht erörtert wurde, da man die Erörterung verhindert hatte. Man kann sich in der Berechnung der Bahn eines Kometen irren, man kann eine falsche medizinische Diagnose aufstellen, aber man kann sich doch über eine Tatsache nicht irren, über die man sich in allen Abhandlungen und Berichten durch ein einfaches Nachschlagen im Register in fünf Minuten überzeugen kann. Man will sich aber nicht überzeugen! Man will blind sein! Und so bekämpft man heute die größte Bewegung der Welt, so bekämpft man die große, unblutige Revolution des zwanzigsten Jahrhunderts, die sich unter unseren Augen vollzieht, so hindert man heute — nicht den Fortschritt; den kann man nicht hindern — die Zeitgenossen, aus dem Fortschritt Nutzen zu ziehen. Man verbindet den Dürstenden an der Quelle die Augen und gaukelt ihnen vor, daß sie in der Wüste wären und zum Verdursten verurteilt seien.

Dies ist die Seelenverfassung unserer öffentlichen Meinung, wenn sie sich dagegen auflehnt, daß dem Kaiser unterschoben wird, er wolle den

Frieden sichern. So haben deutsche Blätter vor kurzer Zeit die in einem Artikel über den deutschen Kaiser gemachte Behauptung Steads, daß der Kaiser den Ehrgeiz habe, „seinem Volke das Andenken an eine Regierung zu hinterlassen, die von keinem einzigen Kriege befleckt sei“ als eine unverschämte Beleidigung hingestellt. Stead habe damit, so schrieben sie, den Kaiser als „Friedensmaier nach Bertha von Suttners Geschmack“ dargestellt.

Warum unterstützt man den Kaiser nicht in seinem Vorhaben? Warum bereitet man seinen Absichten nicht jene warme Atmosphäre der öffentlichen Meinung, die selbst ein Kaiser braucht, wenn er Ideen zur Tat reifen lassen will? Warum erkennt man nicht in jenen Absichten des Kaisers just die Möglichkeiten, Deutschland zum führenden Staate zu machen (führend nur im kulturellen Sinne gemeint), das deutsche Volk zum glücklichsten der Erde, den Kaiser zu einem modernen Helden von unvergänglichem Ruhme?

Warum? — Es soll von jenen nicht gesprochen werden, die ein Interesse daran haben, — ein wirkliches oder ein vermeintliches — den Frieden zu fürchten, die durch Wilhelm den „War-Lord“ mehr Gewinne einzuheimsen glauben, wie durch

einen Wilhelm „the Peacemaker“; sondern nur von jenen, die an die Entwickelung nicht glauben, weil sie sich nicht die Mühe geben, sehen zu lernen. Und man kann sehen l e r n e n. Wer zum erstenmal durch ein Fernrohr oder durch ein Mikroskop blickt, sieht nichts.. Er muß im physischen Sehen unterrichtet werden, wie unsere Zeitgenossen, die an eine neue Friedensmethode nicht glauben wollen, geistig sehen lernen müssen. Ich habe den Pazifismus einmal ein Problem der geistigen Optik genannt. Damit wollte ich sagen, daß er in Wahrheit nichts Neues zu schaffen hat, sondern nur das Erkennen eines natürlich vor sich gehenden Prozesses zu vermitteln habe. Er hat sehen zu lehren. Und die Ursache, warum der Kaiser in seinen Plänen nicht unterstützt wird, liegt daran, daß die meisten seiner Landsleute und Zeitgenossen eben noch nicht sehen können.

Deshalb stellen sie sich auch alles ganz anders vor, als es gemeint ist; glauben sie, daß man etwas ganz anderes wolle, als man wirklich will; meinen sie, daß man etwas erst schaffen will, was in Wirklichkeit schon vorhanden ist. Sie sehen Phantasien, die sie sich selbst vorgaukeln. Und diese bekämpfen sie dann. Die Wirklichkeit sehen sie nicht und begreifen sie deshalb nicht.

Der Kaiser hat wiederholt von einem „Friedensbund der Kulturstaaten“ gesprochen, von einem „Zusammenschluß der modernen Staatengebilde“ zur Sicherung des Friedens. Nach dem Vokabular der Bekämpfer dieser Ansicht sprach er aber von den „Vereinigten Staaten von Europa“, von einer „Föderation“. Anders können sie sich einen Zusammenschluß der Staaten eben nicht vorstellen. Die alten Rezepte der Romantikerzeit, die von der Entwickelung längst überholt wurden, haben in diesen Geisteswerkstätten noch immer ihre Geltung. Kein vernünftiger Mensch denkt heute an eine Zusammenwürflung der Staaten zu einem Einheitsbrei mit Zentralgewalt, die notwendig alle Einzelstaatswesen in ihrer Selbständigkeit und Eigenart bedrohen müßte. Aber die Gegner des kaiserlichen Gedankens glauben immer noch, daß mit einem „Zusammenschluß“, mit einem „Friedensbund“ nur ein solcher Staatenbrei und eine gewaltsame Vereinigung gemeint sei.

Sie brauchen ja nicht zu wissen, daß es sich um etwas ganz anderes handelt. Daß die Eigenart der Staaten nicht aufgehoben werden soll, ihr vielmehr neue, ganz ungeahnte Entfaltungsmöglichkeiten geboten werden können. Daß es sich nicht um Aufhebung der Selbständig-

keit der einzelnen Staatengebilde handelt, sondern im Gegenteil um deren erhöhte Sicherung. Vorteile werden gefordert, die jeder Patriot wünscht, und man vermutet in angewöhnter Verblendung nur Nachteile darunter.

Das ist traurig; aber es fällt nicht so sehr ins Gewicht, wie man meinen sollte. Denn was der Kaiser will, ist nicht erst zu schaffen, ist nur zu vollenden. Es besteht bereits in seinen Grundlagen, es entwickelt sich zusehends, es wird täglich fühlbarer. Nicht die „Vereinigten Staaten", nicht die „Föderation" tritt in Erscheinung, sondern die organisierten Staaten der Kulturwelt sind es, die sich am politischen Horizont deutlich abheben.

„Föderation" und „Organisation" sind zwei weltenfern voneinander stehende Begriffe. Der Föderationsbegriff kommt aus der Gewaltära und bezeichnet den nur durch Gewalt möglich gewesenen Fortschritt nach einem engeren Zusammenschluß von Staaten. Entweder war es das Übergewicht eines Staates, das nach einem Kriege oder durch einen Krieg die schwächeren Staaten zur Föderation brachte, oder es war die Furcht einer Anzahl kleinerer Staaten, die aus Angst vor einem

größeren Staatengebilde zur Föderation schritten. Die Föderationsidee ist ein Kind der Gewalt, ist in der Regel das Ergebnis eines Krieges; eines geführten oder eines befürchteten.

Die Organisationsidee hat ganz andere Grundsätze. Sie setzt nicht die Gewalt voraus, sondern das Recht. Die Selbständigkeit der Staaten ist ihre Voraussetzung, und keiner von ihnen ist berufen eine Führung zu übernehmen. Leitend sind in der Organisation *nur das erkannte gemeinsame Interesse*, und *der zu erwartende Vorteil*, der in dem Kräfteersparnis bei gemeinschaftlicher Wirksamkeit liegt. *Die Organisation bedeutet nicht sofortige Abwerfung der Rüstungen; sie ist auch nicht der Friede an sich. Sie ist vielmehr ein Zustand, aus dem sich der Friede ergibt; woraus wiederum eine Verminderung der Rüstungslasten als natürliche Folge zu erwarten ist.*

Und dieser Zustand ist bereits vorhanden. Es ist keine Idee, die vom Grund aus in Wirklichkeit zu verwandeln ist; *es ist Wirklichkeit, der nur die Ideen der Menschen angepaßt werden sollen.*

Das macht die Größe dieses Problems aus, daß es sich dabei nicht um eine Neuschöpfung, sondern nur um eine Anpassung der Handlungen und Einrichtungen der Menschen an etwas in ihrem Wesen bereits vorhandenen handelt. Darin liegt seine Unbesiegbarkeit; liegt seine Zukunftsgewißheit, und damit ist auch die Leichtigkeit gegeben, den Lorbeer, der die Vollendung krönen wird, sich ums Haupt zu schlingen.

Die Organisation der Kulturstaaten geht vor sich. Der Prozeß entwickelt sich seit einigen Jahrzehnten in immer schnellerem Verlaufe. Er hat die Staaten voneinander abhängig gemacht. Er hat die großen Probleme geschaffen, die die Grenzen des Staates überragen und nicht mehr auf nationaler Grundlage, sondern nur auf übernationaler geregelt werden können. Probleme, deren täglich neue geboren und täglich neue übernational geordnet werden. Dieser Prozeß, den die wenigsten noch merken, dem aber alle heute unterliegen, hat bereits eine internationale Verwaltung geschaffen. Die Staatenorganisation verfügt heute bereits über achtzig von der Staatengemeinschaft betriebene Verwaltungsorgane. Soll man sie hier alle aufzählen? In meinem Buche „Das internationale Leben der

Gegenwart" (B. G. Teubner, Leipzig) und noch ausführlicher in dem von mir begründeten „Annuaire de la vie internationale" (IV. Jahrgang. Brüssel 1908—1909. 1550 Seiten) sind diese Einrichtungen klar dargelegt. Auf dem Gebiete des Verkehrs im engeren Sinne (Eisenbahn, Schiffahrt, Telegraphie, Luftschiffahrt), des Handels (Münz- Maße-Gewichtskonventionen, Finanzkommissionen, Zolltarifaustausch usw.), des Privatrechtes (Eheschließung, Scheidung, Vormundschaft, Gerichtshilfe, geistiges Eigentum usw.), des öffentlichen Rechtes (Schiedsabkommen, Schiedshöfe, Prisengericht usw.), der Polizei (Fischereipolizei, Branntweinverbot, Epidemienbekämpfung, Sklavenhandel, Mädchenhandel usw.), der Wissenschaft (Erdbebenforschung, Meeresforschung, Erdkarte, Vereinheitlichung von Medikamenten, Gefängniswesen) *), der Sozialpolitik (Verbot der Nachtarbeit der Frauen, Phosphorverbot usw.), der Landwirtschaft (Vogelschutz, Robbenschutz, Schutz der afrikanischen Tierwelt, landwirtschaftliches Institut usw.) und des Krieges (Gesetze über den Land- und Seekrieg), sind diese Verwaltungs-

*) Hierbei sind nur die staatlichen wissenschaftlichen Organisationen vermerkt, nicht die unendlich zahlreicheren privaten.

einrichtungen bereits geschaffen worden. Gegen drei Dutzend internationale Ämter, Kommissionen oder Zentralstellen wirken heute bereits im Namen der Staatengemeinschaft.

Hierzu kommen aber noch die noch nicht organisierten gemeinsamen Betätigungen der Staaten auf politischem und sozialem Gebiete, die zahlreichen Unterlassungen, denen sich die Staaten in gegenseitiger Rücksicht unterwerfen, und vor allen Dingen die Wechselbeziehungen des Handels und der Wirtschaft, die unsichtbare Bande festester Art um die Staatenwelt geschlungen haben. Hierzu kommen ferner jene ständig an Zahl wachsenden internationalen Konferenzen und Kongresse der Regierungen, auf denen gemeinsame Angelegenheiten der Staatenwelt beraten und beschlossen werden, und die eine fast ununterbrochene Tagung aufweisen. Man meint, um als Weltparlament zu gelten, müßte die Besprechung der internationalen Angelegenheiten in einem gemeinsamen Hause vor sich gehen und von ständigen Delegierten der Regierungen geführt werden, weil man es gewöhnt ist, so das Parlament innerhalb der Staaten zu sehen, wo die erwählten Vertreter des Volkes und der

Regierung in großen, dazu bestimmten Gebäuden zusammenwirken. Auf dem weiteren Gebiete der Staatengemeinschaft wirkt bereits etwas wie ein Weltparlament, das nur in seiner Erscheinung von den Staatenparlamenten verschieden ist, und deshalb in seiner ähnlichen Bedeutung nicht erkannt wird. Die Regierungskongresse, die aus verschiedenen Anlässen einberufen werden und jeweils an verschiedenen Orten tagen, folgen sich heute so häufig, daß ihre Gesamttagungen an Arbeitsleistung und Wirkung, die der einzelnen Staatenparlamente übertreffen. Ferner ist hier zuzurechnen das Netz der Diplomatie, das die Verbindungen von Staat zu Staat aufrechterhält und ein wichtiger Faktor im Rahmen der internationalen Organisation geworden ist, wenn auch die Menschen, die jene Ämter ausfüllen, vielfach noch nicht auf der Höhe stehen, die der Verlauf der Tatsachen ihrem Amte zugewiesen hat.

Täglich wird das Gemeinschaftsleben der Staaten intensiver. Täglich mehren sich dadurch die Reibungen, aber auch das Bestreben und die Fähigkeit, die Reibungen abzuschwächen und die Disharmonie des Organismus zu vermeiden. Im Gedankengange der Routine sieht man nur die Reibungen, und glaubt man deshalb immer noch

an die Notwendigkeit und Unvermeidbarkeit des Krieges. Man sieht nicht das Heilmittel, das in der Organisation selbst liegt, und das die meisten Reibungen friedlich zum Ausgleich bringt. Je mehr das Zusammenleben zunimmt, umso zahlreicher, umso stärker muß naturgemäß die Kollision der Interessen werden. Die Maschine würde aber am ersten Tage zum Stillstand gekommen sein, die Katastrophe wäre sofort eingetreten, wenn nicht dieselbe Ursache, die das Übel schafft, auch das Heilmittel geschaffen hätte. Das intensive Zusammenleben brachte die internationale Verständigung hervor. Diese ist natürlich erstanden. Sie wurde durch die Notwendigkeit erzeugt. Das Zusammenleben wäre gar nicht denkbar, wenn nicht gerade durch dieses das Maß der Verständigung unendlich weit ausgebildet worden wäre. Das ist eben das Zeichen des Natürlichen, des Lebendigen an dem vor sich gehenden Prozess, daß er mit den Übeln auch die Mittel zu ihrer Beseitigung schafft. Die heute bereits bestehende Organisation zeitigt stündlich Verständigung, vermeidet tausendfach den Konflikt, während die Menschen noch immer die Notwendigkeit des Krieges betonen, und aus den wenigen Fällen, wo menschlicher Unverstand das natürliche Werden durchkreuzte

und kriegerische Konflikte heraufbeschwor, eine Regel machen wollen, wo nur eine im Anfangsstadium des neu Gewordenen begründete Ausnahme vorliegt.

So sehen die Menschen überall immer noch das Gestrige und vermögen das Heutige nicht zu erkennen. Sie sehen die fortwährenden Rüstungen, sehen aber nicht die deutlichen Merkmale der Zusammenarbeit, das Wirken dieser Zusammenarbeit. Sie sehen die vom Wahnsinn gezeitigten Dreadnoughts und Über-Dreadnoughts, aber nicht die internationalen Einrichtungen und Aktionen; sie warten auf den „nächsten Krieg“ und sehen nicht, wie weit bereits der Friede gestaltet ist.

Das, was ist, kann man verleugnen, aber nicht widerlegen. Die Tatsache der bereits vorhandenen internationalen Organisation kann man totschweigen, aber nicht aus der Welt schaffen. Und wenn der Kaiser von der Notwendigkeit eines Friedensbundes und des Zusammenschlusses der europäischen oder aller Kulturstaaten sprach, hatte er nichts anderes im Auge, als das Bewußtsein der Menschen für die Erkenntnis der natürlichen Vorgänge wachzurufen und sie zu einem Handeln zu erwecken, das in der Richtung des natürlichen Geschehens liegt. Er hat sich gerade damit als Realpolitiker

gezeigt; denn nur der hat auf diesen Namen Anspruch, der nicht der Natur zuwiderhandelt, sondern seine Handlungen auf dem Boden des Natürlichen vollzieht. Nur der ist ein Phantast, der gegen die natürliche Entwickelung wirkt, und wartet, bis er seinen Kopf an der Felsenmauer der Tatsachen zerschellt.

Wie ist nun der „Friede" zuwege zu bringen? Nicht durch vorhergehende „Abrüstung", wie die meisten Menschen noch glauben. Ein Irrtum, der sie veranlaßt, jede Friedensbestrebung zu bekämpfen. Der Friede ist überhaupt nicht direkt zu zeitigen, sondern nur indirekt. Die Grundlage muß vorhanden sein, aus der sich der Friede ergibt. Diese Grundlage ist in der Staatenorganisation schon gegeben. Wir haben heute schon einen teilweisen Friedenszustand, indem zahlreiche ernste Konflikte durch Verständigung beigelegt werden, indem andere Konflikte infolge der gegenseitigen Abhängigkeit erst gar nicht den gefährlichen Charakter erhalten, der den Krieg möglich macht, andere Konflikte wieder erst gar nicht an den Tag kommen; indem einzelne Staatengruppen bestehen, die einander stützen und durch das Schwergewicht, das sie gegenseitig aufeinander ausüben, sich gegenseitig an der Kriegführung hemmen, da der Krieg

ein gemeinsames Unheil aller, auch der nicht direkt beteiligten Staaten, der Friede der Vorteil aller geworden ist. Dieser teilweise Friedenszustand ist nur mehr auszubauen. *Der allgemeine Wille zum Frieden muß in Taten umgewandelt werden.* Der Kaiser braucht nur die Regierungen aller Kulturstaaten beim Wort zu nehmen, und keine wird sich, keine *kann* sich ausschließen, ihm bei der Begründung des starken Friedensbundes beizustehen. Der Kaiser hat nur den großen Schritt zu tun, *dem Wesen unserer Zeit Gestalt zu geben*; er hat nur die vorhandene Organisation *sichtbar* zu machen; durch eine äußere Einrichtung zu vervollständigen.

Wie das zu geschehen habe? Auch hier sind die Pfade bereits abgesteckt. Es wäre *zunächst* nicht viel Neues zu schaffen. Die große pan-amerikanische Bewegung zeigt, wie sich ein ganzer Kontinent, der zwar anderen Lebensbedingungen unterliegt und auf anderen geschichtlichen Voraussetzungen beruht, organisiert, wie er sich die Organe schafft, die er benötigt. In den pan-amerikanischen Konferenzen, im Zentralbureau der amerikanischen Republiken
mit seinem internationalen

Digitized by Google

Europa ein Vorbild sehen. Es braucht diese Einrichtungen nur nachzuahmen und sie dem europäischen Bedürfnis und den europäischen Verhältnissen anzupassen. *) Es brauchen dies auch nicht lediglich europäische Einrichtungen zu sein. Sie könnten gleich mondial ausgestaltet werden. Oder europäisch nur insofern, als diese Einrichtung dann mit den pan-amerikanischen und mit den zu schaffenden ostasiatischen Einrichtungen dieser Art als mondiale Einrichtung zu einer höheren Instanz vereinigt werden könnten.

Die politischen Probleme könnten vorläufig ganz bei Seite gelassen werden. Es war vielleicht der einzige Fehler Eduard VII., und die Ursache des Verkennens seiner großen Absicht, daß er dies außer Acht ließ. Zuerst müßte das wirtschaftliche und soziale Zusammenleben seine Einrichtungen erhalten, die politischen werden sich dann aus diesen entwickeln. Gerade der Umstand, daß man immer zuerst an die politischen Probleme denkt und ihre Schwierigkeiten sieht, läßt viele an der Möglichkeit eines Zusammenschlusses zweifeln. Man vergißt, daß diese Schwierigkeiten erst abgeschwächt werden müssen,

*) Siehe mein Buch: Pan-Amerika. Entwicklung, Umfang und Bedeutung der pan-amerikanischen Bewegung. Berlin. Verlag Maritima 1910.

daß sich die Gegensätze erst beruhigen und ausgleichen müssen, ehe auf diesem Gebiet eine volle Einigung möglich ist. Der indirekte Weg ist bei der Pazifizierung der einzig richtige. Es handelt sich nicht darum, den Konflikt, wie er sich heute in seiner Schroffheit zeigt, zu beseitigen, sondern vielmehr darum, ihm einen anderen Charakter zu geben, damit er dann leichter beseitigt werden kann. *)

Das Erwecken des Bewußtseins der vor sich gehenden internationalen Organisierung könnte zunächst durch zwei Schöpfungen gefördert werden.

1. Durch einen regelmäßigen internationalen Kongreß.
2. Durch eine internationale Zentralstelle.

Der Kongreß würde die gemeinsamen Interessen der Kulturwelt oder vorläufig nur Europas erörtern. Er braucht zunächst nichts zu beschließen. Kein

*) Die Bestrebungen zu einem politischen Zusammenschluss sollen damit nicht als überflüssig hingestellt werden. Es soll nur angedeutet werden, dass ihr Erfolg und ihre Wirkung von dem Grade der internationalen Organisation abhängig sind. Schon heute sind politische Friedensabkommen, sei es durch eine Union zur Vermeidung des Krieges, durch ein Abkommen auf Stillstand der Rüstungen, auf einen allgemeinen Schiedsvertrag, einen ständigen Staatengerichtshof, etc. möglich. Die Bedeutung und die Ergebnisse solcher Abkommen werden aber durch die Entwickelung des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenschlusses, durch die Festigung des damit erzielten gegenseitigen Vertrauens gestärkt und erhöht werden.

Staat sollte gezwungen werden, sich den Maßnahmen dieses Kongresses zu unterwerfen. Nur beteiligen sollte sich jeder daran. Der Kongreß hätte in der ersten Zeit überhaupt keine andere Aufgabe, als zu bestehen. Seine Wirksamkeit wird rasch eintreten. Gebt erst die Form; der Inhalt ist schon vorhanden; er wird sich in die Form einschließen! Das politische Moment sei dabei zunächst ausgeschlossen. Kein Zweifel kann obwalten, daß ein solcher Kongreß heute möglich ist. Der gemeinsam interessierenden Probleme gibt es genügend. Es gibt mehr als man glaubt, von jenen Problemen, die überhaupt erst ausführbar sein werden, wenn man sie international erörtern wird. Dieser Kongreß müßte in regelmäßigen Intervallen zusammentreten. Wenn er sich zuerst nur darauf beschränken würde, die Probleme des internationalen Handels zu besprechen, so hätte er schon viel getan. Etwa die Fragen des internationalen Konkurs- und Wechselrechtes, oder die Möglichkeit der Zollerleichterungen. Dann kämen gewisse Fragen des internationalen Privatrechts. Der Ausländer-Schutz, der Schutz gegen Steuerhinterziehung, das Auslieferungswesen, internationale Polizeifragen usw. Alles Fragen, die heute schon erörtert werden. Man könnte dann

zu allgemeinen Verkehrsfragen übergehen, das Luftrecht ordnen, die Bahn- und Schiffsverbindungen beschleunigen und verbilligen, die Probleme der Weltmünze und des Weltportos erörtern. Es würden sich neue Probleme ergeben, wie das des internationalen Schutzes der Naturreichtümer, die Inventarisierung der Naturschätze der ganzen Welt usw. Es könnte der Ausbau des internationalen Sanitätswesens, der Ausgleich der Studienordnungen, die Anerkennung der Diplome für die studierten Berufe, der Austausch der Lehrer und Schüler, der Arbeiterschutz, das Problem der internationalen Kolonisation, der Eingeborenenbehandlung usw. in Erörterung gezogen werden.

Man sieht, es würden gar keine umstürzlerischen Ideen sein, die eine solche Konferenz zu erörtern hätte. Sie könnte doch sehr bald zu neuen Problemen kommen, die heute noch kaum geahnt werden; die erst das internationale Zusammenarbeiten und das fußfassende gegenseitige Vertrauen zeitigen würden. Der Hauptwert würde in der Periodizität der Erörterungen liegen. Das wäre das eigentliche Neue, das große Umstürzlerische, das Revolutionäre daran. Aus dieser Periodizität würde sich die Gewohnheit des internationalen Zusammenarbeitens entwickeln, würde

sich das Bewußtsein der Interdependenz und der Organisation der Staatenfamilie plastisch hervorheben. Es würde in die Handlungen der Politik übergehen; es würde eintreten, was der Kaiser nach seinen 1904 in Cuxhaven gesprochenen Worten selbst schon wahrgenommen hat, daß die Solidarität der Kulturwelt allmählich in die Handlungen der Staatsmänner übergeht.

Diesen regelmäßigen Konferenzen müßte eine Zentralstelle zur Seite stehen. Sie müßte die Konferenzen vertreten in jenen Zeiten, die zwischen ihren einzelnen Tagungen liegen. Sie müßte das dauernde der Erscheinung vergegenwärtigen. Eine solche Zentralstelle könnte ganz bescheiden beginnen. So bescheiden wie das internationale Bureau der amerikanischen Republiken in Washington begonnen hat. Als eine kommerzielle Informationsstelle etwa. Als eine offizielle Auskunftsstelle für ganz Europa oder für die ganze Welt. Eine Stelle, die dann die regelmäßigen Konferenzen vorzubereiten, die ihre Beschlüsse auszuführen und die das nötige Material für die künftigen Konferenzen zu sammeln und die nötigen Vorarbeiten zu treffen hätte. Ein solches Weltbureau, oder vorerst pan-europäisches Bureau, würde die Sichtbarmachung der internationalen

Verwaltung und der internationalen Kooperation bedeuten.

Das sind alles keine unerfüllbaren Forderungen. Die Zeit ist für diese Einrichtungen schon vollkommen reif. Sie könnten morgen durchgeführt werden, und sie würden den Weltfrieden bedeuten. Denn fraglos würden diese eingesetzten Keime wachsen und sich entfalten. Was sie zeitigen würden, wäre der Zusammenschluß, der Friedensbund, die Kräftigung der Gemeinschaft, die Sicherheit der Teile und die Entlastung aller vor den erdrückenden Bürden der isolierten Sicherungsversuche. Es würde keiner zweier Jahrzehnte bedürfen, und diese Einrichtungen würden als der Segen der Welt anerkannt werden. Der Kaiser könnte es noch erleben, daß man ihn, wenn er den Anstoß dazu geben wollte, als den Retter Europas, den Weltkaiser, den großen Pacifer, feiern würde.

Vor mehr als zwanzig Jahren, als er zur Regierung kam, hatte er schon einmal den Anfang gemacht. Es war, als er die internationale Arbeiterkonferenz nach Berlin einberief. Das war ein verfehlter Versuch. Jedem Triumph gehen verfehlte Versuche voran. Aber dieser Versuch lag schon in der Richtung, in der die Tat sich heute

bewegen müßte. Er zeigte, daß der Kaiser schon damals nach dieser Rechtung gedacht hat. Es waren damals andere Zeiten. Zeiten, die heute um ein Jahrhundert hinter uns liegen; denn die Welt rast heute in zwei Jahrzehnten rascher vorwärts, als früher in einem Jahrhundert. Die Zeit ist reif. Die Einberufung einer solchen Weltkonferenz, die Errichtung einer solchen Weltzentrale wäre heute kein Fiasko mehr. Der Erfolg der Haager Konferenzen bestätigt das. Wer hätte den Erfolg der Schiedsgerichtsbarkeit, der im Haag bewirkt wurde, noch vor einigen Jahren vorausgesehen. In wenigen Jahren wäre die Kulturwelt pazifiziert. Die Staaten würden sich gewöhnt haben, die wichtigsten Fragen durch Beratung und Entgegenkommen zu erledigen und der Krieg würde als Verbrechen behandelt werden. Als Auflehnung gegen die Interessen der Menschheit. Heute noch gar nicht vorauszusehende Folgen würden eintreten.

Und das könnte der Kaiser tun. So könnte er beschleunigend in die große Bewegung unserer Zeit eingreifen. So könnte er seinen Namen für immer mit dieser großen Zeit in Verbindung bringen und sich den höchsten Lorbeer erringen. Andernfalls würde die Geschichte es nie über-

sehen, daß der auffallendste Monarch, die prominenteste Persönlichkeit dieser Zeit verständnislos an deren größtem Problem vorübergehen konnte, wie Napoleon I. an der Dampfschiffahrt, Friedrich Wilhelm IV. an den Eisenbahnen.

Aber der Kaiser will es ja. Seine Äußerungen sprechen dafür. Er hat das Problem bereits erkannt; er sieht die Möglichkeit seiner Durchführung ein; er ahnt seine Notwendigkeit. Ihn hindern nur die Männer, die ihn umgeben, und die in ihrer Entwickelung mit ihm nicht gleichen Schritt gehalten haben. Ihn hindern die Interessenten am Alten, die es immer gegeben hat; ihn hindern die Romantiker der Vergangenheit, die die Stunde zurückdrehen wollen.

Aber die Stunde läßt sich nicht zurückdrehen. Der Augenblick wird kommen, wo sich der Kaiser von allen Hindernissen befreit. Wo er einsehen wird, daß es jetzt Zeit ist, das Versprechen einzulösen, das er damals gegeben hat, als er sagte: „Ich wollte nur, der europäische Friede läge in meiner Hand. Ich würde jedenfalls dafür sorgen, daß er niemals gestört würde.“ Er liegt jetzt in seiner Hand. Die Welt und die Geschichte warten auf die Tat! — —

Digitized by Google

341.6
F899

Stanford University Library
Stanford, California

In order that others may use this book, please return it as soon as possible, but not later than the date due.

PRINTED IN U.S.A.